

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 176 November/Dezember 2014 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 176 November/Dezember 2014

Nur im Internet | www.kurdistan-report.de



Herzlich willkommen in Kobanê. Für Kobanê gibt es noch immer keine Entwarnung. Permanent greifen die Mörderbanden des IS die Stadt mit schweren Waffen an.



Häuserkampf in Kobanê. Der IS konnte von den Verteidigungseinheiten YPG/YPJ teilweise aus der Stadt getrieben werden. Foto: DIHA



Nördlich von Kobanê, an der Grenze zur Türkei, leben zurzeit tausende Flüchtlinge. Humanitäre Hilfe wird dringend benötigt. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

der vergangene Monat ist geprägt von den sich überschlagenden Ereignissen rund um Rojava und den internationalen Reaktionen hierauf. Seit dem 15. September sind die Region und Stadt Kobanê einem heftigen, durchgehenden Dreifrontenangriff des IS ausgesetzt. Anfang Oktober begann der Häuserkampf. Es droht weiterhin ein Massaker an den ZivilistInnen in Kobanê.

Weltweit fanden vielfältige Protestaktionen in Solidarität mit Kobanê, YPG und YPJ statt: Demonstrationen, Protestlager, Parlaments- und Parteibürobesetzungen, Spendensammlungen, Hungerstreiks und vieles mehr. Diese Proteste und Solidaritätsaktionen haben durchaus Wirkung gezeigt. Die UN fordern einen Korridor für KämpferInnen, die sich anschließen wollen. Eine Debatte über die Aufhebung des sogenannten PKK-Verbots kommt langsam in Gang und die Informationslage zu Rojava wird deutlich ausdifferenzierter. Die Öffentlichkeit zeigt ein Interesse an der Situation in Kobanê und an der kurdischen Bewegung, wie es seit Jahren nicht mehr vorhanden war. Das Interesse an Veranstaltungen ist genauso gestiegen wie die Beteiligung auf der Straße – und diesem Druck kann sich auch die etablierte Politik nicht gänzlich entziehen.

Grundlegende politische Fortschritte bleiben aber aus. Während YPG und YPJ heldenhaft und in Unterzahl Kobanê verteidigen, wird das Embargo gegen Rojava von Türkei und südkurdischer Regierung weitgehend aufrechterhalten, die Türkei liefert weiter logistische Unterstützung sowie schwere Waffen an den IS. Bei Protesten in der Türkei, bei denen bewegungsnahe und türkische linke Kräfte gemeinsam vorgingen, wurde mit scharfer Munition auf Demonstrierende geschossen, Ausgangssperren wurden verhängt, Polizei und Militär deckten islamistische Kräfte, die ebenfalls Demonstrierende angriffen, es gab Dutzende Tote. Derzeit kommt es zu zahlreichen Razzien und Festnahmen infolge dieser Ereignisse vom 6./7. Oktober. Dabei wäre genau jetzt der Zeitpunkt gekommen, den Friedensprozess auf eine neue Stufe zu heben und gemeinsam eine dauerhafte demokratische Perspektive umzusetzen. Jetzt im gemeinsamen Kampf gegen den Klerikalfaschismus besteht die Möglichkeit einer Vereinigung der fortschrittlichen Kräfte.

Es darf nicht vergessen werden, dass neben der militärischen Dimension des Konfliktes auch der zivile Aufbau in Rojava und allen Teilen Kurdistans weiter voranschreitet. Kobanê wird als kurdisches Stalingrad bezeichnet, nicht weil die Bewegung hier ihr militärisches Ende finden könnte, sondern weil die Fortschritte im Aufbau eines konföderalen demokratischen Systems, das in den letzten drei Jahren etabliert und praktisch gelebt wurde, bedroht sind. Insofern ist der brutale Angriff des IS auf Kobanê nicht als Angriff auf Kurdistan allein, sondern als Angriff auf alle fortschrittlichen Kräfte und Projekte der Welt zu sehen. Das erklärt auch, wieso die Regierungen der Welt bereit sind zuzusehen, wie hier ein weiteres Massaker droht.

Şehîd namîrin! – MärtyrerInnen sind unsterblich! Im Gedenken an die FreundInnen die Kobanê und somit die Freiheit verteidigen.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Gute Zeiten für die Kurden – schlechte Zeiten für die Türkei

Songül Karabulut und Nilüfer Koç

Zur Zeit der Abfassung dieses Artikels stand Kobanê (Ain al-Arab) seit über einem Monat im Widerstand, in der Verteidigung gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS, vormals ISIL oder ISIS), mit dem Ergebnis, dass sich in der zuvor aussichtslos scheinenden Lage eine Wendung abzuzeichnen begann. Dabei hatten viele frühzeitig den Fall Kobanês prognostiziert, so wie der türkische Staatspräsident Tayyip Erdoğan oder auch westliche Staatsvertreter.

Die kurdischen Selbstverwaltungen im nordsyrischen Rojava (Westkurdistan) sind von Beginn an den radikalislamischen Dschihadisten wie Al-Nusra und ISIS ein Dorn im Auge. Man könnte meinen, deren Hauptziel sei es, die kurdischen Errungenschaften zu vernichten. Kobanê war seit seiner Entstehung als Selbstverwaltungskanton drei Angriffswellen ausgesetzt. Die letzte seit dem 15. September ist die größte und umfangreichste, die unmittelbar auf den Angriff in Irak/Südkurdistan auf die êzîdisch-kurdische Bevölkerung Şengals (Sindschars) und auf Maxmur folgte. Sei es in Irak oder in Syrien, es sind Kurden, die vom IS mit Genozidabsicht angegriffen werden. Warum ist das so?

Mit dem Aufstand in Syrien gegen das Assad-Regime als letzte Aufstandswelle des sogenannten »arabischen Frühlings« sind die annähernd drei Millionen zählenden Kurden in Syrien einen eigenen Weg gegangen, unabhängig von der syrischen »Opposition«, die nicht bereit war, kurdische Forderungen zu akzeptieren, und gegen das Regime, das die kurdische Bevölkerung seit längerem bekämpfte. Die Kurden schufen – dem Paradigma des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan des Demokratischen Konföderalismus gemäß – gemeinsam mit den unterschiedlichen Volksgruppen und Religionsgemeinschaften, die ebenfalls die kurdischen Siedlungsgebiete zur Heimat haben, ihre eigenständigen Selbstverwaltungen. Im Januar 2014 schließlich wurden diese Selbstverwaltungen in drei Kantonen proklamiert. Die Kantone in Rojava sind ein Modell für ein demokratisches multiethnisches und multireligiöses Zusammenleben. Hier sind alle Identitäten gleichberechtigt und können sich in allen Gremien einbringen.

Wer und was ist der IS?

Die Terrorgruppe IS will gewaltsam einen sunnitischen Gottesstaat aufbauen, der Syrien, den Irak, aber auch den Libanon, Israel und Jordanien umfasst. Dieses Kalifat soll nach deren Logik von »Ungläubigen« gereinigt werden. In dieser Region lebende Menschen, die einem anderen Glauben angehören oder eine andere politische Auffassung haben, werden getötet oder vertrieben. Es wäre nicht falsch, den IS als faschistische Besatzungsmacht zu charakterisieren. Viele seiner Mitglieder werden weltweit rekrutiert. Erstaunlich ist, wie schnell diese Gruppe wachsen und diese Stärke erreichen konnte. Was damit zu erklären ist, dass sich ihre Existenz mit den Interessen regionaler und internationaler Staaten deckt, so dass es ihr nicht an Unterstützung fehlt. Nach der Logik »der Feind meines Feindes ist mein Freund« wurde für den IS Geburtshilfe geleistet.

Der IS trägt Kämpfe für andere politische Akteure aus. Er profitiert zum einen vom antischiitischen Lager, das durch die Stärkung der sunnitischen Gruppe den Einfluss der Schiiten in der Region (Irak und Syrien) zu begrenzen sucht (zu erwähnen wären hier die Türkei, Saudi-Arabien, Katar etc.).

Er ist gleichzeitig Instrument ehemaliger Mitglieder des Baath-Regimes, die mit dem Sturz Saddam Husseins an Einfluss verloren haben und diesen nun auf diese Weise zurückzuerobern versuchen.

Des Weiteren stellt er eine Keule dar in den Händen von antikurdischen, allen voran Anti-PKK-Kräften. Hierbei führen die Türkei, der Iran, der Westen diesen Block an. Dem sind die basisdemokratischen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava ein Ärgernis. Während die regionalen wie globalen Kräfte

über den IS Chaos und Krisen stiften und darüber die Region neugestalten wollen, ist Rojava eine konkrete Antwort auf die Krisen- und Chaosstrategie. Jeder der involvierten Staaten braucht Zeit, um in der Realität der multipolaren Politik seine Interessen auszuweiten. So haben zum Beispiel die Türkei und der Iran neben ihrer Machtausdehnung nach Syrien auch eine antikurdische Haltung als Grund. Der Iran ist an einer alawitischen Kraft interessiert, um mit dieser die Macht in Syrien zu teilen. Die Türkei betrachtet Syrien als Eigentum aus der Zeit des Osmanischen Reiches, in der Syrien türkischer Hoheit unterstand.

Beide Staaten wollen auf dem Boden des bestehenden politischen Vakuums, der Krise und des Chaos mit ihrer expansionistischen Politik eigene Interessen durchsetzen. Ferner unterstützen sie den IS vor allem gegen die Kurden, da beide ein kurdisches Problem haben. Hier ist die Türkei aktiver und der Iran passiver Unterstützer des IS.

Israel, USA und die EU-Staaten konzentrieren sich für eine längerfristige Strategie auf einen »unabhängigen kurdischen Staat« in Irakisch-(Süd-)Kurdistan. Darin liegt auch der Grund für dessen derartige militärische Aufrüstung. Das israelische Interesse an einem solchen kurdischen Staat beruht auf dem Bestreben, die eigene Isolation zu mildern. Zum anderen grenzt Irakisch-Kurdistan an den Iran, den Israel als Erzfeind und existenzielle Gefahr betrachtet. Die Welt soll zwischen Terror=IS und kurdischem Staat=KRG entscheiden. Das heißt, mit der Brutalität, dem Terror des IS soll ein kurdischer Staat forciert werden.

Auch USA und EU plädieren längerfristig für einen kurdischen Staat in Irak. Strategische Differenzen zwischen ihnen sind sekundär, vielmehr differieren sie in Fragen der Methode oder der zeitlichen Bestimmung. Ein unabhängiger kurdischer Staat soll dann als eine »stabile Festung« dienen, über diesen Brückenkopf soll die neoliberale Expansion bis nach Asien, Afrika vollzogen werden. Vor allem soll der Iran damit stärker eingegrenzt werden.

Irakisch-Kurdistan

Im Bewusstsein des globalen Konzepts für Irakisch-Kurdistan handelt vor allem der Präsident der Autonomen Region Kurdistan (auch KRG genannt: Kurdistan Regional Government), Mesûd Barzanî. Seine Auftritte, auch die hochrangigen Besuche auf Staatsebene, sollen in der internationalen Politik das Bild von einem nationalen kurdischen Führer vermitteln. Während er sich international derart profiliert, sehen seine Vorstellung und seine Politik im Land selbst ganz anders aus. Dass er laut KRG-Verfassung Oberkommandierender der Peşmerga-Armee ist und seine politische Fehleinschätzung in Şengal fast zu einem Massaker an zehntausenden êzîdischen Kurden führte, ist ihm im Land nicht verziehen worden. Ebenso die Tatsache, dass er nicht fähig war, Maxmur zu verteidigen und somit Hewlêr (Arbil; die KRG-Hauptstadt) in Gefahr brachte.

Nicht nur die êzîdischen Kurden, auch die christlichen Assyrer, Armenier, schiitischen Turkmenen und Araber in Irakisch-Kurdistan betrachten ihn mit Misstrauen und haben nach den blutigen Erfahrungen in Şengal und Maxmur angefangen, eigene Verteidigungseinheiten zu fordern. Mittlerweile haben neben den christlichen Assyrern auch Armenier ihre eigenen autonomen Verteidigungsstrukturen aufgebaut.

Die IS-Angriffe vor allem in den von Barzanîs Demokratischer Partei Kurdistans PDK kontrollierten Gebieten wie Şengal, Maxmur, Rabia haben gezeigt, dass diese nicht in der Lage ist, das Land zu verteidigen, obwohl offiziell von einer 200 000 Mann starken Peşmerga-Armee gesprochen wird. Sowohl die Peşmerga als auch die anderen Sicherheitskräfte sind Exekutivkräfte, daher müssen die politischen Entscheidungsträger beschuldigt werden. Hätte nicht die Arbeiterpartei Kurdistan PKK mit ihren Guerillas interveniert, so wären Şengal, Maxmur, Rabia und somit Hewlêr gefallen. Obwohl der strategische Bündnispartner Türkei von Herrn Barzanî persönlich zu Hilfe gerufen wurde, blieb der Ruf erfolglos, da die Türkei »die drei Affen« spielte: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

Die Brutalität des IS hat eine erschreckende Wahrheit des KRG-de-facto-Staates mit seiner 24-jährigen Erfahrung aufgedeckt, die zentrales Diskussionsthema in Kurdistan ist. Diese Phase wird jetzt nach der IS-Besetzung Mûsils (Mosuls) intensiv hinterfragt. Bekanntlich hatte Barzanî jüngst national und international seine Vorbereitungen für die Proklamation eines unabhängigen kurdischen Staates angekündigt und dafür im KRG-Parlament ein Plebiszit gefordert. Sofort meldeten sich führende israelische Politiker und bekundeten ihre Unterstützung, während die USA dem Zeitplan nicht zustimmten. Letztere waren vielmehr bemüht, den Dialog zwischen Bagdad und Hewlêr zu stabilisieren, um eine Balance mit dem Iran herzustellen, da ansonsten eine weitere schwer kontrollierbare Krise aufgetreten wäre. Parallel zu Mûsil war der IS über Celawla, Xaneqîn, Tuz Xurmato an die iranische Grenze vorgedrungen und kämpfte in diesem Gebiet gegen die Peşmerga der Patriotischen Union Kurdistans (YNK). Diese Nähe alarmierte nun den Iran und veranlasste ihn, Sondereinheiten nach Irakisch-Kurdistan zu schicken.

Die IS-Angriffe auf Şengal, Maxmur haben aber gezeigt, dass es der KRG für eine Staatsproklamation an vielem fehlt. Ab-

gesehen davon ist für einen kurdischen Staat die Zustimmung anderer kurdischer Kräfte sowohl aus Irakisch-Kurdistan als auch aus dem Norden, Osten und Westen erforderlich. Keines der Teilgebiete Kurdistans kann heute einen wesentlichen Beschluss ohne die Unterstützung aus den anderen Teilen durchführen. So wie im gesamten Mittleren Osten bewahrheitet sich auch in Irakisch-Kurdistan, dass die Ära von »ein Mann – eine Partei« vorbei ist. Weder die Türkei noch der Iran würden einem kurdischen Staat zustimmen. Deshalb braucht die KRG die Unterstützung der Kurden aus diesen Ländern, da dort starke kurdische Parteien existieren, die im Falle einer Bedrohung Irakisch-Kurdistan schützen könnten.

Die IS-Brutalität hat aber auch dazu geführt, dass heute eine Strategie der nationalen Einheit für kurdische Erfolge unausweichlich ist. Militärische Ausrüstung aus dem Ausland kann kurzfristig das Feuer eindämmen; dauerhaften Frieden aber können die Kurden nur selbst schaffen, indem sie gemeinsam agieren. Ein Baustein dafür ist mit der gemeinsamen Verteidigung (von PKK-, PDK-, YNK-Kräften) an kritischen Orten wie Şengal, Maxmur, Rabia, Celawla, Xaneqîn und Kerkûk gesetzt worden. Was an der Front möglich ist, muss auf die politische Bühne gebracht und zum erneuten Versuch eines kurdischen Nationalkongresses werden. Öcalan hatte dieses Bild vorausgesehen und letztes Jahr sowohl PDK als auch YNK dazu aufgefordert, über gemeinsame Beschlüsse eines kurdischen Nationalkongresses Präventivmaßnahmen im politischen Chaos des Mittleren Ostens zu treffen. Die PKK hatte aus diesem Grund die Initiative ergriffen und mit der PDK wie auch der YNK ein gemeinsames Handeln thematisiert. Von Juli bis November 2013 arbeiteten Vertreter von 21 Parteien und Organisationen an den Vorbereitungen des ersten kurdischen Nationalkongresses. Allerdings erfolglos, da vor allem der Machtkampf der dortigen PDK-Schwesterparteien das Projekt einer einheitlichen Politik für die Zukunft Rojavas scheitern ließ. Nun aber besteht erneut eine Chance, das Werk vom letzten Jahr ein zweites Mal in Angriff zu nehmen. Nun haben die Kurden einen gemeinsamen Feind: den IS. Abgesehen davon genießen sie heute aufgrund ihrer Erfolge im Widerstand weltweit viel mehr Interesse und Sympathie.

Der »dritte Weg«

In der gesamten Konzeption zur Neugestaltung des Mittleren Ostens gilt die PKK sowohl bei regionalen als auch bei globalen Mächten als Störfaktor. Allerdings kann sie mit ihrem Einfluss und den Erfolgen in Nord-, Ost-, Süd- und



Geh zur Rojava-Revolution – Der Weg zum Kanton Kobanê Foto: DIHA

Westkurdistan sowie der kurdischen Diaspora nicht übersehen werden. Im Gegensatz zur Ausdehnung des Chaos und der Vertiefung der Krisen im Mittleren Osten produziert Öcalan das theoretisch-historische Wissen und die Begründung für die Demokratisierung als Grundlage für den Frieden und eine neue Gesellschaftsordnung, während die PKK dem durch die Mobilisierung und Motivierung der Menschen und zivilen Organisationsstrukturen in Kurdistan zur Umsetzung verhilft. Die absolute Mehrheit der Kurden sieht in der Strategie des »dritten Weges« eine vernünftige Alternative. Der dritte Weg ist eine Strategie, die alle von der Macht ausgeschlossenen Kräfte als strategische Bündnispartner betrachtet. Das heißt: Frauen, Religionsgemeinschaften, ethnische Gruppen, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit Opfer herrschender Machtpolitik wurden. In Rojava, aber auch in Nordkurdistan ist es all diesen gelungen, eigene Verwaltungsstrukturen aufzubauen und trotz der Vielfalt und Verschiedenheit gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

Das Revolutionäre am dritten Weg Öcalans und der PKK ist, dass sie nicht eine Konfrontation oder Eskalation mit den globalen wie regionalen Kräften suchen, sondern diese dazu bewegen, die motivierten und eigenständig organisierten »Dritten« (Frauen, Volksgruppen, Glaubensgemeinschaften, kurz: alle vom herrschenden System Diskriminierten) wahrzunehmen und ihnen mit Respekt zu begegnen. Der dritte Weg verweist hierbei auf das in internationalen Abkommen festgelegte Recht auf Selbstbestimmung, Selbstverteidigung und Organisierung. Der dritte Weg sucht auch den Dialog mit den Herrschenden, um einen gemeinsamen Nenner zu finden.

In Rojava wurde die Strategie des dritten Weges erfolgreich gegen den permanenten IS-Terror durchgesetzt. Mit dem Widerstand von Kobanê erreicht der Erfolg des Kampfes der Dritten einen historischen Wendepunkt. Der Grund, weshalb Millionen Kurden auf die Barrikaden gingen, war nicht nur das nationale Selbstbewusstsein. Alle, die auf die Straße gingen, standen für die Errungenschaften, die Kobanê repräsentiert. Kobanê weckt alte Bilder der Hoffnung, des Menschheitskampfes. Kobanê bedeutet auch Ermutigung für alle Unterdrückten, sich ihrer eigenen Stärke bewusst zu werden und nicht als Opfer digitaler technischer Überlegenheit zu sehen. Nicht nur im Ostkurdistan Irans, wo allein eine Äußerung ausreicht, um am Strang des diktatorischen Mullah-Regimes zu landen, gingen Millionen Kurden auf die Straße, auch in Afghanistan meldeten sie sich. Millionen in der Diaspora wurden zu kurdischen Diplomaten und suchten nach Solidarität für Kobanê.

Kobanê hat noch eine andere Bedeutung für die Kurden. Im Herbst 1979, als sich Abdullah Öcalan und führende ZK-Mitglieder der PKK kurze Zeit vor dem Militärputsch in der Türkei aus Nordkurdistan zurückzogen, kam Öcalan nach Kobanê und legte in dieser kleinen Stadt das erste Fundament für die Organisierung in Rojava. Von hier aus machte sich die PKK einen Namen unter Rojavas Kurden. Die Revolutions- und Widerstandserfahrungen der letzten 35 Jahre, von 1979 bis 2014, in Kobanê erleben ihren Höhepunkt seit dem 15. September.

Kobanê ist neuer Hoffnungsschimmer

Der Widerstandsgeist von Kobanê ist ein Resultat der Überzeugung der Dritten. Mit dem Willen der Freiheit und der Kalaschnikow wird mehr als einen Monat gegen eine Kraft mit überlegener Militärtechnologie gekämpft. Die Dritten haben den Geschmack der Freiheit im Kantonalsystem erfahren und mit dieser Überzeugung gekämpft. Die technisch Überlegenen wurden unterstützt und mit einem unglaublichen Hass auf Kobanê gestärkt. In Kobanê wütete der Hass auf die Freiheit.

Kobanê heißt Hoffnungsschimmer für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben von Individuen (Frauen und Männern) und Völkern.

Manche haben den Angriff und den Widerstand mit Stalingrad verglichen, andere mit Srebrenica, andere wiederum mit El Salvador; zuletzt nannte der französische Staatspräsident François Hollande Kobanê »Märtyrer-Stadt, eine symbolische Stadt«. Alle Vergleiche haben ihre Berechtigung und bringen eine Seite bzw. eine historische Wahrheit Kobanês zur Sprache.

Kobanê stellt heute den Widerstand gegen den IS-Faschismus dar, also ist sein Kampf antifaschistisch. Kobanê ist die Selbstverteidigung gegen die IS-Besatzung, also antikolonialistisch. Kobanê ist der Widerstand von Frauen gegen das pure Patriarchat und den Feminizid. Kobanê ist der Widerstand für Glaubensfreiheit und Minderheitenrechte, weil dort alle Glaubensgemeinschaften ihre kulturelle Existenz gegen den mit dem Islam maskierten »grünen Faschismus« verteidigen. Diese Liste kann ohne Weiteres verlängert werden. Aber eines ist klar: Kobanê ist eine kleine Stadt mit einer großen Mission für die gesamte Welt der Unterdrückten.

Mit Kobanê wird sich entscheiden, ob sich der grüne IS-Faschismus in der Region ausbreitet oder ob es als ein multiethnisches und multireligiöses basisdemokratisches Modell mit Geschlechterfreiheit eine neue Ära in der Region eröffnen wird, das gleichzeitig die bestehenden Demokratien und Freiheiten auf der Welt ein Stück weiter vorantreibt und bereichert.

In einer Zeit, in der der pure Pragmatismus den Weltlauf bestimmt und sich das Ohnmachtsgefühl der Menschen und Völker unerträglich ausbreitet, ist Kobanê ein Hoffnungsschimmer für diejenigen, die nicht mehr fremdbestimmt leben wollen. Die Botschaft heißt: »Freiheit ist möglich, wenn Du bereit bist, den Preis dafür zu zahlen.«

Wille, Widerstand und Solidarität

Kobanê ist nur auf die internationale Tagesordnung geraten, weil es nicht wie erwartet binnen einer Woche kapituliert hat und weil die Kurden weltweit Kobanê nicht alleingelassen haben.

Der Widerstand hat die Kurden vereint, und auch die Solidarität demokratischer Kräfte weltweit konnte gebündelt werden. Die sonst meist von Kurden allein durchgeführten Demonstrationen waren diesmal bunter und vielfältiger.

Diejenigen, die Kobanê eigentlich längst aufgegeben und sich nur auf die Meldung »Kobanê ist auch gefallen« fixiert hatten, gerieten immer mehr in Handlungsnot. Das ist der Grund, warum die internationale Koalition sowie die westlichen Staaten sehr spät und unwillig reagiert haben.

Salih Muslim, der Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) aus Rojava, sagte am 11. Oktober auf der bundesweiten Demonstration in Düsseldorf zur Unterstützung Rojavas vor den annähernd Hunderttausend: »Es wird nicht unsere Schande sein, wenn Kobanê fällt, denn wir kämpfen bis zuletzt, sondern es wird die Schande der Staatengemeinschaft sein.«

Welche Rolle spielt die Türkei in dem Ganzen?

Erstaunlich ist auch, wie parallel zum Widerstand in Kobanê die Türkei zunehmend in die Kritik geraten ist. Zum einen wegen ihrer Verantwortung als Unterstützerin des IS, aber auch aufgrund ihrer Haltung während des Widerstands.

Die Türkei hat nach dem Ausbruch des Aufstands in Syrien trotz bis dato hervorragender Beziehungen zur Assad-Familie eine 180-Grad-Wendung vollzogen, sich seitdem für eine Militärintervention in Syrien ausgesprochen und ihre Bündnispartner zu diesem Zweck unter Druck zu setzen versucht, so wie sie es auch gegenwärtig handhabt.

Auch wenn sie dies mit dem Assad-Regime zu erklären versucht, ist aber jedem, der die Türkei einigermaßen kennt, bewusst, dass die Motivation für eine Militärintervention in ihrem Streben begründet liegt, jeden Versuch der Kurden zu verhindern, diese Aufstandssituation zu ihren Gunsten zu nutzen.

Die radikalislamischen Gruppierungen werden von der Türkei gegen die Völker in der Region eingesetzt. Öcalan nannte den IS gegenüber der ihn besuchenden Delegation der Demokratischen Partei der Völker (HDP) eine andere Version von JITEM *[Jandarma-Nachrichtendienst]*, einer Art Kontraguerilla, die jahrelang gegen das kurdische Volk in der Türkei gemordet hatte. Angesichts der Ziele des IS liegt die Erkenntnis nahe, dass er wie JITEM agiert und dabei auf die großzügige Unterstützung der Türkei zählen kann.

Die IS-Kämpfer sind über die Grenze der Türkei nach Syrien und Irak gegangen. Über die Türkei werden Erdölgeschäfte in Millionenhöhe (für die IS-Kasse) abgewickelt. Die Türkei versorgt verletzte ISler. Die Türkei dient als Rückzugsgebiet für den IS.

Die Türkei hat ihre Grenze nur einseitig für diejenigen geöffnet, die Kobanê aus Sicherheitsgründen verlassen wollten. Für Kurden ist die Grenze in die andere Richtung (also von der Türkei nach Kobanê) geschlossen, für IS-Kämpfer wiederum offen. Während der Liveübertragung eines TV-Senders an der türkisch-syrischen Grenze waren zufällig IS-Milizionäre zu sehen, die von der türkischen Seite nach Syrien wechselten, ohne von den Grenzposten daran gehindert zu werden.

Die Türkei ging brutal gegen Demonstranten vor, die ihre Solidarität mit Kobanê zeigten und gegen die gefährliche Politik der Türkei protestierten. Es kam zu mehr als 1213 Festnahmen, über 183 Verhaftungen, über 40 Toten und mehreren Hundert Verletzten.

Am 13. Oktober wurde dann gemeldet, dass türkische Kampfflugzeuge Guerillastellungen der Volksverteidigungskräfte HPG bei Oramar (Dağlıca) in der Region Colemêrg (Hakkâri) angegriffen hatten.

Türkei entzieht dem »Friedensprozess« die Grundlage

Die Türkei steht offiziell seit Ende 2012 in einem Dialogprozess mit dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan. Seit Newroz 2013 besteht de facto ein beidseitiger Waffenstillstand. Und während Kobanê mithilfe der Türkei einem asymmetrischen Krieg ausgesetzt ist, erklären Regierungsvertreter, dass die Türkei entschlossen sei, den Friedensprozess zum Erfolg zu führen.

Abgesehen davon, dass die Luftangriffe auf die Guerilla-Stellungen eine Verletzung des Waffenstillstands darstellen, weigert sich die Türkei, das von drei Seiten – West, Ost und Süd – vom IS umzingelte und angegriffene Kobanê von Norden aus versorgen zu lassen. Die Einrichtung eines Unterstützungskorridors für die Eingeschlossenen in Kobanê blieb trotz Zusage aus. Die internationale Gemeinschaft wiederum lädt ihre Verantwortung auf den NATO-Partner Türkei, der Westen gibt den zunehmenden Druck auf sich an sie weiter. Die Kritik an der Türkei wächst mit jedem Tag des anhaltenden Widerstands.

Die Türkei würde gern einen NATO-Bündnisfall nach Art. 5 schaffen, um mithilfe der Verbündeten in Rojava einrücken zu können. Sie stellt Bedingungen, sich nur dann an der internationalen Koalition zu beteiligen, wenn unter türkischer Führung eine Flugverbotszone gekoppelt mit einer Pufferzone an der türkisch-syrischen Grenze eingerichtet wird und wenn neben dem IS das Assad-Regime und die PKK gleichermaßen bekämpft werden. Gleichzeitig bietet sie den Kurden Hilfe nur unter der Voraussetzung an, dass sie sich von ihrer politischen Haltung distanzieren, ihre Selbstverwaltung aufgeben, sich in die syrische Opposition integrieren (anzumerken ist, dass die Türkei die syrische Opposition unter Druck gesetzt hat, nicht auf kurdische Forderungen einzugehen) – also politisch kapitulieren.

Eigentlich wissen es alle: Die Rolle der Türkei ist eine Gefahr für die Region, sie gefährdet Frieden und Stabilität. Zum einen versucht sie die Kräfte im Irak gegeneinander aufzuhetzen. Dann leistet sie Geburtshilfe bei den radikalislamischen Terrorgruppen wie Al-Nusra und IS und übernimmt die Patenschaft für sie. Sie instrumentalisiert den IS als Kontraguerilla gegen die Kurden.

Während des Widerstands in Kobanê hat die Türkei immer wieder erklärt, es gäbe keine Zivilisten mehr in der Stadt und ein Handeln sei daher unnötig. Denn ihrer Logik zufolge stehen sich dort zwei Terrorgruppen gegenüber. Sollen sie sich doch gegenseitig die Köpfe einschlagen. Das ist eine äußerst gefährliche Logik. Denn die Menschen, die sich in der Türkei aufhalten, sind Verwandte der in Kobanê Gebliebenen, sie werden nicht tatenlos zusehen, wir ihre Angehörigen massakriert werden.

Gleichzeitig benutzt die Türkei die hohe Flüchtlingszahl als Trumpfkarte gegen den Westen.

Sie hat klipp und klar den IS für längst nicht so gefährlich erklärt wie die PKK, die in Şengal einen Genozid verhindert hat, die ein Garant für viele Volksgruppen in der Region und die effektive Kraft gegen den IS ist. Die Ausdauer der Kurden dürfte der Türkei nicht fremd sein. Seit Entstehung der türki-

---

PM: Bundesinnenministerium diffamiert IS-Gegner

»Das Bundesinnenministerium bezichtigt die kurdische Arbeiterpartei PKK, nicht besser als die Terrorgruppe Islamischer Staat zu sein. Damit wird der Kampf tausender Kurden gegen die Jihad-Terroristen diffamiert«, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, mit Blick auf einen Bericht des Innenministeriums über das PKK-Verbot. Jelpke weiter:

»Der Bericht nimmt eine Gleichsetzung der PKK mit dem Islamischen Staat vor. Das ist der reinste Hohn. Wörtlich heißt es in dem Dokument, das dem Innenausschuss zuging, über Kurden, die zum Kampf gegen den IS nach Syrien rekrutiert würden: ›Das Gefährdungspotential, das von dieser Personengruppe ausgeht, ist quantitativ zwar geringer, qualitativ aber nicht anders zu bewerten als das der jihadistischen Syrien-Kämpfer.‹

Der Bericht dient dem Zweck, das Festhalten am PKK-Verbot zu begründen. Dabei fehlt jedes Augenmaß. Da ist von 4 500 ›Strafverfahren mit PKK-Bezug‹ seit 2004 die Rede, womit die Gefährlichkeit der PKK gezeigt werden soll – ohne dass darauf hingewiesen wird, dass es sich meist nur um Verstöße gegen das Versammlungs- oder Vereinsgesetz handelt. Das kann man nicht ernsthaft mit der Mordbrennerei der IS-Banden gleichsetzen.

Substanzielle Gründe für ein Festhalten am PKK-Verbot gibt der Bericht nicht her. Es wird eingeräumt, dass die Mehrzahl der mehr als 120 Demonstrationen, die in den letzten Wochen stattfanden, friedlich verlief. Ohne jeglichen konkreten Anhaltspunkt wird darüber spekuliert, die PKK habe ihre Anhängerschaft in Deutschland ›im Griff‹, und ›wäre damit auch in der Lage, diese Anhängerschaft für andere als störungsfreie Proteste in der Fläche zu mobilisieren.‹

Ich erwarte von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, diesen unsachlichen Bericht zurückzuziehen. Es wird Zeit einzusehen, dass das PKK-Verbot in jeder Hinsicht kontraproduktiv ist. Die Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung schadet auch dem Kampf gegen den IS.«

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, 21.10.2014

schen Republik versucht sie die Kurden von ihrem Widerstand gegen Ungerechtigkeit abzubringen, ohne Erfolg. Die Türkei ist es gewohnt, bei ihrer antikurdischen Politik auf westliche Unterstützung zählen zu können. Daher ist sie auch jetzt bestrebt, den Kampf gegen den IS an die Bekämpfung der Kurden zu knüpfen. Aber diesmal scheint es nicht so einfach zu funktionieren, weil sie niemanden überzeugen kann, dass der IS das Gleiche sei wie die PKK.

Diese kurdenfeindliche Politik der türkischen Regierungspartei AKP, die sich in ihrer Annäherung an Rojava sehr stark entlarvt, gefährdet auch den eigentlich noch anhaltenden Friedensprozess in der Türkei mit der PKK. Während die AKP mit dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan seit Ende 2012 Gespräche führt, ohne ernsthafte Schritte zu unternehmen, wird mit Rojava immer deutlicher, dass die Türkei noch weit davon entfernt ist, ernsthaft eine Aussöhnung mit den Kurden anzustreben. Ihre Rojava-Politik zeigt immer mehr, dass sie noch immer die kurdischen Errungenschaften als Hauptgefahr sieht und mit allen Mitteln, und wenn nötig, mithilfe des IS, zu vernichten trachtet. Mit dieser Politik entzieht die AKP dem Friedensprozess jegliche Grundlage. Die PKK kann nicht mit einer AKP Frieden schmieden, während dieselbe AKP nebenan den Tod von Verwandten verantwortet. Daher ist das Schicksal Kobanês mit dem des Friedensprozesses in der Türkei verbunden. Fällt Kobanê, fällt der Friedensprozess. Wir sind an einem Wendepunkt sowohl für die Türkei als auch für die Kurden angelangt. Dieser Wendepunkt ist Kobanê.

Es ist ein Schlüssel für die Lösung der kurdischen Frage, die Lösung der kurdischen Frage wiederum ist der Schlüssel für Demokratie und Stabilität in der Region, folglich ist Kobanê mehr als nur Kobanê.

Der Wind hat sich gedreht, schlechte Zeiten warten auf die Türkei

Wer tatsächlich an der Demokratisierung der Region sowie an Stabilität und Frieden im Mittleren Osten interessiert ist, stößt sehr schnell auf die Negativrolle der Türkei. Diese spielt gefährlich, nicht nur für sich selbst, sondern für alle Menschen in der Region. So wie sie lange Jahre illegale dunkle Kräfte wie JITEM und Hisbollah gegen die kurdische Befreiungsbewegung aufgebaut und unterstützt hat, versucht sie sie jetzt auch außenpolitisch einzusetzen. Etliche politische Kräfte sind zu Recht nicht mehr bereit, die Last der Türkei auf sich zu laden.

Spätestens seit Şengal, wo die êzîdisch-kurdische Bevölkerung, aber auch die schiitischen Turkmenen und Christen durch die Kämpfer und Kämpferinnen der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) sowie der Volksverteidigungskräfte (HPG) und Einheiten der Freien Frauen Ischtar (YJA Star) vor einem Genozid gerettet wurden, ist das Aufrechterhalten der Behauptung, die PKK sei eine terroristische Organisation, nicht mehr so leicht. Immer mehr Stimmen aus Politik und Wissenschaft fordern zu Recht die Streichung der PKK aus allen Terrorlisten. Aber hier ist erneut die Türkei gefragt. Das bestätigte der EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung, Gilles de Kerchove, auf einer Sitzung in diesem Monat: »Die Türkei ist gegen die Streichung der PKK aus der Liste der terroristischen Organisationen.« Die Türkei spielt nicht nur in ihrer Region eine negative Rolle, sondern setzt ihre antikurdische Politik auch multilateral fort.

Die jüngsten Entwicklungen in Irak, Syrien und der Türkei haben die Triebkraft des kurdischen Volkes in der Region für Demokratie bewiesen. Es ist ein Schutzschild für alle unterdrückten und angegriffenen Identitäten. Die Geschichte zeigt, dass lange anhaltende statische Verhältnisse in nur sehr kurzer Zeit total umgewälzt werden können. Die Region befindet sich gegenwärtig in einer solchen Situation. Wer den Zeitgeist nicht erkennt, läuft Gefahr überrollt zu werden. Schlechte Zeiten für die Türkei, gute Zeiten für die Kurden.

Die EU und vor allem Deutschland müssen jetzt wissen, dass ihr Argument für das PKK-Verbot »Abhängigkeit vom türkischen Beharren« nicht mehr überzeugt. Die Türkei ist in ihrer Kurden- wie auch IS-Politik äußerst konkret, pro IS und kontra Kurden. Hier müssen Deutschland und die EU ihre eigentliche Absicht offenbaren. Denn eine nachvollziehbare Argumentation für das PKK-Verbot wird vor dem Hintergrund der breiten öffentlichen Sympathie für die Kurden und der PKK gegenüber immer schwieriger werden.

Auch ist es vor allem für Deutschland ratsam, eine Wende in der kurdischen Frage zu vollziehen. Die Kurden im Mittleren Osten sind nicht mehr zu übersehen und können nicht mehr als Anhängsel der Türkei, des Iran, Irak oder Syriens gesehen werden. Die Kurden und ihre politische Vertretung müssen als eigenständige Kraft akzeptiert werden. Ausgehend von der Tatsache, dass die PKK in diesem Rahmen über mehr politischen Einfluss in den vier Teilen Kurdistans und der Diaspora verfügt, muss die Anti-PKK-Politik neu bewertet werden.

Ferner müssen, soll ein zukünftiges demokratisches Syrien gestaltet werden, die Vertreter der Kantone Rojavas anerkannt werden, da die Demokratische Autonomie in Rojava als ein Beispiel für ganz Syrien aufgegriffen werden kann. ♦

Interview mit dem YPG-Kommandanten Mehmûd Berxwedan in Kobanê

Wir haben die Macht des IS gebrochen, wir werden sie besiegen

Abdurrahman Gök und Ersin Çaksu, Kobanê, ANF 17.10.2014

Die beiden Journalisten der Nachrichtenagentur Dicle Haber (DIHA) Abdurrahman Gök und Ersin Çaksu sprachen mit Mehmûd Berxwedan, einem der verantwortlichen Kommandierenden der YPG beim Widerstand von Kobanê (Ain al-Arab), über die derzeitige Situation in der Stadt und im Kampf mit dem IS.

Zunächst einmal möchten wir uns bei Dir dafür bedanken, dass Du in dieser schwierigen Phase auch Zeit für uns gefunden hast. Unsere erste Frage lautet, weshalb Kobanê für den IS so wichtig ist? Warum greifen sie mit so großen Kampfverbänden die Stadt an?

Wir haben uns natürlich auch Gedanken darüber gemacht, weshalb er sich so sehr auf Kobanê konzentriert, und sind zu folgenden Schlüssen gekommen: Zunächst einmal nahm die Revolution von Rojava am 19. Juli 2012 in Kobanê ihren Anfang. Kobanê ist also zu einem Symbol des Widerstands und der Freiheit geworden. Dort fand der Wille der Bevölkerung zum ersten Mal seinen konkreten Ausdruck und von dort sprang der Funke der Revolution auf die übrigen Städte Rojavas über.

Kobanê hat dadurch auch die Pläne mancher internationaler und regionaler Mächte, die den Willen der Bevölkerung in ihren Kalkulationen für die Region ausblenden wollten, durcheinandergebracht. Seit dem Tag der Revolution wurde deshalb dieser Wille bekämpft und sollte vernichtet werden. Aber sie haben ihr Ziel bislang nicht erreicht. Seit eineinhalb Jahren haben sie aus diesem Grund vor allem Kobanê anvisiert. Aber nochmal zur Frage zurück, warum ausgerechnet Kobanê. Topographisch betrachtet hat Kobanê keine Verbindung zu den anderen beiden Kantonen. Deshalb konnten die IslamistInnen die Stadt von drei Seiten einkesseln. Ihr Plan war es, so die Stadt einzunehmen. Sie dachten, dieses Ziel in kurzer Zeit erreichen und den Willen der Bevölkerung brechen zu können. Da haben sie sich allerdings geirrt. Sie haben begriffen, dass sie es bis auf Weiteres nicht schaffen. Deshalb haben sie nun große Kampfverbände aus Städten wie Raqqa, Deir ez-Zor, aber auch aus dem Irak in Richtung Kobanê zusammengezogen. Ich denke nicht, dass ich allzu sehr danebenliege, wenn ich sage, dass bis zu 70 % der IS-KämpferInnen nach Kobanê verlegt worden sind.

Steckt der IS allein hinter diesem Plan?

Nein, natürlich sind es auch mehrere Staaten, deren Namen ich an dieser Stelle nicht zu erwähnen brauche, denn sie sind hinreichend bekannt. Sie wollen den Willen der Bevölkerung brechen. Wenn Kobanê fällt, dann wird sowohl dem politischen Willen der Menschen in den drei Kantonen als auch der wachsenden Rolle der Volksverteidigungseinheiten YPG in der syrischen Revolution ein schwerer Schlag versetzt. Außerdem wird diejenige Kraft, die eine Vorreiterrolle für die demokratische Linie in dieser Revolution spielt, einen Rückschlag erleiden. Das ist die Kalkulation der Türkei und anderer Staaten, die hinter dem IS stecken. Wenn sie in Kobanê mit diesen Plänen erfolgreich sein sollten, werden sie dasselbe in den Kantonen Afrîn und Cizîrê versuchen. In der jüngeren Vergangenheit haben sie bereits mehrfach versucht, in Cezaa, Rabia und Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) anzugreifen und so die Grenzgebiete zu Cizîrê einzunehmen. Aber auch diese Versuche scheiterten an unserem Widerstand. Um diese Niederlagen wieder wettzumachen, haben sie nun mit all ihren Kräften den Großangriff auf Kobanê gestartet. Die Einnahme von Kobanê sollte ihre angeknackste Moral wieder aufrichten. Und es muss dazugesagt werden, dass der IS bislang zu den Siegern im syrischen Bürgerkrieg gehört. Aber auch wir haben uns darin behaupten können. Und nun treffen in Kobanê diese beiden Kräfte aufeinander, die zwei gänzlich unterschiedliche Linien repräsentieren. Und der Ausgang dieses Aufeinandertreffens wird weitreichende Folgen für die Zukunft der Region haben.

Ihr leistet jetzt seit einem Monat heftigen Widerstand gegen den IS. Was ist in diesem Monat passiert? Welche Waffen wurden gegen Euch eingesetzt? Wie habt Ihr auf diese Angriffe reagiert?

Die Kämpfe, die hier seit mehr als einem Monat anhalten, gleichen nicht den bisherigen gegen den IS. Sie haben uns von vier, fünf Seiten auf einmal attackiert. Wie gesagt, sie haben ihre Kampfverbände aus anderen Orten hier zusammengezogen. Mit der Anzahl KämpferInnen, die sie hier gegen uns einsetzen, gelang es ihnen andernorts binnen Stunden, ganze Armeen Iraks und Syriens in die Knie zu zwingen. Dazu kommt, dass sie die von den Armeen erbeuteten Waffen nun hier gegen uns einsetzen. Seit einem Monat wird Kobanê vom IS mit Raketen, Panzern und anderen schweren Waffen angegriffen. Neben dieser modernen Technik, die gegen uns zum Einsatz kommt, setzen sie auch weiterhin auf unkonventionelle Methoden wie Selbstmordanschläge. Mit diesen Mitteln wollten sie Kobanê binnen einer Woche einnehmen, das hatten sie öffentlich propagiert. Doch wir haben mit unseren leichten Waffen Widerstand geleistet und tun das auch weiterhin.

Der Ministerpräsident der Autonomen Region Kurdistan (Südkurdistan), Nêçîrvan Barzanî, sprach davon, Euch mit Waffen unterstützt zu haben. Stimmt das?

Nein, das stimmt nicht. Wir haben den Widerstand hier bislang mit leichten Waffen und unserer Verteidigungsstrategie aufrechterhalten.

Was für eine Strategie verfolgt Ihr?

Der IS wollte einen Großteil unserer KämpferInnen bereits im Umland von Kobanê vernichten, also in den Dörfern, noch bevor sie ins Stadtzentrum vorstoßen, um anschließend pro-



Mit einfachen Waffen gegen den waffentechnisch modernausgerüsteten IS – Verteidigungsstellung der YPG in Kobanê Foto: DIHA

blemlos die Stadt einzunehmen. Das war uns bewusst und wir haben unsere Strategie darauf ausgerichtet. Wir haben in jedem Dorf Widerstand geleistet und auch Verluste erlitten. Aber wir haben uns von Anfang an auch darauf festgelegt, in unmittelbarer Umgebung des Stadtkerns und innerhalb der Stadt den eigentlichen Krieg zu führen. Während sie planten, die Stadt binnen einer Woche einzunehmen, haben wir sie drei Wochen lang nicht in die Stadt reingelassen. Als sie dann zum Teil auch in die Stadt vorgedrungen sind, haben wir ihnen hier schwere Schläge versetzt.

Der IS hat die Räumung der Dörfer durch Euch als Euer Eingeständnis der Niederlage lanciert.

Ja, so stellten sie das dar. Aber eigentlich war ihr Plan, unsere Kräfte in den Dörfern festzusetzen, dort zu umzingeln und so zu vernichten. Wir haben ihn vereitelt. Uns ging es in den Dörfern vor allem darum, ihnen gezielte Schläge zu versetzen und dabei unsere Einheiten zu schützen. Deswegen zogen wir uns dann anschließend in die Gebiete unmittelbar um das Stadtzentrum herum zurück und hier wird nun seit Wochen erbittert gekämpft.

Alle dachten, Kobanê sei kurz davor zu fallen. Die türkische Regierung und ihre Medien beispielsweise verbreiteten tagtäglich, dass die Stadt unmittelbar davorstehe, in die Hände des IS zu fallen. Der IS propagierte, ihr Gebet zum Opferfest in Kobanê zuverrichten. Und auch eine Vielzahl anderer Staaten ging vom Fall Kobanês aus. Als wirklich fast alle davon überzeugt waren, versetzten wir dem IS schwere Schläge und fügten ihm große Verluste zu. Wir befinden uns nun im zweiten Monat des Widerstands und dieser Widerstand hat wirklich ein historisches Ausmaß angenommen. Wir haben nicht nur ihren Vormarsch aufgehalten, in den letzten Tagen drängen wir sie gar immer weiter zurück. Die Kampfmoral in den Reihen der IslamistInnen ist dahin. Sie erleiden nicht nur große Verluste in der Stadt, wir haben auch große Waffenarsenale von ihnen erbeutet. Im ersten Monat haben wir mit unserer Strategie ihren Vormarsch gestoppt. Im zweiten Monat wollen wir nun nicht nur Widerstand leisten, sondern sie besiegen.

Es wird berichtet, dass in Kobanê derzeit zahlreiche Minderjährige in den Reihen des IS kämpften und viele auch getötet worden seien. Was bedeutet das?

Ich kann mit Fug und Recht behaupten, dass bis zu 70 % ihrer professionellen KämpferInnen, also diejenigen, die von Anfang an beim Sturm auf Kobanê beteiligt waren, getötet wurden. Nun versuchen sie weitere Einheiten hier zusammenzuziehen. Wir sind auch Zeuge davon, dass sie wohl aus ihrer Not heraus auch vielen Minderjährigen Waffen in die Hand drücken und sie zum Kampf zwingen. In den letzten Tagen haben sie auch ihre sogenannten Fraueneinheiten, die sie Ketibe-i Unsa nennen, in Richtung Kobanê verlegt. Aber wie gesagt, die Moral des IS ist dahin. Sie haben auch begriffen, dass Kobanê kein Ort wie Mûsil (Mosul) ist, den sie in kürzester Zeit einnehmen können. Sie setzen schwere Waffen und Autobomben ein, aber nichts bringt sie voran. Wir kennen hier jede Straße und jedes Haus. Und deshalb wissen wir auch, wo und wie wir ihnen hier Schläge versetzen können. So treiben wir sie Schritt für Schritt aus der Stadt.

Du hast von den Ketibe-i Unsa, also den Fraueneinheiten, gesprochen. Was machen sie genau? Und weißt Du, wie viele sie sind?

Soweit wir das wissen, werden die Frauen in ihren Reihen bei Selbstmordanschlägen eingesetzt. Auch finden sich unter den ScharfschützInnen oft Frauen. Die Ankunft der Ketibe-i Unsa sollte die Moral der IS-Mitglieder heben, aber auch die durch die Verluste entstandenen Lücken auffüllen.

In letzter Zeit wird immer wieder davon berichtet, dass der IS wahllos Raketen auf das Stadtzentrum abfeuere, auch von versuchten Autobombenanschlägen ist die Rede. Wie ist das zu werten?

Immer wenn Meldungen über wahllosen Raketenbeschuss und Autobomben zu hören sind, dann müsst Ihr verstehen, dass der IS große Verluste einstecken musste. Dasselbe gilt auch für Propagandameldungen wie »wir kommen nun mit noch größeren Einheiten«. Wenn sie keinen Erfolg verbuchen können oder Schläge versetzt bekommen, greifen sie zu diesen Methoden. Wenn sie davon berichten, dass ihre Gruppen aus Manbidsch oder Raqqa nach Kobanê kommen, kommt das auf dasselbe hinaus. Diese Autobombenanschläge sind auch Teil der psychologischen Kriegsführung. Sie sollen Angst und Schrecken verbreiten. Aber wir sind auch auf diese Methoden vorbereitet und wissen, wie wir diese Angriffsversuche stoppen können, ohne dass sie großen Schaden anrichten.

In den letzten Tagen sind auch Raketen des IS auf türkischem Staatsgebiet eingeschlagen. Kannst Du dazu etwas sagen?

Wir wissen ganz genau, dass die Hölle ausbräche, wenn auch nur eine unserer Kugeln aus Versehen in Richtung türkisches Staatsgebiet abgeschossen werden würde. Ich glaube nicht, dass der IS bewusst Raketen in Richtung Türkei abfeuert. Sie



»Niemand soll sich auch nur im Traum einbilden, dass wir Kobanê im Stich lassen …« Foto: DIHA

versuchen den Grenzübergang zu treffen und zielen anscheinend ab und an daneben. Tatsache ist aber, dass die Türkei den Beschuss bislang nicht verurteilt hat.

Nun zu den Luftschlägen der Anti-IS-Koalition. Gibt es da eine Zusammenarbeit mit Euch? Stimmt es, dass Ihr die Koordinaten der IS-Stellungen weitergebt? Und inwieweit sind die Luftschläge effektiv?

Um ehrlich zu sein, anfangs gab es keine Luftunterstützung. Hätten sie den IS von vornherein so aus der Luft angegriffen, wie sie es derzeit tun, hätten es die IslamistInnen niemals bis zur Stadt geschafft. In den ersten 15 bis 20 Tagen gab es keine wirkliche Luftunterstützung, aber seitdem spielen die Luftangriffe eine wichtige Rolle und sind uns eine Hilfe. Es stimmt, dass sie mit den YPG-Kräften koordiniert werden. Es wird auch mit großer Achtsamkeit angegriffen, es gab also keine Verwechslung der Angriffsziele.

Aber es gab Meldungen, dass die Luftschläge auch ZivilistInnen und Kräfte der YPG getroffen hätten?

Die entsprechen nicht der Wahrheit. Es kamen weder ZivilistInnen noch KämpferInnen der YPG bei Luftangriffen ums Leben. Wie gesagt, sie führen ihre Angriffe in Koordination mit den YPG durch und greifen lediglich die IS-Stellungen an. Und dort, wo der IS ist, sind die ZivilistInnen schon weg. Die Luftangriffe sind derzeit eine wichtige Unterstützung für uns, wofür wir auch dankbar sind.

Reichen die Luftangriffe allein aus, um den IS aus Kobanê hinauszudrängen?

Das sicherlich nicht. Die wichtigste Kraft, um den IS hier zu bekämpfen, bleiben die Verteidigungseinheiten der YPG und die der Frauen YPJ. Die Luftangriffe ergänzen lediglich den Widerstand am Boden. Aber damit der IS dort effektiv bekämpft werden kann, braucht es Waffen. Dafür müssen die Bedingungen geschaffen werden. Wir haben die Forderung nach einem Korridor gestellt. Über den kann humanitäre Hilfe, aber auch Waffenunterstützung geliefert werden. Ebenso könnten hier weitere Kräfte der Verteidigungseinheiten nach Kobanê gelangen. Die Türkei weigert sich allerdings bislang, den Korridor freizugeben. Unter den jetzigen Bedingungen sind wir in Kobanê umzingelt. Das muss durchbrochen werden. Und das geht nur über einen Korridor.

Willst Du etwas zu den Protesten in Nordkurdistan sagen? Welche Wirkung hatten die Mahnwachen an der Grenze zu Kobanê auf Euch?

Unsere Bevölkerung von Nordkurdistan hat uns mit großer Opferbereitschaft unterstützt. Das wirkte sich natürlich sehr positiv auf unsere Moral aus. Dutzende Jugendliche überwanden die Grenzen, um sich dem Widerstand von Kobanê anzuschließen. Und dieser Widerstand hat sich in den letzten Tagen und Wochen auch auf Nordkurdistan ausgeweitet. Insofern haben sie unseren Widerstand nicht nur bloß unterstützt, sie haben ihn mitgetragen. Uns wurde in diesen Tagen klar, dass die gesamte Bevölkerung von Kurdistan hinter uns steht. Das hat uns natürlich große Kraft und Auftrieb gegeben. Wir bedanken uns ausdrücklich für diese Unterstützung.

Gibt es noch etwas zu ergänzen?

Niemand soll sich auch nur im Traum einbilden, dass wir Kobanê im Stich lassen. Wir werden hier bis zum Schluss am Widerstand festhalten. ♦

Es gibt tausende Freiwillige, die nach Kobanê gehen wollen ...

Der Kampf wird nicht so schnell zu Ende sein

Interview mit Asya Abdullah in Kobanê

Asya Abdullah, Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), hält sich seit den Angriffen des IS auf Kobanê in der Stadt auf. Der Kurdistan Report sprach mit ihr über die Situation.

Können Sie für unsere Leserinnen und Leser die Geschehnisse der letzten Wochen in Kobanê kurz Revue passieren lassen?

Am 15. September begann die Terrormiliz des sogenannten Islamischen Staates (IS) eine militärische Großoffensive gegen den Kanton Kobanê (Ain al-Arab). Kobanê grenzt im Norden an die Türkei. Die umliegenden Territorien stehen sämtlich unter IS-Kontrolle. Mit Panzern und anderer schwerer Artillerie, die von der irakischen und der syrischen Armee erobert worden waren, wurden zunächst die Dörfer im Umland angegriffen. Die Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) und die Volksverteidigungseinheiten (YPG) leisten seit jeher unermüdlichen und heldenhaften Widerstand. Vor dem bestialischen und menschenverachtenden Vorgehen der IS-TerroristInnen wurde die Zivilbevölkerung aus den angrenzenden Dörfern evakuiert und zunächst in das Stadtzentrum gebracht. Keines der etwa 400 Dörfer wurde kampflos verlassen, die tapferen Kämpferinnen und Kämpfer der YPG und YPJ sahen sich jedoch aus taktischen Gründen und angesichts der schweren Waffen des Feindes zum Rückzug in die Stadt gezwungen, um dort effektiver Widerstand gegen die BarbarInnen zu leisten. Hatte der IS zwischenzeitlich in die Stadt eindringen können, wurden die TerroristInnen aus fast allen Teilen der Stadt zurückgedrängt. Derzeit konzentrieren sie sich vor allem auf die Ostfront. Sie sind bestrebt, von dort aus einen strategisch wichtigen Punkt nördlich der Stadt zu kontrollieren. Sie erleiden viele Verluste, so dass sie immer mehr ihrer KämpferInnen von auswärts nach Kobanê holen. Derzeit versuchen sie ebenfalls, arabischstämmige Menschen aus der Umgebung in den Kampf zu zwingen. So dass sich viele arabische Familien zur Flucht aus der Region gezwungen sehen.

Können Sie uns schildern, warum der IS ausgerechnet Kobanê angreift?

Da gibt es mehrere Gründe. In Anbetracht der Ideologie des IS und des Gesellschaftsmodells sowie der Verwaltungsstrukturen von Rojava wird erkennbar, dass hierbei zwei äußerst konträre Gesellschaftsvorstellungen aufeinanderprallen. Gegenüber der menschenverachtenden barbarischen Lebensrealität des IS, in der nicht nur Konflikte zwischen den Angehörigen verschiedener Konfessions- oder ethnischer Gruppen geschürt werden, sondern jeder Mensch, der ihrer Meinung nach dem falschen oder gar keinem Glauben angehört, zu töten versucht wird, steht Rojava für Multiethnizität und Multikonfessionalität. Hier leben, auf der Grundlage basisdemokratischer Werte, ChristInnen, ÊzîdInnen, SunnitInnen und Andersgläubige, AssyrerInnen, ArmernierInnen, AraberInnen, KurdInnen und Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen friedlich und gleichberechtigt zusammen. Dieses praktizierte Konzept stellt ein absolutes Novum für den so krisenreichen Mittleren Osten dar. Davor fürchtet sich der IS, wie auch andere Kräfte, weil Rojava als Lösungsmodell für die Probleme des gesamten Mittleren Ostens fungieren könnte. Auch graust es ihn vor der Freiheit der Frau. In keiner Region des Mittleren Ostens ist das Maß der Freiheit der Frau so groß wie in Rojava. Obwohl es in dieser Hinsicht weiterer gesellschaftlicher Transformation bedarf, besonders in der Mentalität, lebt die Frau von Rojava unabhängig, frei, partizipiert am politischen und gesellschaftlichen Leben. Sämtliche politischen Posten sind mit Doppelspitzen besetzt. Es gibt eigene Frauenverteidigungseinheiten, die sich für den Schutz und die Freiheit der Frau einsetzen. Im Gesellschaftsvertrag von Rojava, der eine ähnliche Funktion hat wie Verfassungen in Staaten, wird der Freiheit der Frau und der Gleichberechtigung der Geschlechter besonderer Platz eingeräumt. Es ist der Geist von Rosa Luxemburg, Clara Zet-

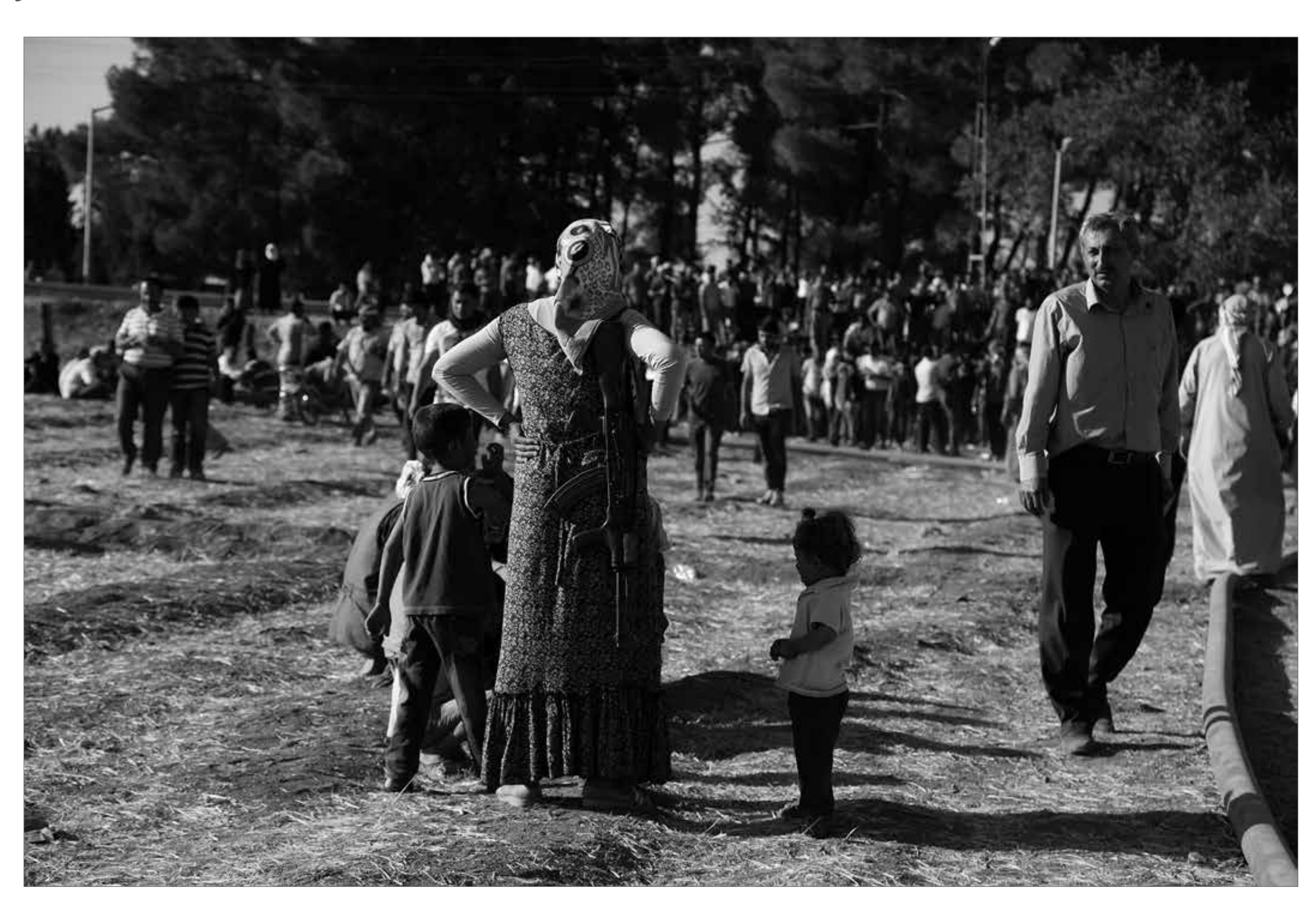
kin und Sakine Cansız, der in dieser von den Frauen geführten Revolution wiederbelebt wird. Der IS betrachtet die Frau als Ware. So werden gerade nichtmuslimische, aber auch muslimische Frauen als Kriegsbeute freigegeben und die Vergewaltigung von Kindern und Frauen wird als Gotteswille verkauft. Der IS hat im 21. Jahrhundert wieder Sklavinnenmärkte für sexuelle Ausbeutung errichtet.

Andererseits spielen aber auch geostrategische Interessen eine gewichtige Rolle. Wir vermuten außerdem andere Kräfte hinter dem Vorgehen des IS.

Vor allem die Türkei steht international im Fadenkreuz. Der türkischen AKP-Regierung wird die Unterstützung des IS vorgeworfen. Es wurden ihm Waffen geliefert, die Türkei lässt die Zivilbevölkerung nicht über die Grenze, geht gewaltsam gegen DemonstrantInnen und JournalistInnen vor. Wie bewerten Sie die Vorwürfe?

Es fällt uns schwer, das Verhalten der Türkei zu bewerten. Sie unterstützt den IS mit Waffen, dafür gibt es stichhaltige Beweise. Weiterhin können IS-KämpferInnen die Grenze zum Übergang nach Syrien nutzen. In türkischen Krankenhäusern werden IS-TerroristInnen behandelt, indessen wird bei IS-Anschlägen verletzten kurdischen ZivilistInnen der Grenzübergang verweigert. Die türkische Armee geht gewaltsam gegen die Zivilbevölkerung vor. Bisher gab es deshalb Dutzende Tote. Die Menschen benötigen dringend humanitäre Hilfe. Es bedarf eines Korridors, das lässt die türkische AKP-Regierung jedoch nicht zu.

Sie sollte mehr im Interesse der türkischen Bevölkerung handeln. Sie muss die Errichtung eines Korridors vor allem für humanitäre Hilfe zulassen. Wir setzen uns seit unserer Gründung für gute Beziehungen mit unseren Nachbarn ein.



»In keiner Region des Mittleren Ostens ist das Maß der Freiheit der Frau so groß wie in Rojava. Obwohl es in dieser Hinsicht weiterer gesellschaftlicher Transformation bedarf, besonders in der Mentalität, lebt die Frau von Rojava unabhängig, frei, partizipiert am politischen und gesellschaftlichen Leben.« Foto: DIHA

Nun hat der türkische Außenminister Çavuşoğlu erklärt, dass die Türkei kurdischen Peşmergas den Übergang nach Kobanê ermöglichen würde.

Es gibt tausende Freiwillige, die nach Kobanê gehen wollen, um die Bevölkerung vor dem IS zu beschützen. Denen sollte der Übergang gewährt werden. Diese Äußerung der Türkei kam nach der US-Waffenlieferung an YPJ und YPG. Bisher gibt es keine direkte Verbindung zwischen Kantonalregierung in Rojava und Kurdischer Regionalregierung in Südkurdistan.

Ministerpräsident und Staatspräsident der Türkei erklären, dass es sich bei der PYD um einen Ableger der PKK handele. Folglich dürfe man keine Beziehungen mit ihr unterhalten, da sie ihren Aussagen nach eine terroristische Organisation sei. Die Türkei hat selbst mehrfach Gespräche mit der PYD geführt. Sind ihre Aussagen daher nicht als paradox einzustufen, zumal PYD-VertreterInnen mehrmals in die Türkei geladen wurden?

Das stimmt. Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu, damals noch Außenminister, hat gerade erst erklärt, die PYD mehrmals persönlich eingeladen zu haben.

Es gilt festzuhalten, dass die PKK nicht auf syrischem Territorium agiert. Wir stehen mit ihr in keinerlei organischer Verbindung. Wir sind eine absolut unabhängige Organisation, die sich für die Rechte aller Menschen in Syrien einsetzt. Nur weil wir eine ähnliche Ideologie wie die PKK haben, kann uns das nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Wie bewerten Sie die Luftschläge und die Waffenlieferung der USA?

Sie sind wichtig. Doch hätte die Waffenlieferung früher erfolgen müssen. Sie ist auch nicht ausreichend. YPG und YPJ haben mehrmals erklärt, dass sie Waffen benötigten, mit denen sie sich gegen die schwere IS-Artillerie verteidigen können. Weiter ist es wichtig, dass die Luftschläge präzise erfolgen. Die YPG können den Koalitionskräften sämtliche Informationen liefern. Die Panzerfahrzeuge und Raketenwerfer bleiben weiter von den Luftschlägen verschont.

Vor einigen Tagen kam es zu einem Treffen zwischen VertreterInnen des ENKS (Kurdischer Nationalrat in Syrien) und der Übergangsregierung der selbstverwalteten Kantone. Was wurde dort besprochen?

Es wurde ein sechsköpfiges Komitee mit jeweils drei VertreterInnen des ENKS und der Verwaltung von Rojava gegründet. Es ist wichtig, dass der ENKS am Aufbau von Rojava und dem Selbstverwaltungssystem partizipiert. Wir benötigen eine geschlossene Einheit nach außen.

Auch das südkurdische Autonomieparlament hat das Kantonalsystem von Rojava anerkannt.

Die Anerkennung ist wichtig. Doch müssen jetzt auch praktische Schritte folgen. Ich hätte mir gewünscht, dass die Anerkennung früher stattgefunden hätte und nicht nur 79, sondern sämtliche 110 südkurdische Parlamentsabgeordnete dem Parlamentsbeschluss zugestimmt hätten. Wichtig ist jedoch vor allem die internationale Anerkennung, damit der demokratische Lösungsansatz von Rojava für Syrien und den Mittleren Osten erhalten bleibt. Rojava könnte als Beispiel für Konfliktlösungen gelten und die Demokratisierung in der Region forcieren.

Was benötigt die Bevölkerung von Kobanê und Rojava?

Wie in der gesamten Region sind es in erster Linie Demokratie, Frieden und Freiheit, dessen die Bevölkerung von Kobanê und Rojava bedarf und wonach sie strebt. In diesem Sinne fungiert Rojava als Avantgarde, bzw. als Wegweiser, was als Hauptgrund für seine Isolierung etwa durch Embargo und Angriffe zu nennen ist. Daher braucht Rojava dringend Anerkennung und Solidarität. Es bedarf dringender humanitärer Hilfe. Die Situation der Flüchtlinge ist äußerst kritisch. In diesem Punkt leistet vor allem die Bevölkerung von Nordkurdistan unermüdlich Unterstützung. Wir gehen auf den Winter zu. Sollte nicht schnellstmöglich präventive Hilfe erfolgen, wird es sehr schwer für viele Flüchtlinge, vor allem für die Kinder, den Winter zu überstehen. Ich bin überzeugt davon, dass wir in Kobanê unseren Widerstand bis zum Sieg führen werden. Allerdings wird der Kampf dann nicht zu Ende sein. Es wurde vieles zerstört. Dörfer und Häuser wurden geplündert und verbrannt. Es muss reichlich Aufbauarbeit geleistet werden. Auch dafür brauchen wir internationale Unterstützung. Ich weiß, dass es viele Menschen gibt, die im Ausland seit Jahren Solidaritätsarbeit für die Kurdinnen und Kurden leisten. Heute brauchen wir diese Menschen mehr denn je. Denn es fehlt hier an fast allem. Der IS rekrutiert sich aus über 50 Ländern. Wir verteidigen im Kampf gegen diese BarbarInnen nicht nur unsere Bevölkerung, sondern zugleich auch universelle menschliche Werte. Daher bedarf es ebenso internationaler Solidarität und Unterstützung. ♦

Interview mit Zuhal Ekmez, der Kobürgermeisterin von Pîrsûs (Suruç)

Den würdevollen Widerstand unterstützen

Dersim Dağdeviren

Wie viele Flüchtlinge/Menschen aus Rojava befinden sich derzeit in Pîrsûs? Kommen neue hinzu?

Zunächst einmal möchte ich sagen, dass der Begriff Flüchtlinge für die Menschen aus Rojava nicht angemessen ist. Denn wir sind die Kinder derselben Erde. Pîrsûs und Kobanê sind trotz der errichteten Grenze eins *[die Städte liegen, durch die türkisch-syrische Grenze getrennt, nah beieinander]*.

Um uns einen Überblick zu verschaffen, haben wir in den Dörfern und Straßen Kommissionen eingerichtet. Diese haben in Pîrsûs etwa 60 000 Menschen aus Rojava gezählt. Diese Zahl unterliegt stets Veränderungen. Während junge Menschen nach Kobanê zurückkehren, kommen mehrheitlich Gruppen älterer Menschen und Frauen nach Pîrsûs.

Sind die Menschen, die von Rojava nach Pîrsûs kamen, auch an andere Orte geschickt worden? Wenn ja, wohin?

Sie sind ins Stadtzentrum sowie in die anderen Stadtteile von Riha (Urfa) gebracht worden.

Unter welchen Bedingungen leben diese Menschen in Pîrsûs? Welches sind ihre grundlegenden Probleme und Bedürfnisse? Von wem und wie wird ihnen geholfen? Gibt es internationale Hilfe?

Sie sind in den von unserer Kommunalverwaltung und auch mit Unterstützung anderer von der Partei der Demokratischen Regionen DBP verwalteten Städte aufgebauten Zeltlagern, in den Kondolenzhäusern unseres Stadtteils, den Moscheen und bei Familien untergebracht. Diese Menschen mussten Rojava aufgrund eines drohenden Massakers unerwartet und zügig verlassen. Sie waren darauf ebenso wie unsere Kommunalverwaltung nicht vorbereitet gewesen. Daher haben wir sie zunächst an provisorischen Orten untergebracht und sie nach der Einrichtung von Zeltlagern dort einquartiert. Da sie ohne jegliches Hab und Gut ihren Lebensraum verlassen haben, geht es in Anbetracht des anstehenden Winters vorrangig um ihre an die Witterungsbedingungen angepasste Unterbringung in Zelten und Containern. Zudem werden Heizstrahler, winterfeste Kleidung, Nahrung, Medikamente u. Ä. benötigt. Als Kommunalverwaltung stellen wir alle notwendigen Güter zur Verfügung. So haben wir eine zentrale Küche für die Versorgung mit Lebensmitteln eingerichtet. Einige internationale Hilfsorganisationen unterstützen uns. Anfangs hatte uns die Regierung bei der Annahme der Hilfsgüter Schwierigkeiten bereitet, was jedoch weitgehend überwunden werden konnte.

Sie haben die Haltung des Staates angesprochen. Es fällt eine enorme Militärpräsenz an der Grenze auf. Zu welchem Zweck ist dort so viel Militär stationiert? Wie bewerten Sie die Haltung der Regierung zu Rojava?

Die Menschen, die hierhergekommen sind, wissen um die unterstützende Haltung des türkischen Staates gegenüber dem Islamischen Staat (IS). In unserem Stadtteil fühlen sie sich sicher und möchten daher hier bleiben. Lediglich 4 500 der 60 000 Menschen aus Rojava leben in den vom staatlichen Krisenzentrum AFAD errichteten Zeltlagern. Doch AFAD drängt die Menschen in diese Lager. Ansonsten wird ihnen trotz sämtlicher Gespräche unsererseits jegliche staatliche Unterstützung verwehrt.

Die Militärpräsenz an der Grenze dient nicht allein der Sicherheit, sondern zielt darauf ab, die Unterstützung des IS zu verdecken. Denn die in Rojava etablierten Kantone, vor allem Kobanê, kennzeichnet ein revolutionärer Charakter mit Vorbildfunktion für alle Staaten, in denen keine Demokratie herrscht. Daher sind sie Staaten wie der Türkei, die kein sauberes Demokratie- und Menschenrechtsprofil haben, ein Dorn im Auge. Aus diesem Grunde unterstützt die Türkei nicht die Bevölkerung von Kobanê, die ihre Existenz und Freiheit verteidigt, sondern den barbarischen IS, der eine Gefahr für alle Völker im Nahen und Mittleren Osten darstellt.

Pîrsûs ist auch Zentrum der Mahnwachen. Welche Informationen können Sie uns darüber geben, insbesondere über die Angriffe türkischer Sicherheitskräfte?

Seit dem Angriff des IS auf unsere Geschwister in Kobanê am 15. September suchen wir nach Möglichkeiten, unseren Protest zum Ausdruck zu bringen. Um unsere Solidarität mit den Menschen in Rojava/Kobanê zu bekunden, haben wir an der Grenze, die Dörfer entzweit, Mahnwachen etabliert. Es handelt sich dabei um eine demokratische Aktionsform. Sie dient zum einen dazu, den Grenzübertritt von IS-Milizen zu verhindern, wenn auch nur in geringem Umfang, und zum anderen dazu, den würdevollen Widerstand unserer Geschwister moralisch zu unterstützen. Das hat der türkische Staat nicht verkraften können. Er hat daher seine Sicherheitskräfte aus der gesamten Umgebung nach Pîrsûs verlagert und so eine zusätzliche Trennwand zwischen uns und Kobanê errichtet. Zudem wurden zahlreiche Kontrollpunkte eingerichtet, welche die Ein- und Ausreise von und nach Pîrsûs und damit unsere Reisefreiheit einschränken. Offiziell dient die Militärpräsenz unserer Sicherheit. Doch tagelang wurden wir ohne Rücksicht auf Kinder und ältere Frauen mit Gasgranaten und Schusswaffen angegriffen. Selbst in die Häuser, in denen wir Unterschlupf suchten, wurden Gasgranaten geworfen. Von den Panzerwagen aus wurde uns per Lautsprecher mit Mord und Ausrottung gedroht. Sie waren darauf fokussiert, jemand zu verletzen und zu töten. Während in Kobanê IS-Terroristen ein Massaker verübten, war die türkische Regierung hier um ein Massaker bemüht. Zahlreiche Freunde wurden verletzt. Semra Demir, Mitglied des Parteirates der DBP, wurde am 16. Oktober von einer Gaskartusche am Kopf getroffen und schwer verletzt. Sie liegt noch immer auf der Intensivstation. Trotz all dieser Repressionen setzt das Volk von Kurdistan seine Mahnwachen an der Grenze fort.

Es gibt Aufzeichnungen, wie der IS problemlos die Grenze überquert und wie militärische Güter über sie transportiert werden. Dazu kommt eine Ungleichbehandlung von Verletzten. Was können Sie uns darüber sagen? Wie bewerten Sie das?

Es war bereits bekannt, dass der türkische Staat den IS unterstützt. Es gab stets Presseberichte über die militärische Ausbildung der IS-Milizen sowie ihre militärische Unterstützung. Zuletzt filmte der Sender IMC TV das. Daraufhin gab es Bestrebungen der Sicherheitskräfte, die Medien von der Grenze zu verdrängen. Antidemokratische Kräfte werden demokratische Systeme nicht akzeptieren. Da wir um die Vergangenheit des türkischen Staates wissen, ist eine Unterstützung des IS nicht verwunderlich. Während 13 verletzte YPG-/YPJ-Kämpfer wegen staatlicher Behinderung an der Grenze verstorben sind, werden IS-Milizionäre unter hohen Sicherheitsvorkehrungen in die Türkei eskortiert und in Krankenhäusern behandelt. Auch das ist ein Beweis für die staatliche Unterstützung des IS.

Am Grenzübergang Mürşitpınar wurden über 300 Personen aus Rojava festgenommen. Wie steht es um sie? Viele von ihnen sollen nach Kobanê zurückgekehrt bzw. dorthin abgeschoben worden sein. Gibt es ansonsten Rückkehrer nach Rojava?

Sämtliche Festgenommenen wurden freigelassen. Ein Teil wurde abgeschoben, ein Teil in den staatlichen Zeltlagern einquartiert. Spezialeinheiten befragten die Menschen, die tagelang festgehalten wurden, warum sie ihre Heimat verlassen hätten. Ihnen wurde unterstellt, Kämpfer der YPG/YPJ zu sein. Wären sie tatsächlich Kämpfer, hätten sie Kobanê nicht verlassen. Selbst wenn, so erfüllen sie keinen Straftatbestand in der Türkei. Diese Menschen haben lediglich ihre Heimat gegen den IS verteidigt. Und dann spricht der Staat davon, dass er den Menschen aus Rojava seine Tore geöffnet hat. Das entlarvt die Haltung des türkischen Staates.

Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Christoph Strässer, war mit einer Delegation in Pîrsûs. Können Sie uns Informationen über die Gespräche mit ihm geben?

Wir haben diese Delegation gemeinsam mit unseren Abgeordneten betreut und ihnen Informationen über die Lage in Pîrsûs und Kobanê gegeben. Wir haben darauf hingewiesen, dass lediglich 4 500 der 60 000 aus Rojava hinzugekommenen Menschen in den Zeltlagern des AFAD leben, dieser die restlichen Menschen trotz zahlreicher Gespräche unserer Abgeordneten nicht unterstützt und es daher für eine gerechte Verteilung der Hilfsgüter sinnvoll ist, diese der Kommunalverwaltung als von der Bevölkerung gewählten Instanz zu übertragen. Insgesamt verliefen die Gespräche gut. Wir erfuhren jedoch noch am selben Tag, dass die Mitarbeiterin des Generalkonsulats in Ankara der Reporterin der Zeitungen Taraf und Sabah mitgeteilt hatte, 13 Lastwagen mit Hilfsgütern in Dîlok (Antep) dem AFAD übergeben zu wollen.

Was ist Ihr Appell an die internationale Öffentlichkeit?

Kobanê symbolisiert den Kampf für die Existenz und die Freiheit des Volkes dort, Frauen, Männer, junge wie alte Menschen. Es ist der Kampf aller Völker und demokratischen Kräfte des Mittleren Ostens für einen freien und demokratischen Mittleren Osten, der Kampf gegen ein neues faschistisches Massaker und ein Kampf für Würde und Freiheit. Daher rufe ich die internationale Öffentlichkeit dazu auf, die notwendige Unterstützung und Solidarität mit Kobanê zu zeigen. ♦

Zwei gegensätzliche Systeme in Kobanê

Die kurdische Frauenbewegung und der Islamische Staat

Dilar Dirik

In den vergangenen Wochen ist durch die akute Situation in Kobanê der Widerstand der Kurden – vor allem der der kurdischen Frauen – gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) ins Licht der Medien gerückt worden. Orientalistische Auffassungen haben sich natürlich sehr simplifizierender Analysen bedient. Die Parole »Die Dschihadisten haben Angst vor kurdischen Frauen, weil sie, wenn sie von Frauen getötet werden, nicht in den Himmel kommen« wiederholt sich heutzutage in fast jedem Artikel oder jeder Reportage. Natürlich banalisiert das die Komplexitäten des Widerstands der kurdischen Frauen gegen das ultrapatriarchale System des IS.

Einerseits war es natürlich höchste Zeit, dass die Weltöffentlichkeit endlich die kurdische Frauenbewegung kennenlernt. Doch andererseits eignet sich nun der Mainstream – und sogar Modezeitschriften – den Überlebenskampf kurdischer Frauen für seine Zwecke an. Statt sich mit den radikalen Implikationen auseinanderzusetzen, die der Widerstandskampf kurdischer Frauen vor allem angesichts der feudal-patriarchalen Strukturen Kurdistans ausmacht, exotisieren viele diese Frauen als mysteriöse Amazonen, ohne ihre politischen Motive zu betrachten. Vielen soll auch aufgefallen sein, dass ausländische Reporter oft Frauen für Interviews aussuchen, die sie für besonders attraktiv halten.

Doch hinter dem Kampf kurdischer Frauen steckt viel mehr als nur eine militärische Schlacht gegen eine mörderische Mentalität: In vielerlei Hinsicht ist der Islamische Staat das genaue Gegenteil der kurdischen Frauenbewegung. Man kann davon sprechen, dass sich zurzeit vor allem in Kobanê nicht nur zwei unterschiedliche Kampfparteien gegenüberstehen, sondern zwei komplett polare Gedankensysteme und Weltverständnisse.

Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass der IS explizit einen Krieg gegen Frauen angesagt hat. Er nutzt sexuelle Gewalt als systematisches Kriegsmittel durch Verschleppungen, Zwangsehen, Vergewaltigungen und Sexsklaverei. Er instrumentalisiert Religion für seine Zwecke und beutet den Begriff der »Ehre«, der in der Region vor allem um den Körper und die Sexualität von Frauen formuliert wird, aktiv aus. Beispielsweise weiß er, dass viele Frauen wenn sie vergewaltigt worden sind, von ihren Familien abgelehnt werden. Die Dschihadisten wissen, dass sie dadurch religiöse und ethnische Gemeinden »verunreinigen«. Allein in Şengal wurden tausende êzîdische Frauen verschleppt, vergewaltigt und auf Sexsklavenmärkten verkauft oder Dschihadisten als Kriegsbeute geschenkt. Diese systematische Zerstörung von Frauen ist ein explizites Kriegsmittel, eine spezielle Form der Gewalt: Feminizid.

Der mörderische IS mit seinen monopolistischen, hegemonialen, ultrapatriarchalen und repressiven Absichten und Aktionen verkörpert in vieler Hinsicht das System der kapitalistischen Moderne. Der IS ist zudem ein Produkt der kapitalistischen, patriarchalen internationalen Ordnung selbst. Durch ungerechte Kriege im Nahen Osten, fabrizierte Islamophobie, die Ausbeutung sektiererischer Konflikte und der natürlichen Ressourcen in der Region wurde überhaupt erst der Nährboden für die Entstehung des IS geschaffen.

Viele sind der Meinung, man solle den IS nicht als «Staat« bezeichnen, weil es ihm Legitimität verschaffen würde. Doch der IS findet das Konzept des Staates anreizend und man sollte sich fragen weshalb. Abgesehen davon sollte man nicht auf die Idee reinfallen, das Staatensystem habe sich durch »zivilisierten, modernen Fortschritt« entwickelt. Viele Nationalstaaten haben sich ebenso brutal, faschistisch und gewaltsam wie der IS etabliert.

Der IS wird oft als rückständig bezeichnet. Ohne Zweifel greift er zu sehr primitiven schrecklichen Ideen und Handlungen. Doch viele der Methoden und Mechanismen des IS sind Kopien der dominanten nationalstaatsorientierten, kapitalistischen, patriarchalen Weltordnung, die im Jahr 2014 überall auf der Welt herrscht. In vielerlei Hinsicht ist der IS eine extremere Version der Gewalt an Frauen überall auf der Welt, der Welt, die als fortschrittlich betrachtet wird. Der IS bedient sich derselben Mechanismen der

Rückständigkeit des globalen Patriarchats und seiner kapitalistischen Ausdrücke.

Vor kurzem hat der IS sogar schamhaft und stolz verkündet, dass er Frauen vergewaltigt, verschleppt und als Kriegsbeute oder Sklavinnen verkauft hat. Sexuelle Gewalt wird bewusst und gezielt als systematisches Kriegsmittel benutzt, um den Gegner zu »dominieren« und zu »erniedrigen«. Diese Handlungen basieren auf patriarchalen Vorstellungen von Macht und Gewalt.



»Wer die mutigsten Feinde des IS ehren will, sollte damit beginnen, den Widerstand in Kobanê zu unterstützen, und die Kantone Rojavas offiziell anerkennen!« Foto: DIHA

Die kurdische Frauenbewegung hingegen möchte, als zentraler Bestandteil der Freiheitsbewegung in Rojava, ein alternatives System erschaffen, das den Weg der demokratischen Moderne einschlägt, basierend auf Ökologie, der Gleichheit und Zusammenarbeit der verschiedenen Volks- und Religionsgemeinden und der Befreiung der Frau. Indem diese Prinzipien als Kernbestandteile eines bedeutsamen Verständnisses der Freiheit betrachtet werden, möchte man nicht nur die äußere Struktur des Systems verändern, sondern ebenfalls die Mentalität der Gesellschaft. Das Ziel ist ein Konzept der Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie, jenseits der Primitivität des Patriarchats und des Nationalstaates, der kapitalistischen Wirtschaft und hegemonialer Macht.

Denn die kurdische Frauenbewegung weiß, dass Freiheit alle Elemente des Lebens beinhalten muss. In vielen Freiheitsbewegungen wurden nämlich Frauenrechte »nach der Befreiung, nach der Revolution« vergessen, da sie nicht als Priorität betrachtet wurden. Aus diesem Grund ist die Befreiung der Frau ein zentrales Element im Widerstand in Rojava und es ist auch keine Überraschung, dass viele Frauen in der Region, wie Araberinnen, Turkmeninnen, Armenierinnen und Assyrerinnen, sich den Verteidigungskräften und auch der Administration in Rojava anschließen.

In Kobanê wird also ebenfalls diese Alternative angegriffen, weil sie den Status quo herausfordert. Es ist auch interessant, dass die Rojava-Kantone von Anfang an stärker marginalisiert wurden als der IS. Die türkische Regierung steht offen dazu, diese Bewegung als ebenso terroristisch wie den IS zu betrachten.

Der IS brutalisiert Frauen nicht nur physisch, sondern versucht auch, alles, wofür die Frauenbewegung steht, zu zerstören. Kurdische Frauen, die vor dem Widerstand gegen Assad und den IS gegen patriarchale, frauenfeindliche Regimes gekämpft haben, aber ebenso gegen das Patriarchat in der eigenen Gesellschaft, sind in der Tat der ultimative Feind eines Systems, das für Gräueltaten wie das Abhacken von Köpfen Andersgläubiger 72 Jungfrauen im Himmel verspricht. Nicht weil sie dem IS militärisch-waffentechnisch überlegen sind, sondern weil ihre Ideologie, ihr Freiheitskampf das Potential hat, die Hegemonialansprüche des IS komplett zu zerstören.

Nur politische Mobilisierung und soziale Emanzipation, begleitet durch bewaffnete Selbstverteidigung, können eine langanhaltende, nachhaltige transformative gesellschaftliche Kraft sein, die der IS-Mentalität entgegenwirkt. Aus diesem Grund ist der Widerstand der kurdischen Frauen nicht nur militärisch ein existentieller Kampf gegen den IS, sondern eine politische Haltung gegenüber der patriarchalen sozialen Ordnung. Und es ist diese Haltung, die trotz der über Wochen anhaltenden Prophezeiungen, Kobanê würde jeden Moment fallen, die Stadt aufrechterhalten hat.

Es ist sehr gemütlich, kurdische Frauen nun als sympathische Feinde des IS zu porträtieren, ohne die Prinzipien, die ihrem Widerstand zugrunde liegen, anzuerkennen. Es hilft den furchtlosen Frauen Kurdistans nicht, exotisiert und romantisiert zu werden, wenn ihre politischen Ziele, vor allem jetzt in Kobanê, nicht unterstützt werden oder nur gelegen kommen, wenn es um den Kampf gegen den IS geht. Wertschätzung dieser Frauen sollte nicht nur ihrem militärischen Kampf gegen den IS gelten, sondern ebenfalls ihrer Politik, ihrer Motivation und Vision. Wer die mutigsten Feinde des IS ehren will, sollte damit beginnen, den Widerstand in Kobanê zu unterstützen, und die Kantone Rojavas offiziell anerkennen! ♦

Dilar Dirik ist Doktorandin an der Universität Cambridge mit wissenschaftlichem Schwerpunkt auf der kurdischen Frauenbewegung. Auf ihrem Blog »Jin, Jiyan, Azadî« finden sich weitere Texte von ihr.

Würde man heute die Parallele zu Francos augenscheinlich gläubigen, in Wirklichkeit jedoch mörderischen Falangisten ziehen – wer könnte das anderes sein als ISIS?

Warum ignoriert die Welt die revolutionären Kurden in Syrien?

David Graeber, The Guardian, 08.10.2014

Mitten im syrischen Kriegsgebiet wird ein demokratisches Experiment durch ISIS in den Boden gestampft. Dass die restliche Welt dies nicht weiß, ist ein Skandal.

1937 meldete sich mein Vater als Freiwilliger für den Kampf bei den Internationalen Brigaden zur Verteidigung der spanischen Republik. Ein potenzieller Faschisten-Coup wurde vorübergehend durch einen von Anarchisten und Sozialisten angeführten Aufstand der Arbeiter verhindert und es folgte fast überall in Spanien eine echte soziale Revolution, die dazu führte, dass ganze Städte eine direkte demokratische Führung erhielten, Industrien durch Arbeiter kontrolliert wurden und es zu einer radikalen Selbstbestimmung der Frauen kam.

Die spanischen Revolutionäre hofften, die Vision einer freien Gesellschaft zu schaffen, der die gesamte Welt folgen sollte. Stattdessen erklärten die Weltmächte eine Politik der »Nichteinmischung« und erhielten eine Blockade der Republik aufrecht, auch nachdem die angeblichen Unterzeichner Hitler und Mussolini begannen, Truppen und Waffen zur Verstärkung der faschistischen Seite ins Land zu bringen. Das Resultat war ein jahrelanger Bürgerkrieg, der in der Zerschlagung der Revolution und einem der blutigsten Massaker eines blutigen Jahrhunderts endete.

Ich hätte nie gedacht, dass ich erleben muss, dass sich dasselbe erneut ereignet. Natürlich kommt ein geschichtliches Ereignis niemals ein zweites Mal vor. Es gibt zahlreiche Unterschiede zwischen dem, was 1936 in Spanien passiert ist, und dem, was in Rojava, den drei größtenteils kurdischen Provinzen Nordsyriens, heute passiert. Aber einige der Ähnlichkeiten sind so verblüffend und so erschreckend, dass ich es für meine Pflicht halte, als jemand, der in einer Familie aufwuchs, deren Ansichten in vielerlei Hinsicht durch die spanische Revolution geprägt wurden, zu sagen: Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Geschichte wiederholt.

Die autonome Region Rojava, wie sie heute existiert, ist einer der wenigen Lichtblicke – wenn auch ein sehr lichter –, die aus der Tragödie der syrischen Revolution hervorgegangen sind. Nachdem Rojava 2011 die Befürworter des Assad-Regimes vertrieben hatte, hat die Region, trotz der Feindseligkeit fast aller seiner Nachbarn, nicht nur ihre Unabhängigkeit behalten, sondern ist auch ein bemerkenswertes demokratisches Experiment geworden. Es wurden Volksversammlungen als höchste Entscheidungsinstanzen geschaffen, wobei die Räte sorgfältig gewählt wurden, um eine ethnische Balance zu schaffen (in jeder Gemeinde mussten die drei obersten Offiziere zum Beispiel einen Kurden, einen Araber und einen Assyrer oder armenischen Christen aufnehmen und mindestens einer von ihnen musste eine Frau sein). Es gibt Frauen- und Jugendräte und – in einer bemerkenswerten Nachahmung der bewaffneten Mujeres Libres (Freien Frauen) Spaniens – eine feministische Armee, den Kampfverband »YJA Star« (die »Einheiten der Freien Frauen«, wobei sich das »Star« hier auf die antike mesopotamische Göttin Ishtar bezieht), die einen großen Teil der Kämpfe gegen die Truppen des Islamischen Staates ausgetragen hat.

Wie kann so etwas passieren und nach wie vor fast vollständig von der internationalen Gemeinschaft und sogar größtenteils der internationalen Linken ignoriert werden? Hauptsächlich, so scheint es, weil die revolutionäre Partei Rojavas, die PYD, ein Bündnis mit der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) der Türkei – einer marxistischen Guerillabewegung, die sich seit den 70er Jahren in einem langen Krieg gegen den türkischen Staat befindet – geschlossen hat. Die NATO, die USA

und die EU klassifizieren sie offiziell als eine »terroristische« Organisation. Zwischenzeitlich titulieren sie die Linken größtenteils als Stalinisten.

Aber in der Tat ist die PKK nicht mehr länger auch nur im Entferntesten wie die alte, von oben nach unten ausgerichtete Leninistenpartei, die sie einmal war. Ihre eigene Entwicklung und die intellektuelle Bekehrung ihres Gründers Abdullah Öcalan, der seit 1999 in einem türkischen Inselgefängnis gefangen gehalten wird, haben dazu geführt, dass sie vollständig ihre Ziele und Taktiken geändert hat.

Würde man heute die Parallele zu Francos augenscheinlich gläubigen, in Wirklichkeit jedoch mörderischen Falangisten ziehen – wer könnte das anderes sein als ISIS? Wenn es eine Parallele gäbe zu den Mujeres Libres Spaniens, wer könnte das anderes sein als die mutigen Frauen, die die Barrikaden in Kobanê verteidigen? Wird die Welt – und dieses Mal am skandalösesten, die internationale Linke – wirklich zum Komplizen und lässt es zu, dass sich die Geschichte wiederholt?

Die PKK hat erklärt, dass sie nicht länger versucht, einen kurdischen Staat zu schaffen. Stattdessen hat sie, teilweise inspiriert durch die Vision des Sozialökologen und Anarchisten Murray Bookchin, die Vision der »freien, städtischen Selbstverwaltung« übernommen und fordert, dass die Kurden freie, sich selbst regierende Gemeinschaften auf der Grundlage der Prinzipien direkter Demokratie gründen sollen, welche dann über nationale Grenzen hinweg zusammenkämen – von denen man hofft, dass sie im Laufe der Zeit immer bedeutungsloser würden. Auf diese Weise, schlugen sie vor, könnte der kurdische Kampf ein Vorbild für eine weltweite Bewegung in Richtung einer echten Demokratie, einer kooperativen Wirtschaft und der schrittweisen Auflösung des bürokratischen Nationalstaates werden.

Seit 2005 erklärt die PKK, inspiriert durch die Strategie der Zapatista-Rebellen in Chiapas, einen einseitigen Waffenstillstand mit dem türkischen Staat und begann, ihre Bemühungen auf die Entwicklung demokratischer Strukturen in den Territorien zu konzentrieren, die sie schon kontrollierte. Einige haben in Frage gestellt, wie ernsthaft dies alles ist. Natürlich bleiben autoritäre Elemente übrig. Aber das, was in Rojava passiert ist, wo die syrische Revolution den kurdischen Radikalen die Gelegenheit verschaffte, diese Experimente in einem großen, zusammenhängenden Territorium durchzuführen, lässt darauf schließen, dass dies alles andere als Schönfärberei ist. Räte, Versammlungen und Volksmilizen wurden gebildet, Regimeeigentum wurde an durch Arbeiter verwaltete Kooperativen übergeben – und all das trotz fortgesetzter Angriffe durch die extrem rechtsgerichteten ISIS-Truppen. Die Resultate entsprechen jeder Definition einer sozialen Revolution. Im Nahen Osten wurden diese Bemühungen wenigstens bemerkt: insbesondere, nachdem PKK- und Rojava-Truppen intervenierten, um sich erfolgreich ihren Weg durch das ISIS-Territorium im Irak zu erkämpfen, um Tausende von êzidischen Flüchtlingen zu retten, die an den Sindschar-Bergen in der Falle saßen, nachdem die lokale Peschmerga geflüchtet war. Diese Aktionen wurden in der Region ausgiebig gefeiert, aber in der europäischen oder nordamerikanischen Presse wurde ihnen erstaunlicherweise fast keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Jetzt ist ISIS zurück, mit Hunderten von Panzern aus amerikanischer Herstellung und schwerer Artillerie, die von den irakischen Truppen stammen, um sich an vielen eben dieser Revolutionsmilizen in Kobanê zu rächen und ihre Absicht zu erklären, die gesamte Zivilbevölkerung zu massakrieren und zu versklaven – ja, wörtlich: zu versklaven. Zwischenzeitlich steht die türkische Armee an der Grenze und verhindert, dass Verstärkung oder Munition die Verteidiger erreichen, und amerikanische Flugzeuge kreisen über ihren Köpfen und unternehmen gelegentliche, symbolische Luftangriffe ohne jegliche Wirkung. Die USA tun dies anscheinend nur, um sagen zu können, dass sie nicht nichts getan haben, während eine Gruppe, mit der sie im Krieg zu sein behaupten, die Verteidiger eines der größten demokratischen Experimente der Welt besiegt.

Würde man heute die Parallele zu Francos augenscheinlich gläubigen, in Wirklichkeit jedoch mörderischen Falangisten ziehen – wer könnte das anderes sein als ISIS? Wenn es eine Parallele gäbe zu den Mujeres Libres Spaniens, wer könnte das anderes sein als die mutigen Frauen, die die Barrikaden in Kobanê verteidigen? Wird die Welt – und dieses Mal am skandalösesten, die internationale Linke – wirklich zum Komplizen und lässt es zu, dass sich die Geschichte wiederholt? ♦

David Rolfe Graeber ist US-amerikanischer Ethnologe und Anarchist. Er lehrt an der London School of Economics and Political Science.

Interview mit Cemil Bayık, Kovorsitzender der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK)

Die Lage ist sehr ernst

Das Gespräch führte Martin Dolzer

Momentan greifen Dschihadisten des Islamischen Staates (IS) den Kanton Kobanê in Nordsyrien/ Rojava von mehreren Seiten mit modernsten Waffen an. Wie ist der IS entstanden?

Der Islamische Staat hat sich in der Anfangsphase als ISIS/ ISIL (Islamischer Staat in Irak und Syrien/der Levante) überwiegend innerhalb arabischer Sunniten organisiert. Einen der Grundsteine dafür legte Saddam Hussein bei der Neustrukturierung seiner Streitkräfte. Er formierte die Al-Agba-Streitkräfte, die auf Grundlage einer Verknüpfung nationalistischer und streng islamischer Ideologie agierten. Nach dem Sturz Husseins definierten sie sich als Islamisten und formierten sich neu. Durch den Machtwechsel im Irak unter Nuri al-Maliki zugunsten der Schiiten hat die Unzufriedenheit der Sunniten, die unter Saddam Hussein große Privilegien genossen hatten, dem IS einen fruchtbaren Nährboden bereitet. Die Regierung al-Malikis grenzte sie von angemessener Teilhabe aus. Viele der jetzigen Führungskader des IS stammen aus der Revolutionsgarde Husseins, weitere gehören den Nakschibendi an *[einem sunnitischen Sufi-Orden, dem auch der türkische Staatspräsident R. T. Erdoğan und der Präsident der kurdischen Autonomieregion im Nordirak Mesûd Barzanî angehören; Anm. d. Red.]*. Die Revolutionsgarden organisierten sich zum Teil auch in Syrien, wo sie sich dem Geheimdienst andienten und von dort aus u. a. gegen die neue Regierung des Irak agierten.

Heute sind die Zentren der Organisation in Ar-Raqqa und Tal Abyad (Girê Sipî) im Norden Syriens. Kämpfer rekrutiert der IS hauptsächlich aus der Türkei, Tschetschenien, Nordafrika und Europa. Saudi-Arabien und Katar liefern Waffen, Jordanien gewährt Freiräume zur Ausbildung. Die türkische Regierung unterstützt ihn, indem sie militärische und medizinische Infrastruktur und ebenfalls Ausbildungsorte zur Verfügung stellt. Zudem betreibt die Türkei intensiven Handel mit der Organisation und kauft ihr in großem Maße Erdöl ab. Der IS wird von den USA und weiteren Kräften als destabilisierende Kraft im Rahmen einer Teile-und-herrsche-Logik instrumentalisiert. Momentan soll er die Grundlage der Revolution in Rojava schwächen. Sein Vorgehen hat eigentlich nichts mit dem Islam zu tun. Die Organisation greift Frauen an, vergewaltigt und verkauft sie. Sie versucht darüber hinaus, das kulturelle Erbe der Region zu zerstören, sei es das assyrische, das êzîdische, das christliche oder auch das moslemische, wenn es nicht mit den eigenen Vorstellungen übereinstimmt. Angriffe gelten den Kultstätten und kulturellen Zentren, wie auch der Menschlichkeit insgesamt.

Der IS betreibt, um sich durchsetzen zu können, eine gezielte psychologische Kriegsführung. Die Dschihadisten überschwemmen die Außenwelt mit Schreckensbildern von Enthauptungen sowie Massakern und bauen darauf, dass diese über soziale Netzwerke, Handys und Medien verteilt werden. Dadurch werden die Menschen derart eingeschüchtert, dass sie sich nicht mehr trauen, sich den Dschihadisten entgegenzustellen. Die aus der Armee Saddam Husseins stammenden Kader können zudem mit ihrem Wissen über die gesellschaftlichen Strukturen der Region einzelne Gruppen oder Stämme instrumentalisieren oder Spaltungsprozesse vorantreiben. Sie wissen um die Widersprüche und Konfliktlinien in der Region.

Von Ar-Raqqa aus will der IS in Syrien, im Irak und im Iran ein Kalifat errichten. In Şengal (Sindschar) hat er in großem Ausmaß Kriegsverbrechen und Massaker an der Bevölkerung begangen. Die Volksverteidigungseinheiten (YPG) aus Rojava und die Guerilla der PKK beschützten die êzîdische, christliche und turkmenische Bevölkerung und gaben den Menschen dadurch Hoffnung. Wir mussten den Êzîden helfen, da jeder Mensch Verantwortung dafür trägt, dass keiner Bevölkerungsgruppe und keinem Menschen Unrecht angetan wird.

Die PKK hat die Menschen in Şengal, in Maxmur, Cewlala und Kerkuk und an weiteren Orten durch ihren Einsatz vor Massakern bewahrt und wesentlich dazu beigetragen, den Vormarsch des IS zu stoppen. Schrittweise hat die Bevölkerung Vertrauen gefasst und angefangen sich zu trauen, auch selber Widerstand gegen den IS zu leisten. Das ist sehr wichtig. Letzt-

endlich müssen die Menschen in dieser Region lernen, sich selber zu schützen und zu organisieren.

Zum Teil arbeiten wir in den genannten Regionen mit den Peschmerga der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) von Mesûd Barzanî und der Patriotischen Union Kurdistans (YNK) zusammen. PDK und die YNK lehnten zuvor zwei Jahre lang unsere Vorschläge ab, perspektivbildende Gremien und eine gemeinsame Verteidigung aufzubauen, da sie das nicht für notwendig hielten. Beide Parteien und deren Peschmerga waren nicht auf die Angriffe des IS vorbereitet. Wir hatten sie allerdings vorausgesehen. Bei genauerer Analyse der Entwicklungen in der Region war die Dynamik des Konflikts vorhersehbar.

Êzîdische Flüchtlinge, die in Şengal im Nordirak von Kriegsverbrechen des IS betroffen waren, beschuldigen die PDK, sie durch ihren Rückzug aus den êzîdischen Gebieten verraten zu haben. In welchem Ausmaß arbeitet die PDK mit dem IS zusammen?

Wir haben erfahren, dass unter anderem Vertreter der PDK und der Regierungen der USA sowie Großbritanniens gemeinsame Vorbereitungen für die Eroberung Mûsils (Mossuls) im Frühsommer 2014 trafen. Es gab eine Vereinbarung, die der PDK Gebiete oberhalb des 36. Breitengrades und dem IS die Gebiete darunter zusicherte. Der IS hat sich nicht daran gehalten und versuchte auch die kurdische Autonomieregion zu erobern. Damit hatte die PDK nicht gerechnet. Die YPG aus Rojava und die Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans PKK haben, nach dem kampflosen Rückzug der PDK-Peschmerga aus Şengal, den Schutz der dort lebenden êzîdischen Kurden organisiert. Mehreren hunderttausend Menschen wurde so das Leben gerettet.

Internationale Kräfte wollen noch immer mit Hilfe des IS im Irak, im Iran und in Syrien die Gesellschaft spalten. Die PDK strebt an, zu einer bedeutenden Regionalmacht zu werden, und ordnet sich deshalb dem Willen der Großmächte unter. Das Vertrauen der Bevölkerung in die PDK ist nach deren kampflosem Rückzug aus mehreren Konfliktgebieten, insbesondere aus Şengal, allerdings stark geschwächt. Die USA und weitere Akteure wollen sie nun wieder stärken. Sie sehen in der PDK einen zuverlässigen und steuerbaren Partner zur Sicherung der eigenen Gewinne aus Öl- und Gasexporten. Die Waffen werden also nicht geliefert, um die Kurden zu schützen, sondern um die eigenen Interessen durchzusetzen. Dabei geht es wohl auch darum, die PKK zu schwächen.

Können Sie die Ziele der türkischen Regierung in Bezug auf Rojava/Nordsyrien genauer erklären?

Die Türkei hat ein Interesse daran, die Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava, in denen sämtliche Bevölkerungs- und Religionsgruppen die Gesellschaft gemeinsam gestalten, zu zerstören. An ihnen sind Kurden, die Abdullah Öcalan nahestehen, entscheidend beteiligt. Schon seit langem forderte die Regierung Erdoğan deshalb eine Pufferzone in Rojava, um die Region zu entvölkern. Dazu ist auch geplant, die UN zu instrumentalisieren. Die türkische Regierung ist ein enges Bündnis mit dem IS eingegangen. Da das Ausmaß dieses Bündnisses nicht öffentlich werden darf, weil das der Türkei schaden würde, hat der IS die türkische Regierung quasi in der Hand. Dorfbewohner dokumentierten jedoch, wie die Türkei über eine grenznahe Bahnstrecke nahe Tal Abyad Panzer und schwere Waffen in der Nähe Kobanês (Ain al-Arabs) an den IS lieferte. Zur selben Zeit ließen die Dschihadisten 49 Mitarbeiter des türkischen Generalkonsulats frei, die in Mûsil unter Hausarrest gestanden hatten.

Die Türkei ist noch immer nicht bereit, das Bündnis mit dem IS zu beenden. Absurd ist, dass die AKP-Regierung eher mit dem IS verhandelt, als die kurdische Frage, ein zentrales Moment der gesellschaftlichen Probleme des Landes, zu lösen. Mit einer solch aggressiven Politik und den brutalen Angriffen auf Bevölkerung und Flüchtlinge an der Grenze zu Kobanê, bei denen mehrere Menschen starben, verunmöglicht die AKP-Regierung eine Fortsetzung des Friedensprozesses.

Können Sie etwas zur Strategie der US-Regierungen im Mittleren Osten sagen?

Sämtliche Interventionen der USA im Mittleren Osten und in Nordafrika im Rahmen des Greater Middle East Project waren in den letzten Jahren wenig erfolgreich. Die Entwicklungen in Ägypten, Libyen, Tunesien, Irak und Syrien entsprechen nicht oder nur in geringem Maße den Vorstellungen der US-Regierung. Durch ihre Politik haben die USA allerdings die gesamte Region ins Chaos gestürzt. Eines der ersten Staatssysteme hatte sich historisch betrachtet im Mittleren Osten entwickelt. Auf dieser Grundlage entstanden dann später die Nationalstaaten in Europa. Das System der Nationalstaaten funktioniert aber in der großen weltweiten Krise, in der wir uns befinden, im Mittleren Osten nicht mehr. Unter anderem deshalb haben die USA die Kontrolle verloren. Auf dieser Basis hat sich auch die Revolution in Rojava entwickelt. Eine basisdemokratische Selbstverwaltung, die in der Region zum positiven Modell werden könnte, stellt die Vormachtstellung der USA in Frage. Als Instrument dagegen wurde der IS genutzt. Nur auf der Grundlage einer verheerenden Politik der Duldung und Unterstützung konnte sich die dschihadistische Organisation so schnell und so gefährlich entwickeln.

In Rojava steht das geschwisterliche Miteinander der Menschen, Religionen und Ethnien im Zentrum. Um das zu zerstören, wurde der IS »vorgeschickt«. Die Regierung der USA will einen Konfessionskrieg verschärfen, um die Bevölkerungsgruppen erneut zu spalten. Nach der Schwächung und Destabilisierung der Region sollen dann die USA um Hilfe gerufen werden – um neue Abhängigkeiten zu schaffen. Dabei geht es um Kontrolle und Absatzmärkte. Die US-Regierung hat erkannt, dass ausländische Interventionen keinen Erfolg bringen. Da der IS die Region kennt, wird er als destabilisierender Akteur der Spaltung instrumentalisiert. Er selbst benutzt dabei den Westen als Feindbild, um die Menschen aus Protest gegen lange Unterdrückung an sich zu binden. Die Dschihadisten geben vor, den Imperialismus zu bekämpfen, und schmieden auf dieser Grundlage Bündnisse mit weiteren Kräften, die dagegen aufbegehren. Der IS versucht auch mit den Sunniten im Irak, in Syrien und in Europa zusammenzuarbeiten – und dadurch eine interaktive Bewegung zu sein.

Der Iran und die Türkei sind momentan die Regionalmächte mit Hegemonialansprüchen. Der Iran will über die schiitische Karte hegemonial bleiben, die Türkei über die sunnitische – jeweils appellieren sie an die Kultur des Mittleren Ostens, um sich durchzusetzen. Die Bündnislinien sind dabei vereinfacht gesagt folgende: die Türkei, sunnitische Kräfte und der IS – und der Iran, die irakischen Schiiten und Assad. In Syrien und im Irak geht es auch um diese Auseinandersetzung der Regionalmächte. Das erschwert die Planungen der US-Regierung.

Die Angriffe auf Rojava beschäftigen momentan weltweit die Öffentlichkeit. Können Sie die Situation dort näher erläutern?

Die Revolution in Rojava wird offensichtlich als große Gefahr gewertet, da sie das Gegenteil einer kolonial abhängigen Gesellschaft ist. Dort stehen der Mensch und die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben im Mittelpunkt der Gesellschaftsorganisation. In diesem Konflikt stehen sich unterschiedliche Gesellschaftsmodelle gegenüber. Die basisdemokratische Selbstverwaltung in Rojava oder neokoloniale Aufteilung. Das kapitalistische System profitiert von Krisen und greift die Kultur, die Würde der Menschen und die Natur an. Der Krieg in Syrien wird noch lange andauern, sich wahrscheinlich ausweiten und große Zerstörungen mit sich bringen. Es handelt sich neben den geostrategischen Momenten auch um einen Konfessionskrieg. Der Konfessionskrieg hat in Europa sehr lange gedauert. Auch der Krieg im Mittleren Osten und in Kurdistan wird wohl noch lange andauern. Wie lange genau, ist schwer vorherzusagen.

Viele kurdische Akteure sprechen vom Beginn eines Dritten Weltkrieges im Mittleren Osten. Teilen Sie diese Ansicht?

Ja, das sehe ich ähnlich. Der IS hat auch in Europa Auswirkungen. Die Dschihadisten wollen die christlichen Kulturen



Die Verteidigungseinheiten YPG/YPJ führen einen erbitterten Kampf um Kobanê. Die Stadt selbst gleicht schon einem Trümmerfeld. Foto: DIHA

im Mittleren Osten vernichten. Es sind zudem nicht nur Moslems, die sich dem IS anschließen, sondern auch Europäer, die keine Perspektive mehr sehen. Deshalb sollte die EU begreifen, dass dieser Krieg nicht nur hier stattfindet. Die USA benötigen und benutzen das Chaos in der Region auch, um die Staaten der EU in ihre Politik einzubinden. In der kapitalistischen Moderne wird tief verwurzelte Stabilität nicht gern gesehen. Kapitalismus bedeutet grundsätzlich Krieg.

Heute können die Hegemonialmächte die Krise nicht mehr verwalten und steuern. Durch Krieg und Naturzerstörung wendet sich das System gegen ein soziales Miteinander. Nach dem Ende des Realsozialismus wurden die Grundlagen humanistischer Gesellschaften gezielt angegriffen und eine umfassende Politik der inneren Spaltung wurde vorangetrieben. Der Mensch kann seine Persönlichkeit nur in sozialen Strukturen entfalten. Außerhalb eines funktionierenden Kollektivs ist der Mensch schwach. Das System setzt an diesem Punkt an und stärkt sich durch Maßnahmen der Zerstörung kollektiver Strukturen. Kapitalismus baut seine Stärke fast ausschließlich auf der individuellen Freiheit auf, die als alleinstehende Qualität im Rahmen von konkurrenzbasierten Gesellschaftsformationen allerdings nicht glücklich machen kann. Ansonsten produziert das System eine negative und ausgrenzende Sprache und Realität.

Krisen eröffnen aber auch immer Möglichkeiten und Perspektiven, die wir entwickeln können. Ein zerstörerisches System bereitet sich historisch gesehen immer sein eigenes Ende. Deshalb müssen wir langfristig denken und gemeinsam für die Menschlichkeit und ein respektvolles Zusammenleben wirken. Unsere Lebensphilosophie besteht darin, Probleme zu sehen und zu lösen. Das bedeutet Freiheit. Durch eine solche Analyse und ein ständiges selbstkritisches Hinterfragen hat die PKK unzählige Angriffe überstanden. Durch jeden erneuten Angriff lernen wir dazu. Passende Problemlösungen können allerdings nur auf der Grundlage einer Analyse der Hintergründe gefunden werden. Unsere Sprache und Realität sind positive. Schwächen sind dazu da, sie in Stärken zu verwandeln. Wir bescheiden uns nicht mit Selbstzufriedenheit, denn das würde bedeuten, statisch zu werden. Eine ständige Weiterentwicklung verhindert Dogmatismus. Probleme überwinden wir mit den eigenen Mitteln, um Abhängigkeit zu vermeiden – und mit Selbstbewusstsein. Widerstand heißt Leben, Leben heißt Freiheit, Freiheit heißt Unsterblichkeit.

Wird es nicht Zeit, die PKK von den Terrorlisten der USA und der EU zu streichen?

Die Türkei kann eigentlich nicht mehr davon sprechen, dass die PKK eine Terrororganisation ist. Wir sind diejenigen, die den Friedensprozess vorangetrieben haben. Die kurdische Frage ist ein Problem der Bevölkerung und essentieller Rechte der Kurden und weiterer Bevölkerungsgruppen. Die EU und die USA haben die PKK aus eigenen Interessen auf ihre jeweiligen Terrorlisten gesetzt.

Uns ist relativ klar, dass sie diese Einstufung nicht so schnell ändern. Die Türkei ist ein Mitglied der NATO und weiterer internationaler Organisationen. Die Regierungen der Türkei haben über lange Jahre einen absurden Propagandakrieg gegen die PKK geführt. Es gab unzählige Diffamierungskampagnen, um vom eigentlichen Problem, der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung und dem Widerstand dagegen abzulenken. Momentan sind allerdings die positiven Entwicklungen der PKK und ihr stabilisierender Einfluss auf die Region nicht mehr übersehbar. In Şengal haben wir sehr viele Menschen gerettet und sogar indirekt den Ruf der PDK bewahrt. Hätte dort ein noch größeres Massaker stattgefunden, hätte die PDK aufgrund ihres kampflosen Rückzugs vollkommen ihr Gesicht verloren. Momentan sind weder die Staaten noch regionale Akteure in der Lage, die Menschen zu beschützen. Für uns bedeutet, die Êzîden zu verteidigen, die Menschheit zu verteidigen.

Im Grunde sollten die Staaten einsehen und akzeptieren, dass die PKK keine Terrororganisation ist, sondern eine, die Leben rettet und eine Demokratie aufbaut, an der sich sämtliche Menschen gleichberechtigt beteiligen können. In unserer Realität werden humanistische Ethik und Ästhetik verbunden und dadurch die Menschenrechte und die Werte der UN-Charta umgesetzt. Das Problem der Kriminalisierung ist also ein politisches – die Definition als terroristische Organisation oder demokratischer Akteur hängt vom Willen und den Interessen der Staaten ab. PDK und YNK wurden zum Beispiel, trotz jahrelanger Zusammenarbeit, bis letztes Jahr auf Terrorlisten geführt. Die PKK wird in der EU und insbesondere in der Bundesrepublik wohl hauptsächlich noch immer kriminalisiert, um den Interessen des NATO-Partners Türkei nachzukommen. Jetzt wäre ein guter Zeitpunkt, das zu ändern.

Wie ernst ist die Lage in Kobanê?

Es handelt sich um den dritten schweren Angriff auf Kobanê. Der IS hat dazu mehr als 60 moderne Panzer, katjuschaähnliche Raketen und weitere schwere Waffen in die Region verlegt. Er greift an fünf Fronten gleichzeitig an. Schwere panzerbrechende Waffen haben wir nicht. Wir müssen die gesamte Widerstandskraft und Solidarität aller Kurden und Bündnispartner mobilisieren, um die Angriffe abzuwehren. Die Lage ist sehr ernst. ♦

Je mehr politische Rechte eingefordert werden, desto größer ist die staatliche Repression

»Nacktes Leben« in Kobanê

Rosa Burc

»Heute oder morgen wird Kobanê fallen«, verkündete Erdoğan siegessicher vor laufender Kamera. Heute, viele Tage später, ist die Befreiung Kobanês so nah wie bisher noch nie. Der Grund hierfür ist nicht die internationale Staatengemeinschaft, die sich viel zu spät und zögerlich involviert hat, auch nicht ursächlich ist das Engagement der angrenzenden Nationalstaaten Türkei und Irak, sondern einzig und allein der starke Wille der Frauen und Männer in Rojava, die heroisch gegen den Islamischen Staat für ein basisdemokratisches Zukunftsmodell, kurz: für die Menschlichkeit kämpfen. Und das nicht erst seit letztem Sommer, wie allseits angenommen. Der Kampf um Kobanê stellt bisher den Höhepunkt des langjährigen kurdischen Widerstandes in Rojava dar. Während die westlichen Medien lange Zeit den Fokus auf die Freie Syrische Armee (FSA) und den Kampf gegen das Assad-Regime legten, übersahen sie gleichzeitig – bewusst oder unbewusst – die kurdische Revolution in Rojava. Die Volksverteidigungseinheiten YPG und die Frauenverteidigungseinheiten YPJ haben bereits vor drei Jahren das Gebiet Rojava im Norden Syriens von Assad-Kräften befreit und gegen die FSA sowie islamistische Gruppen, wie die Al-Nusra-Front, verteidigt. Die kurdische Bewegung hat hier ein Selbstverwaltungsmodell ins Leben gerufen, welches auf der Gleichberechtigung der Geschlechter, basisdemokratischen Elementen sowie auf einer Repräsentation aller ethnischen und religiösen gesellschaftlichen Gruppen in einem kantonalen Rätesystem fußt. Der Erfolg der YPG/YPJ in Şengal und Kobanê gegen den IS ist zurückzuführen auf eben dieses Experiment radikaler Demokratie in Kurdistan. Und gerade das ist der AKP-Regierung ein Dorn im Auge. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat die NATO-Partnerin Türkei eine passiv-aggressive Haltung eingenommen, als es in der internationalen Staatengemeinschaft darum ging, ob und wie dem Widerstand in Kobanê geholfen werden kann.

Für die Türkei sei es ein mehrdimensionales Terrorismusproblem und mann könne deshalb nicht einfach so in Syrien einmarschieren, so der Tenor aus den Reihen der AKP. Während türkische Panzer an der türkisch-syrischen Grenze wochenlang aufsteigende Rauchwolken aus Kobanê beobachtet haben und den Grenzübergang für IS-TerroristInnen gewährt, aber KurdInnen, die sich dem Widerstand anschließen wollten, mit Gewalt verwehrt haben, verabschiedete das türkische Parlament einen Gesetzesentwurf mit dem Selbstanspruch, zur Lösung des Terrorproblems beizutragen. Wider internationales Erwarten, jedoch ganz nach türkischer Staatslogik, wurden dann erst mal PKK-Stellungen in Nord-Kurdistan im Südosten der Türkei bombardiert. Zusätzlich bekundete der Staatspräsident Erdoğan, die PKK und die YPG/YPJ seien gleichzustellen mit dem IS und stellten aus diesem Grund eine gleichwertige terroristische Gefahr für die Weltgemeinschaft dar.

Unterstützt durch einen ideologischen Diskurs im Lande hat die Türkei misstrauisch die Entwicklungen in Kobanê beobachtet, durch antikurdische Außenpolitik die Rojava-Revolution zu eliminieren versucht und dabei gleichzeitig KurdInnen innerhalb der türkischen Staatsgrenzen massiv mit Polizeigewalt bekämpft. Nicht zum ersten, wohlmöglich auch nicht zum letzten Mal, hat sich die Türkei somit außen- und innenpolitisch verkalkuliert: Der Widerstand in Kobanê nimmt trotz internationaler Isolation und der passiv-aggressiven Haltung der Türkei nicht ab – ganz im Gegenteil; die Frauen und Männer, die an vorderster Front die Menschenwürde verteidigen, haben die Herzen hunderttausender Menschen überall auf der Welt erobert. So fanden weltweit hunderte Proteste gleichzeitig in Solidarität mit Kobanê statt, ohne dass es zu Gewaltausschreitungen gekommen ist. Da »gewaltfreier Protest« nun einmal ein fremder Ausdruck in der Türkei zu sein scheint, wurden die Proteste in Nord-Kurdistan, hauptsächlich in den Städten Amed (Diyarbakır) und Mêrdîn (Mardin), mit Polizeigewalt beantwortet. Die AKP-Regierung erweiterte die Befugnisse der Polizei und rief zum ersten Mal nach Jahrzehnten wieder ein Ausgehverbot in kurdischen Städten aus. Quittierte dies noch zusätzlich mit insgesamt 48 ZivilistInnen, die aufgrund von Polizeigewalt sowie durch die Hände paramilitärischer Gruppen getötet wurden. Bei den Protesten handele es sich um den »langersehnten Wunsch der KurdInnen nach einem Aufstand«, so der AKP-Minister Bülent Arınç in einem Interview. Es sei-

en radikal-militante ProvokateurInnen, die aufgeheizt von der Partei der Demokratischen Völker (HDP) auf die Straße gehen würden, um gezielt Unruhe zu stiften. Die Todesopfer gingen somit auch einzig und allein auf das Konto der HDP.

Überraschend sind diese Erklärungen nicht, denn sie sind alle Teil eines ideologischen Diskurses in der Türkei, der auf einer antikurdischen Haltung basiert – oder mit den Worten von Salih Muslim: »Die TürkInnen leiden unter Kurdophobie.« Seit der Gründung der türkischen Republik hat Kurdophobie verschiedenste Ausprägungen angenommen. Wobei hier wichtig ist zu erwähnen, dass nicht per se alle ethnischen KurdInnen der gleichen Diskriminierung ausgesetzt sind. Diese stuft sich nämlich ab: Je mehr politische Rechte eingefordert werden, desto größer ist die staatliche Repression. Kurdophobie beschreibt somit erfolgreich den traditionellen Antrieb türkischer Innen- und Außenpolitik: die Angst vor territorialer Desintegration und machtpolitischen Zugeständnissen, die sich versinnbildlicht in einer großen Sicherheitsparanoia und von Kurdophobie beflügelt ist. Diese Politik hat nicht selten dazu geführt, dass sogenannte »rechtsfreie Räume« geschaffen wurden. So erinnert man sich beispielsweise an das Massaker in Roboskî oder die aktuelle Situation in Kobanê.

Der italienische Soziologe Giorgio Agamben beschreibt in seinem Hauptwerk Homo sacer, wie gerade das politische Denken des Westerns, insbesondere die Funktionslogik von Nationalstaaten, eben diese »rechtsfreien Räume« bewusst schafft und den Menschen auf sein »nacktes Leben« reduziert. Er nennt dies das »Homo sacer«-Prinzip. Diese »Nacktheit« erst ermögliche es dem Regime – ob demokratisch oder nicht –, Menschenrechtsverletzungen zu begehen, ohne internationale Konsequenzen zu fürchten. In Anlehnung an Michel Foucaults Theorie der Biopolitik beschreibt Agamben, wie durch



Ein großer Teil der Zivilbevölkerung von Kobanê lebt in großer Not unter ärmlichsten Bedingungen im sogenannten Niemandsland an der Grenze zur Türkei. Humanitäre Hilfe wird dringendst benötigt. Foto: DIHA

rechtsfreie Räume und »nacktes Leben« ein Ausnahmezustand geschaffen wird, welcher einen totalitären Zugriff auf jede/n Einzelne/n erst ermöglicht.

Die KurdInnen in allen vier Teilen Kurdistans haben sich innerhalb der Geschichte immer wieder als Homo sacer des Systems wiederfinden müssen. In Anbetracht der aktuellen Situation in Kobanê und der passiv-aggressiven Haltung der Türkei scheint es sich zu bestätigen, dass eben dieser Ausnahmezustand nach Agamben zu einem Paradigma des Regierens geworden ist – insbesondere in der Türkei.

Durch ihre NATO-Mitgliedschaft und ihre strategische Wichtigkeit für den Westen ist es der Türkei oft gelungen, ihre Partner im Westen mit dieser Kurdophobie anzustecken und den Ausnahmezustand über Staatsgrenzen hinweg zu installieren.

Die Türkei hatte in Kobanê die einmalige Chance, ein aufrichtiges Interesse an einem Lösungsprozess mit der PKK und darüber hinaus Solidarität mit den KurdInnen jenseits Nordkurdistans zu zeigen. Doch stattdessen nutzte die AKP-Regierung die verzweifelte Situation Kobanês aus, verzögerte und verhinderte eine schnelle internationale Lösung.

Bereits während der Gezi-Proteste, bei denen deutlich wurde, dass auch die alte türkische Bourgeoisie unter der Willkür des Staates leiden kann, aber insbesondere mit dem Einfallen des IS in kurdische Gebiete in Irak und Syrien, ist es der AKP-Regierung jedoch nicht gänzlich gelungen, international Sympathien für ihren Politikkurs zu finden. So ergatterte die Türkei dieses Mal keinen Sitz im UN-Sicherheitsrat und musste aufgrund internationalen Drucks, wenn auch erst nach mehr als 35 Tagen, einem Korridor über die Türkei nach Kobanê zustimmen.

Die Türkei hatte in Kobanê die einmalige Chance, ein aufrichtiges Interesse an einem Lösungsprozess mit der PKK und darüber hinaus Solidarität mit den KurdInnen jenseits Nordkurdistans zu zeigen. Doch stattdessen nutzte die AKP-Regierung die verzweifelte Situation Kobanês aus, verzögerte und verhinderte eine schnelle internationale Lösung. Stattdessen stellte Erdoğan Bedingungen, wie beispielsweise, dass sich die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) und die Verteidigungseinheiten YPG/YPJ von der PKK abgrenzen, sich der FSA unterordnen und das Selbstverwaltungsmodell aufgeben, sprich: die drei autonomen Kantone aufgelöst werden, und verdeutlichte somit sein komplettes Desinteresse an einer friedlichen Lösung. Die basisdemokratischen Selbstverwaltungsstrukturen Rojavas stellen nämlich eine Gefahr für die Machtbestrebungen der Türkei dar. Somit hat die AKP-Regierung auf eine Allianz mit dem IS gesetzt, um die Autonomiebestrebungen in Rojava ein für alle Mal zu zerstören. Dass dieser Pakt jedoch mit einer Gruppe geschlossen wurde, die Andersgläubigen den Kopf abschlägt, Frauen systematisch vergewaltigt, verschleppt und auf SexsklavInnenmärkten verkauft, stellt anscheinend in den Augen der AKP-Regierung eine nicht allzu große Gefahr dar. Als die Regierung versicherte, sie würde keine terroristische Enklave an ihrer Grenze tolerieren, waren nicht etwa der IS, die Al-Nusra-Front oder andere vagabundierende Mördertruppen gemeint, sondern die KurdInnen in Rojava. Im Herzen dieser antikurdischen Rhetorik, die im Falle Kobanês noch einmal deutlich wurde, liegt eine tiefe Ablehnung demokratischer Werte.

Eins hat uns die Geschichte jedoch gelehrt: Regime, die ihre Macht auf Gewalt und Autoritarismus gründen und ihre hegemoniale Position in der Beschaffenheit der internationalen Ordnung konsolidieren, sind früher oder später zum Scheitern verurteilt. Entweder werden sie selbst von stärkeren imperialistischen Mächten fallen gelassen oder sie zerfallen im Innern. Im Fall Türkei geschieht zurzeit beides gleichzeitig.

Kobanê ist nicht gefallen, weil die Bevölkerung sich kollektiv mobilisiert und auf ihre eigene Stärke vertraut, trotz mehrfrontiger Angriffe. Sie wollen ihre demokratischen Errungenschaften, ihre menschliche Zukunftsperspektive nach all dem Leid in diesem Krieg nicht aufgeben.

Der Widerstand in Kobanê hat nicht nur Menschen überall auf der Welt inspiriert, er hat ebenfalls gezeigt, dass die Stärke politischer Mobilisierung der Basis, begründet durch fundamentale Prinzipien der Demokratie, nicht zu unterschätzen ist. Denn sie hat die Stadt Kobanê aufrechterhalten gegen einen Feind namens IS, der Städte wie Mûsil (Mossul) bereits in wenigen Tagen eingenommen hat. ♦

Rosa Burc hat ihren Master of Science in International Politics der University of London und ist angehende Doktorandin am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Bonn.

Kobanê, Sozialismus und Intervention:

Die Misere der europäischen Linken

Yasin Sunca, 13.10.2014

Als ISIS in den Schlagzeilen europäischer Tageszeitungen auftauchte, begannen auch die westlichen imperialistischen Staaten, die Legitimität des Krieges gegen die grauenvollen Taten der Organisation, für die sie mitverantwortlich sind, zu thematisieren.

Eine neue imperialistische Intervention wurde in Betracht gezogen, diesmal gegen ISIS, den Feind der Menschheit. Die europäische Linke, welche die bisherigen Massaker des ISIS so gut wie nicht zur Sprache gebracht hat, wendete sich wegen ihrer traditionellen Sozialismus-Interpretation entschieden gegen die Idee einer Intervention. Es ist durchaus verständlich, gegen eine militärische Intervention zu sein, doch was ist die Alternative? Schweigen?

Was ist ISIS?

ISIS, auch bekannt als ISIL oder IS,[1] profitierte von der komplexen politischen und militärischen Situation im Mittleren Osten und proklamierte in den sunnitisch-arabisch dominierten Regionen des Irak und Syriens einen islamischen Staat. Im Namen des Islam wurden von ihm brutalste Gewaltverbrechen begangen.

Die Enthauptung von »Ungläubigen«, die Vergewaltigung und Versklavung von Frauen, Massenerschießungen und viele andere Formen der Gewalt sind zu alltäglichen Bildern aus dem Irak und Syrien geworden. ISIS lässt denen, die nicht sunnitisch-muslimischen Glaubens sind, drei Möglichkeiten: die Konversion zum Islam, die Zahlung der Dschizya (einer Steuer, die allen nicht zur »offiziellen« Religion gehörenden Gruppen auferlegt wird) oder den Tod. Angesichts dieser Brutalität flüchteten viele in die benachbarten Staaten. ISIS vergewaltigt in Mesopotamien die Werte der Menschheit und der Westen schaut sich das alles wie den Film eines berühmten Regisseurs an und überzeugt sich davon, wie »barbarisch« der Rest der Welt ist.

ISIS und andere dschihadistische Gruppierungen sind keine neue Erscheinung und tauchten nicht aus dem »Nichts« auf. Sie greifen die KurdInnen seit mindestens zwei Jahren an und genauso lange versuchen die KurdInnen, pragmatische und vernünftige Entscheidungsträger auf die Gefahr, die von diesen Gruppierungen für die gesamte Welt ausgeht, hinzuweisen. Aber der Westen hat – wie so oft – erst über diese grausamen Organisationen gesprochen, nachdem die Videos von der Enthauptung amerikanischer und britischer Geiseln im Internet auftauchten. Diese Taten sind ohne jeden Zweifel inakzeptabel. Wiederum: Wir hätten solche Szenen nicht mit anschauen müssen, hätten die Entscheidungsträger zur Kenntnis genommen, was den KurdInnen widerfahren ist und widerfährt. Wenig überraschend hat auch die europäische Linke die dschihadistische Gefahr für die Region und mögliche Entwicklungen ignoriert. Der Linken muss es noch einmal gesagt werden: Diese Banden vergewaltigen die Werte der Menschheit, einschließlich die Werte des revolutionären Kampfes.

Misere der Mainstream-Linken

Es gibt hunderte von Gründen, warum sich die Linke ISIS und dem, was er in den letzten zwei Jahren unschuldigen Menschen angetan hat, entgegenstellen muss. Aber diejenigen, die gegen ISIS Stellung beziehen müssten, an erster Stelle linke Parteien und Organisationen, verstehen nicht im Geringsten, was dort geschieht, und haben es schlichtweg nicht geschafft, einen umfassenden Ansatz zu entwickeln, weil sie – zu ihrem Unglück – der orthodoxen Interpretation von Sozialismus versus Imperialismus verhaftet sind. Sie belassen es wieder einmal dabei, ihre jeweiligen Regierungen als Imperialisten zu beschimpfen, was in Wirklichkeit weder für die Regierung noch für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung ist.

---

1 ISIS: Islamischer Staat in Irak und Syrien, ISIL: Islamischer Staat im Irak und der Levante, IS: Islamischer Staat

Im besonderen Fall der anhaltenden Verteidigung von Kobanê (Ain al-Arab) durch die KurdInnen in Rojava (Nordsyrien) stellen sich die Volksverteidigungseinheiten YPG *[und Frauenverteidigungseinheiten YPJ]* sowohl den brutalen Angriffen der Dschihadisten als auch den militärischen Aggressionen des syrischen Regimes entgegen. Die KurdInnen haben sich aus sehr überzeugenden Gründen gegen eine Kooperation mit dem Regime und der Mainstream-Opposition entschieden. Das Regime hat die KurdInnen und andere Gruppen sehr lange unterdrückt, das macht ein politisches Zusammengehen mit ihm unmöglich. Angesichts der politischen und militärischen Schwierigkeiten hat sich das Regime dazu entschieden, seine Kriegsführung gegen oppositionelle Gruppen auf strategisch wichtige Regionen zu konzentrieren, und verzichtet deswegen auf massivere militärische Angriffe gegen die kurdischen selbstverwalteten Kantone in Rojava.

Außerdem bereitet die Ausrufung der Selbstverwaltung in den kurdischen Kantonen *[Syriens]* der Türkei, die zu den größten Kritikern des syrischen Regimes zählt, gewisse Probleme. So können wir eher über eine zufällige punktuelle Übereinstimmung zwischen dem syrischem Regime und den KurdInnen sprechen als über eine strategisch begründete Vereinbarung. Mit der etablierten syrischen Opposition konnten die KurdInnen aus zwei wesentlichen Gründen nicht zusammenarbeiten: Erstens hat die arabische Opposition nicht eines der kollektiven Rechte der KurdInnen anerkannt und all deren Forderungen auf die Zeit nach Assad verschoben. Zweitens hat die arabische Opposition keine klare Agenda für die Zukunft Syriens. Sie hat keine klare und überzeugende Antwort auf die Frage, ob eine neue Diktatur oder Demokratie entstehen wird, und so bleiben die KurdInnen, was den Willen der Opposition zur Demokratisierung angeht, skeptisch.

Vor diesem Hintergrund haben sich die KurdInnen für die Politik eines dritten Weges entschieden und damit begonnen, ihre Kantone gemäß einem demokratischen Selbstverständnis, das die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen mit einbezieht, aufzubauen. Die kurdischen Kantone haben niemals irgendeine Gruppe angegriffen, wenn sie nicht selbst militärischen Angriffen ausgesetzt waren. Der Widerstand im Kanton Kobanê resultiert aus den brutalen Angriffen des dschihadistischen ISIS und ist ein Akt der Selbstverteidigung. Die KurdInnen wagen in einer der schwierigsten Regionen der Welt, dem Mittleren Osten, ein sozialistisches Experiment und die internationale Linke trägt gleichermaßen Verantwortung für den Schutz dieser aufkeimenden sozialistischen Hoffnung. Dieses Experiment benötigt die unbedingte Unterstützung aller SozialistInnen und internationale Solidarität.[2]

Leider sind linke europäische Parteien und Organisationen weit davon entfernt zu begreifen, was genau in Kurdistan und Kobanê geschieht, und sie scheinen auch kein Interesse am ideologischen Hintergrund der Politik der Kantone von Rojava zu haben. Sie müssen sich eingestehen, dass sie nicht in der Lage waren, die Politik des dritten Wegs zu begreifen – und genauso verblendet sind wie die Mainstream-Medien, welche die KurdInnen an der Seite Assads positioniert haben, obwohl diese tausendmal unmissverständlich erklärt und in der Praxis gezeigt haben, dass sie in Opposition zum Regime stehen. Sie fahren damit fort, den KurdInnen vorzuwerfen, sie seien StellvertreterInnen des Regimes. Andere wiederum behaupten in einer verkürzten Betrachtungsweise, dass die KurdInnen, wenn sie nicht mit Bashar al-Assad zusammengehen, wohl auf Seiten der Opposition stehen. Es muss noch einmal daran erinnert werden, dass die Gegnerschaft zum Regime nicht automatisch bedeutet, alle Analysen und Prognosen der syrischen Opposition zu akzeptieren. Darüber hinaus wird die Hauptopposition in Syrien im Kampf gegen das Regime von Imperialisten unterstützt. Und so haben die KurdInnen ganz klar begriffen, dass ein dritter Weg der einzig richtige ist.

Die meisten linken Gruppierungen haben dem Dilemma erst Beachtung geschenkt, nachdem die internationale Koalition Luftschläge gegen ISIS angekündigt hatte. Trotz der anhaltenden humanitären Krise in Kurdistan haben diese Gruppierungen weggeschaut und haben ihre Agenda wieder einmal von den Imperialisten bestimmen lassen. Sie hätten mit den Menschen in der Region und dem einzigen demokratisch-sozialistischen Experiment im Mittleren Osten solidarisch sein können. Sie hätten ein Bewusstsein über die Bedrohung durch dschihadistische Gruppen schaffen können, bevor diese die ÊzîdInnen in Sindschar (Şengal) im Nordirak abgeschlachtet haben und vor dem drohenden Massaker in Kobanê. Es ist offenkundig, dass die meisten linken Parteien und Gruppierungen einem staatszentrierten Paradigma verhaftet sind und weder eine eigene Agenda noch Weitblick besitzen. Ihr anhaltendes Schweigen zu den Dschihadisten ist für sie auch ein Druckmittel. Die europäische Öffentlichkeit steht MuslimInnen skeptisch gegenüber und dies wird von den meisten rechtspopulistischen Parteien instrumentalisiert. Dennoch muss die Linke bei der Analyse des Islam in Europa klar zwischen dem Islam als Religion und dem Islam als politisch motivierter, dschihadistischer Herrschaft unterscheiden. Hierbei haben die meisten europäischen linken Gruppierungen komplett versagt.

Fragen, die sich die Linke stellen sollte

Was eine militärische Intervention angeht, haben linke Parlamentsparteien mit »Nein« gestimmt und außerparlamen-

2 Denjenigen, die mehr über das neue Modell in Rojava erfahren möchten, empfehle ich folgenden Artikel: http://roarmag.org/2014/07/rojava-autonomy-syrian-kurds/

tarische Gruppierungen protestiert. Ich persönlich war nie für irgendwelche militärischen Interventionen und werde es auch niemals sein. Dennoch stellen sich hier einige Fragen, die es zu beantworten gilt: Die KurdInnen werden hauptsächlich durch Waffen westlicher Länder, bereitgestellt durch die NATO-Staaten, getötet, die von ISIS zuvor aus den Arsenalen der irakischen Zentralregierung und der Freien Syrischen Armee erbeutet wurden. Gibt es also gegenüber den Völkern des Mittleren Ostens nicht eine objektive Verantwortung westlicher imperialistischer Staaten, wenn diese mit ihren Waffen massakriert werden? Sollten sich linke Parteien nicht dazu verpflichtet fühlen, ihre Regierungen an ihre Verantwortung zu erinnern? Welche Alternativen zu einer militärischen Intervention können diese Parteien aus linker Perspektive vorschlagen? Was können diese linken Gruppen tun, während die KurdInnen von den Terroristen des ISIS massakriert werden? Und eine letzte Frage: Warum haben sich linke Parteien nicht vor dem militärischen Eingreifen der (Anti-IS-)Koalition mit der kurdischen Frage in Syrien beschäftigt? Es gibt auf keine dieser Fragen eine kurze Antwort, aber eine Konzentration auf diese Fragen ist unerlässlich und entscheidend. Darüber hinaus verdienen es diese Fragen, aus einer linken europäischen Perspektive überdacht und neu konzipiert zu werden, die sich vom traditionellen antiimperialistischen Diskurs unterscheidet. Wenn dies nicht geschieht, wird die Misere nur fortdauern.

Die KurdInnen versuchen in Rojava ein neues demokratisch-sozialistisches Modell umzusetzen, das die Solidarität und Unterstützung der Linken in Europa benötigt. Als in Europa lebende kurdische SozialistInnen sind wir die endlosen Diskussionen mit linken Gruppen leid, die zu keinen Ergebnissen führen. In der Frage der internationalen Solidarität befindet sich die europäische Linke in einem Verzweiflungskreislauf, der sie gänzlich lähmt. Sie sollte diese Lähmung schnellstens überwinden. ♦

Yasin Sunca ist Mitarbeiter der Partei der Demokratischen Völker (HDP) in Europa.

(Übersetzung von: http://kurdishquestion.com/insight-research/analysis/kobane-socialism-and-the-question-of-intervention-the-misery-of-the-left-in-europe.html)



In der Nacht über Colemêrg (Hakkâri). Die selbstorganisierte Sicherheit wacht über der Stadt. Foto: DIHA

Die Zivilgesellschaft in Rojava

Der Wille der Bevölkerung steht im Mittelpunkt

Michael Knapp

Im Juli 2011 begann mit der Vertreibung des größten Teils der Truppen des Assad-Regimes aus dem nordostsyrischen Rojava (kurd.: »Westen«) der Aufbau eines neuen, von radikaler Demokratie geprägten Systems, genannt Demokratische Autonomie. Wir hielten uns den ganzen Monat Mai mit einer Delegation der »Kampagne TATORT Kurdistan« in der Region auf, um die Strukturen dieses im Aufbau begriffenen Projekts zu erkunden und von den dort realisierten praktischen Demokratisierungsansätzen zu lernen. Gerade die aktuellen regionalen Entwicklungen zeigen uns erneut die Bedeutung des Projekts Rojava als potentieller Lösungsansatz nicht nur für den Mittleren Osten.

Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der Nationalstaatsbegriff in den Mittleren Osten exportiert und die koloniale Grenzziehung mit Sykes-Picot 1916 und Lausanne 1923 zur Realität. Die auf dem Reißbrett gezogenen Grenzen teilten Gemeinschaften, Familien, Städte. Die monistischen Nationalstaaten führten dazu, dass sich die Menschen auf der einen Seite der Grenze nun als TürkInnen zu verstehen hatten oder der Vernichtung zum Opfer fielen, auf der anderen Seite in Syrien und Irak dem Panarabismus unterworfen wurden. Diese Staatsideologie zog eine Blutspur vom Genozid an der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich, den dortigen Massakern an der assyrischen Bevölkerung bis zur blutigen Verfolgung und Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung sowohl unter dem baathistischen Regime als auch in der Türkei nach sich. Die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wurden zum Spielball internationaler Interessen gemacht und gegeneinander aufgestachelt. Diese Politik hat nun auch zur Stärkung des Islamischen Staates (IS) und seiner genozidalen Politik geführt. Ziel des IS ist es, die Konflikte der Region in sektiererischer Weise zu ethnisieren. Hinter ihm stehen NATO-Staaten wie die Türkei und enge Verbündete des Westens wie Saudi-Arabien und Qatar. Die Stärkung des IS (oder vormals noch ISIS/ISIL) wurde vom Westen mehr als gebilligt, da er mit ähnlichen Gruppen als Teil der Front gegen Assad und auch gegen die Selbstverwaltung in Rojava gesehen wurde.[1]

Wir müssen uns also die Frage stellen, was die Selbstverwaltung in Rojava anscheinend so bedrohlich macht, dass NATO-Staaten wie die Türkei nicht vor Ausbildung, Bewaffnung und militärischer Unterstützung von Al-Qaida und Kräften wie ISIS, denen Al-Qaida nicht radikal genug ist, zurückschrecken und andere NATO-Staaten dies über Jahre hinweg billigend in Kauf nehmen.

Rojava – eine Alternative zur kapitalistischen Moderne

Dazu sollten wir einen Blick auf das projektierte und umgesetzte System in Rojava werfen. Zunächst einmal hebt es sich von allen anderen Staaten des Mittleren Ostens dadurch ab, dass hier Laizismus[2], Radikaldemokratie, Frauenbefreiung und insbesondere die Repräsentation und Beteiligung aller ethnischen und religiösen Gesellschaftsgruppen zum Ziel gesetzt werden. So wird auf jeder Ebene der Verwaltung der Ansatz verfolgt, allen diesen Gruppen Sitze in den Räten zu quotieren und alle Vorstandsposten mindestens doppelt (Mann/Frau), je nach Zusammensetzung der Bevölkerung durchaus auch mehrfach (z. B. KurdInnen, AraberInnen, AssyrerInnen …), zu besetzen und in diesen Gremien dann die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen reflektieren zu können. Die Basis und die (de)zentrale Entscheidungsinstanz dieses Systems bildet die Kommune, ein Zusammenschluss von 20 bis etwa 100 Haushalten. Weitere Instanzen reichen vom Kanton bis

1 Vgl. Anja Flach: Schwarze Fahne – der Kampf gegen ISIS, Kurdistan Report Nr. 174, S. 26.

2 Die Türkei konnte nie als säkularer Staat bezeichnet werden. Jede nicht sunnitisch-islamische Glaubensrichtung oder Weltanschauung wird hier systematisch diskriminiert. Die Ausübung des sunnitischen Islam wird von der Religionsbehörde Diyanet kontrolliert, damit könnte er durchaus als Staatsreligion der Türkei gelten.

zur Regierung von Rojava.[3] Die Organisierung des Systems der Demokratischen Autonomie und des Demokratischen Konföderalismus[4] steht auf vier Grundpfeilern: Kommunalismus, Repräsentation aller Gesellschaftsbereiche, Repräsentation aller Kulturen und die zivilgesellschaftlichen Organisationen, deren Aufgabe es ist, sich überall, regional, nach dem gesellschaftlichen Bedarf zu organisieren. »Eigentlich ist die zivilgesellschaftliche Organisierung die Basis all dieser Bereiche. Wenn wir hier von zivilgesellschaftlicher Organisierung sprechen, meinen wir organisatorische Einheiten, die sich auf der Basis des gesellschaftlichen Bedarfs bilden. Wir bezeichnen die demokratische Organisierung dieser vier Bereiche, in der Eigenständigkeit in ihrer Willensbildung, als Demokratischen Konföderalismus.«[5]

Rolle der Zivilgesellschaft im Demokratischen Konföderalismus

Für viele Menschen, auch für Linke, ist es oft schwer, die Begriffe Gesellschaft und Staat auseinanderzuhalten. Deshalb möchte ich hier zunächst Antonio Gramscis[6] Definition der Zivilgesellschaft als Basis des bürgerlichen Staates zur Anwendung einführen; sie erscheint mir passend, um deutlich zu machen, dass wir in den repräsentativen Demokratien in Europa und den USA die Konsequenzen einer systematischen Entpolitisierung der Zivilgesellschaft sehen, deren politische Ausdrucksfähigkeit weitgehend auf alle vier Jahre abgehaltene Wahlen reduziert worden ist.[7] Diese Entpolitisierung stellt einen Teil der Strategie dar, eine politische Hegemonie der Resignierten und »Politikverdrossenen« zu schaffen und damit ein Aufbrechen der gesellschaftlichen Konflikte präventiv zu verhindern – die Konsequenz des »Regiertwerdens«.

Die kurdische Freiheitsbewegung definiert den Staat als Mittel zur Profitextraktion zugunsten bestimmter Gesellschaftsgruppen oder Klassen, der zu Vereinzelung und Autoritätsfixierung führt.[8]

In Rojava, einer Region, die Jahrzehnte unter der Diktatur des baathistischen Regimes stand, soll dieser Prozess jetzt umgekehrt werden. Eine politisierte Zivilgesellschaft soll die Notwendigkeit von Staatlichkeit auf ein Minimum reduzieren, wenn nicht sogar diese perspektivisch auflösen.[9] Eine Repolitisierung der Gesellschaft über ein Empowerment der BürgerInnen ist in Rojava im Gange. Solche Prozesse entwickeln sich nicht nur aus sich selbst heraus, dafür ist auch ein breites Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisierung notwendig, um an der Lösung der gesellschaftlichen Probleme zu arbeiten. Zivilgesellschaftlichen Organisationen fällt dabei die Aufgabe zu, sowohl Bildungsarbeit zu betreiben als auch organisierendes Element der Gesellschaft zu sein. Das betrifft alle Gesellschaftsbereiche in der Demokratischen Autonomie.

So definiert eines der Vorstandsmitglieder des Zusammenschlusses der zivilgesellschaftlichen Organisationen von Rojava (Saziyên Civaka Sivil, SCS), Fedakar Hesen, die neue Rolle der Zivilgesellschaft in der Demokratischen Autonomie folgendermaßen: *»In ganz Rojava und insbesondere in der Region Cizîrê gibt es große oberirdische wie auch unterirdische Reichtümer. Unter dem Staatssystem gehörten alle diese Reichtümer dem Staat. Nichts gehörte der Gesellschaft. Daher brachte dies der Gesellschaft auch keinen Nutzen. Wenn wir einfach das Beispiel des Erdöls nehmen, dann sehen wir, dass das Öl gefördert wurde und woandershin zum Raffinieren gebracht wurde. Nichts von den Gewinnen daraus ging an die Bevölkerung. Das Öl, das aus dem Boden des Volkes geholt wurde, wurde dem Volk teuer verkauft. Wenn jemand ein Haus bauen wollte, dann war die Genehmigung des Staates nötig, und so lange war da nichts zu machen. Man konnte nicht einmal einen Garten anlegen. Sogar um einen Baum zu pflanzen, brauchte es die Genehmigung des Baath-Regimes. Selbstverständlich bedürfen im jetzigen autonomen System auch bestimmte Dinge der Absprache, aber im Gegensatz zum Staat ist hier das Ziel, eine ökologische Gesellschaft aufzubauen. Während der Staat nichts zur Förderung der Gesellschaft getan hat, fördert das autonome System die Gesellschaft.«*

Wie wir sehen können, wird hier die Zivilgesellschaft scharf vom vorherigen staatlichen System abgegrenzt. Im Gegensatz zum Interesse des Staates wird der Wille der Bevölkerung in den Mittelpunkt gestellt. So werden Positionen in allen Institutionen der Zivilgesellschaft imperativ mandatiert. Hesen vergleicht dieses System mit dem Baath-System folgendermaßen: *»Der Staat wollte, dass eine oben getroffene Entscheidung bis in die Haushalte hinein umgesetzt wird. Ob diese Entscheidung für den betreffenden Haushalt sinnvoll war oder nicht, spielte keine Rolle, sie musste umgesetzt werden. Der Staat wollte eine von ihrer Kultur entfernte Gesellschaft von SklavInnen. Das System der Demokratischen Autonomie ist stattdessen ein System, das der Haltung der Gesellschaft gegenüber Respekt zeigt und auf diese*

3 Mehr Informationen zur Kommune und dem Rätesystem: »Die Kommune als Zentrum der Demokratischen Autonomie«, 2014, http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2014/05/25.htm.

4 Zum Verhältnis Demokratischer Konföderalismus, Demokratische Autonomie und Demokratische Republik vgl. Joost Jongerden u. Ahmet Hamdi Akkaya: Born from the Left: the Making of the PKK, in: Marlies Casier u. Joost Jongerden (Hg.): Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue, Routledge, London 2011.

5 Yeni Özgür Politika: Dizi Araştırma Servisi, 06.11.2010.

6 Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Band 1 bis 9, Hamburg (Argument) 1991–1999; vor allem Band 4, hier wird Zivilgesellschaft als Basis des bürgerlichen Staates definiert.

7 Das zeigt sich unter anderem an der niedrigen Wahlbeteiligung und dem Phänomen der sogenannten Politikverdrossenheit.

8 Öcalan, 2010, »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt«, S. 263.

9 Öcalan, 2012, »Der Demokratische Konföderalismus«, S. 32 f.

Weise gesellschaftliche Selbstverwaltungseinheiten schaffen möchte. Dies ist auch das Ziel der zivilgesellschaftlichen Organisierung. Früher konnte jeder Beamte irgendeiner staatlichen Institution die Bevölkerung unterdrücken und beleidigen. Niemand konnte etwas dagegen tun, sie hatten nicht das Recht zu fordern, dass diese Person des Amtes enthoben wird. Der Staat vertrat die Haltung: ›Ich habe diese Person hierher geschickt und ich entscheide, wann sie wieder geht.‹ Wenn jemand aus den zivilgesellschaftlichen Organisationen die Arbeit nicht gut macht, kann das Volk, auch wenn das nicht zu Recht geschehen sollte, einen Vorschlag machen und die betreffende Person aus ihrer Position entfernen. Der Wille der Gesellschaft bildet die Basis von allem.«

Wir sollten also auch das klassische Bild von der zivilgesellschaftlichen Organisation als Hilfsorganisation oder Ähnliches erweitern, wenn wir vom Modell Rojava sprechen. Zivilgesellschaftliche Organisierung bedeutet in diesem Kontext auch gewerkschaftliche Organisierung, den Zusammenschluss von Berufsgruppen, kulturellen, ethnischen und religiösen Identitäten, und sie bezieht ihre Legitimität aus den Selbstverwaltungsstrukturen der Bevölkerung. Vielleicht können wir folgenden Vergleich ziehen: Das, was in der BRD Ämter, Behörden u. ä. Institutionen demokratisch kaum legitimiert praktizieren, soll im System der Demokratischen Autonomie von Rojava gesellschaftlicher Kontrolle und der basisdemokratischen Form der Willensbildung unterliegen.

Zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss von Läden und Werkstätten

Zivilgesellschaftliche Organisierung umfasst also alle Bereiche, insbesondere auch die Ökonomie: *»Welche Familie wir uns hier auch anschauen, sie betreibt entweder eine Werkstatt oder einen Laden oder ist auf irgendeine Weise am Handel in der Stadt beteiligt. Grundlage für die Einheit dieser Arbeitenden und für Maßnahmen gegen jedwede Rechtsverletzung oder -verstöße ist die zivilgesellschaftliche Organisierung.«*[10] Die Staatskritik des Demokratischen Konföderalismus und die kommunale Anbindung der Ökonomie sind zentrale Prinzipien dieser Organisierung: *»Insbesondere die Staatssysteme haben die Arbeitskraft der Gesellschaft ausgebeutet und die Rechte der Arbeitenden mit Füßen getreten. In den Systemen der Demokratischen Autonomie lösen zivilgesellschaftliche Organisationen solche Probleme mit den Prinzipien moralischer Politik und denen einer ökologischen Gesellschaft.*[11] *Die Einheit der Gesellschaft bildet die Grundlage. Sie [die zivilgesellschaftlichen Organisationen] verbinden die Gesellschaft. Sie sind verantwortlich für die notwendige Einheit, um die alltäglichen gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Natürlich tun sie das im Rahmen des demokratischen, kommunalen Lebens.*[12] *Auf diese Weise organisiert sich die Gesellschaft.«*

Diese Form der ökonomischen Zusammenschlüsse soll dazu führen, dass sich Läden, Kooperativen, Werkstätten vernetzen, dass entsprechende Arbeitsbedingungen ausgehandelt werden und der gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Diese Verantwortung zeigt sich u. a. auch in der Kontrolle der Lebensmittel- oder Heizölpreise, um eine vollständige Versorgung der Bevölkerung, Geflüchtete eingeschlossen, zu gewährleisten. So wurde beispielsweise die Differenz der Heizölpreise in Dirbêsiyê (Al-Darbasiyah) und Tirbespî (Al-Qahtaniyah) um fünf Lira reguliert. Diese ökonomische Selbstorganisierung ist eine der Maßnahmen, die gerade auch im Kontext der Kommunalisierung der Ökonomie dem zerstörerischen Profitmaximierungsstreben kapitalistischer Ökonomie vorbeugen und insbesondere die Rechte der ArbeiterInnen verteidigen sollen: *»Unter dem Baath-Regime war es nicht möglich, ArbeiterInnenrechte einzufordern. Dass die Löhne zu niedrig sind, dass Rechte der ArbeiterInnen verletzt werden und Ähnliches, dagegen konnte man nicht einmal den Mund aufmachen, wenn man das tat, dann wurde man selbst zum/r Angeklagten. Diejenigen, die ihre Rechte eingefordert haben, wurden als StaatsfeindInnen angesehen. Sie wurden unter dem Vorwand, den Staat spalten zu wollen, ins Gefängnis geworfen. Aber das System der Demokratischen Autonomie betrachtet die Verletzung der Rechte von ArbeitnehmerInnen als Straftat. Alle haben das Recht, ihr Leben auf der Basis der ökologisch-demokratischen Gesellschaft zu führen.«*

Hesen nennt auch einige Beispiele gesellschaftlicher Probleme, die durch die SCS gelöst worden sind, unter anderem führt er einen Konflikt zwischen Taxi- und MinibusfahrerInnen an. Die Minibusse brachten die Fahrgäste bis an die Tür und die Taxis erlitten große Gewinneinbußen. Deshalb entschied man sich für die Einrichtung zentraler Busbahnhöfe in den Stadtzentren, die direkt angefahren werden.

Kulturelle Organisierung

Wie oben schon erwähnt, stellt das dritte Grundprinzip des Demokratischen Konföderalismus die Repräsentation der unterschiedlichen Kulturen und ihre Förderung in den Vordergrund.[13] Dabei wird in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie »Çand û Huner« (kurd.: Kultur und Kunst) nicht nur Wert gelegt auf den Erhalt kultureller Traditionen, gesellschaftliche Probleme werden ebenso angesprochen wie auch Lösungswege durch z. B. Theaterstücke aufgezeigt. So wird versucht,

10 Nergis Botan: Rojava Devriminde sivil toplum nasıl çalışıyor?, ANF 21.08.2014.

11 Vgl. Biehl, Janet, 2012, Vom Marxismus zu Kommunalismus und Konföderalismus: Bookchin und Öcalan, http://civaka-azad.org/vom-marxismus-zu-kommunalismus-und-konfoederalismus-bookchin-und-oecalan/ (22.10.14).

12 Hierbei wird ganz deutlich Bezug genommen auf die Entscheidungsinstanz auf lokaler Ebene, die Kommune, den Zusammenschluss von 20–100 Haushalten.

13 http://yeniozgurpolitika.org/arsiv/yazdir.php?hid=66247



Aufbau einer Erdnusskooperative in der Nähe von Amûdê im Kanton Cizîrê Foto: TATORT-Kurdistan-Delegation

eine konföderale Vernetzung der Kultureinrichtungen der verschiedenen ethnischen oder religiösen Gesellschaftsgruppen zu schaffen. Çand û Huner wurde 1988 gegründet. Wir haben sie unter anderem in Heseke (Al-Hasaka) besucht. Wie alle Einrichtungen in Rojava haben sie ihre eigenen bei der Verteidigung der Revolution und der Region Gefallenen. Vor der Revolution waren diese Institutionen im Untergrund organisiert gewesen. Ziel von Çand û Huner in Heseke ist die Bildung der Gesellschaft und der Bevölkerung gerade in der aktuellen Kriegssituation moralische Unterstützung zu leisten. In enger Zusammenarbeit mit den Akademien betreibt sie ebenfalls eigene Bibliotheken. Häufig wurden Institutionen des Regimes in Kulturzenten umgewandelt und große repräsentative Säle sind nun von allen Menschen nutzbar und Stätten von Kultur, Theater und politischem Austausch.

Die Akademie Nuri Dersimi in Rimelan: »Während andere eine militärische Revolution durchführen, schaffen wir eine Revolution des Bewusstseins«

Im Falle der Akademien Nuri Dersimi wird die Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen als gesellschaftliche Impulsgeberinnen deutlich. Im mondänen ehemaligen Direktorat der staatlichen Ölfördergesellschaft von Rimelan residiert nun die »Volksakademie Nuri Dersimi«, ein deutlicher Ausdruck der Revolution, indem systematisch Stätten der ehemaligen Machteliten zu Kulturzentren, Volkshäusern und Akademien umgewandelt worden sind.

Wir hatten die Gelegenheit, einige Zeit mit den Lehrerinnen und Lehrern der Akademie zu verbringen und Gespräche zu führen. Der junge Lehrer Dilgesh, selbst Physiklehrer an einer Schule in der Stadt, erklärte uns, dass es bei den Nuri-Dersimi-Akademien vor allem darum ginge, der Bevölkerung freiheitliche Werte zu vermitteln. Es werden von den Sprachen der Region bis hin zu Philosophie, Geschichte und Naturwissenschaften alle möglichen Angebote gemacht. Auch europäische Philosophie, wie Descartes, Platon, Nietzsche, Marx und Sokrates, steht auf dem Lehrplan. Dilgesh meinte, dass die Gesellschaft nun mit der Revolution auf eine neue moralische und politische Basis gestellt werden soll. Eine zentrale Rolle bei der Bildung nimmt der Apoismus[14] mit seinen ökologischen, demokratischen, geschlechterbefreiten Paradigmen ein.

Es soll keine technokratische Bildung erfolgen, sondern eine Form der ganzheitlichen Bildung, die besonders auch in den Naturwissenschaften eine wichtige Rolle spielt. Dilgesh: »Wir wollen jetzt frei und ohne Grenzen denken und alles hinterfra-

14 Ideen- und Gedankengebäude Abdullah Öcalans.



Frauen-Käsekooperative in Derîk im Kanton Cizîrê Foto: TATORT-Kurdistan-Delegation

gen. Unser Ziel ist es, das begrenzte Schulwissen zu erweitern und die Menschen zu bewussten Subjekten zu erziehen.«

Im Unterricht geht es deswegen immer wieder auch um den Aufbau des Gesellschaftssystems in Rojava, etwa um demokratische Moral, Räte und Frauengeschichte. Dabei spielt der Dialog in der Klasse eine zentrale Rolle und auch die LehrerInnen begreifen sich selbst als SchülerInnen.

Unterricht an der Akademie findet immer in Ausbildungseinheiten von 15–20 Personen statt. Diese bleiben dort 10 bis 25 Tage. Die SchülerInnen kommen aus allen Bereichen der Gesellschaft und übernachten in der Regel in den Räumen der von einem baumbestandenen Garten gesäumten Akademie. Sowohl der kulturellen als auch der politischen Heterogenität der TeilnehmerInnen wird Bedeutung beigemessen, da es hier um eine ganz grundlegende Wertevermittlung geht. Der Unterricht findet auf Spendenbasis statt. Zur Leitung der Akademie gehören sechs Personen. Alle Gremien, auch die LehrerInnenschaft, sind zu 50 % mit Frauen besetzt. An fast allen Wochentagen findet Unterricht statt. Die LehrerInnen führen alle zwei Tage ein Tekmil *[Kritik-/Selbstkritik-Runde]* durch, was bedeutet, dass man sich in dem Fall mit den Problemen der Schule, der LehrerInnen, mit Kritik und Selbstkritik auseinandersetzt und bilanziert. So wird auch eine kontinuierliche Entwicklung der LehrerInnen gewährleistet. Die TeilnehmerInnen an den Seminaren sollen dann in Zukunft als MultiplikatorInnen dienen und selbst in ihren eigenen Bereichen Bildungsarbeit machen. Die Nuri-Dersimi-Akademien sind an die Volksräte und damit an die Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM)[15] in Westkurdistan angeschlossen und somit Teil des Systems der Demokratischen Autonomie.

Das Problem ist natürlich, dass die Menschen hier zunächst ums Überleben kämpfen und daher meist die Bildung an zweiter Stelle kommt. Die LehrerInnen zeigen sich jedoch entschlossen, »die Bevölkerung trotzdem zu organisieren und zu politisieren«. Bildung findet vor allem über die Institutionen der Selbstverwaltung statt. Ganze Kommunen oder einzelne

15 Das in allen Gebieten Westkurdistans organisierte Exekutivorgan des Volksrates Westkurdistan (MGRK), sozusagen dessen Regierung.

ihrer VertreterInnen nehmen an Bildungseinheiten der Nuri Dersimi teil, die sie dann als MultiplikatorInnen weitergeben.

Verteilung von Land und ökonomische Grundversorgung

Bei einem Besuch der SCS im Mai 2014 erfahren wir, dass sich zu diesem Zeitpunkt in Qamişlo (Al-Qamishli) 32 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengeschlossen haben, alles Dachverbände von TaxifahrerInnen, HändlerInnen, ArbeiterInnen u. a. Auch hier ist das zentrale Moment die Verhinderung von Preisspekulation und Lösungsansätze zu entwickeln gegen das von Türkei und PDK *[Demokratische Partei Kurdistans; Regierungspartei Südkurdistans]* verhängte Embargo. Die Maximalpreise für Lebensmittel werden von den Institutionen der Selbstverwaltung festgelegt und von der SCS beispielsweise in die Praxis umgesetzt. Die Preiskontrolle wird zwar vor allem mit Krieg und Embargo begründet, aber von der SCS Qamişlo hieß es uns gegenüber, diese Kontrolle auch nach dem Krieg fortsetzen zu wollen, um das Ernährungsproblem in der Region in den Griff zu bekommen. *»Wir befreien uns, indem wir uns vom Kapitalismus unabhängig machen. Das Embargo kann auch als Chance gesehen werden. Es müssen keine Luxusbedürfnisse befriedigt werden und die Gesellschaft entwickelt sich autonom.«*[16] Das größte Problem sind die Preise und das Stromnetz. Das Wasserproblem ist mit dem der Stromversorgung verbunden. Das Wasser in Qamişlo ist nicht wirklich trinkbar. An einigen Orten wurden die Ölproduktionsanlagen in die Luft gesprengt, ebenso Transformatoren und Generatoren zerstört.

Zivilgesellschaftliche Organisierung in einer zivilen Gesellschaft

In Rojava ist eine neue Form von Gesellschaft im Aufbau begriffen. Wir haben in diesem Aufsatz vor allem die Bereiche Ökonomie und Zivilgesellschaft herausgegriffen, wir könnten dasselbe mit den anderen Gesellschaftsbereichen tun – Jugend, Frauenfreiheitsbewegung, Gesundheit, Verteidigung, Justiz, Menschenrechte, religiöse Organisationen, kulturelle Bildung, Unterricht u. v. a. m.[17] Das Prinzip ist immer dasselbe, entscheidend sind die in der kleinsten Einheit der Kommune organisierten Menschen, die Kommissionen bilden und mit den entsprechenden ebenfalls demokratisch legitimierten Organisationen wie Heyva Sor (Roter Halbmond) im Gesundheitsbereich, Akademiya Nuri Dersimi bei der Bildung allgemein, Yekîtiya Star (Frauenbewegung) und vielen weiteren zusammenarbeiten. Wie schon in der Einleitung beschrieben soll es keine staatliche, sondern eine »zivile«, also von der »civitas«, den BürgerInnen, gestaltete Gesellschaft sein. Daher können wir den klassischen NGO-Begriff eigentlich nicht einfach auf Rojava anwenden, da von der Kommune bis zur zivilgesellschaftlichen Organisation alles zivil ist. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, wenn wir weiterhin diesen Begriff verwenden wollen, stehen in einem Austauschverhältnis mit den Institutionen der Selbstverwaltung. Ihre Aufgabe ist es auch, ihr Wissen einzubringen, um Fehler bei der Selbstorganisierung zu kritisieren und damit die gesellschaftliche Entwicklung voranzubringen. Sie stellen eine Ergänzung zu den Institutionen der Selbstverwaltung dar. Insofern sind sie nicht nur vom konföderalen System unabhängige Gruppen, sondern bringen sich mit ihren stimmberechtigten VertreterInnen auf allen Ebenen, bis hin zur Regierung von Rojava, ein.

Probleme der Organisierung

Hesen erklärt hierzu: *»Das System der Demokratischen Autonomie ist eines, das sich gerade im Aufbau befindet. An diesem Punkt steht ebenfalls das System der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Deshalb können beim Aufbau dieses Systems manche Fehler und Probleme auftreten. Wir sind noch nicht so weit, dass überall solche Organisationen gebildet worden sind. Aber die Arbeit ist erfreulich, also obwohl dieses System neu ist, wird es von den ArbeiterInnen auf freiwilliger Basis umgesetzt. Insbesondere unter dem Baath-Regime konnte niemand für irgendwelche Rechte eintreten. Daher kommen die ArbeiterInnen und wenn sie etwas thematisieren und sehen, dass ihre Rechte geschützt werden, dann beginnen sie, sich noch intensiver zu beteiligen.«*

Probleme bei der Organisierung liegen in verschiedenen Bereichen, einerseits bei der Umstellung von einer komplett vom Regime bevormundeten Bevölkerung bis hin zum gesellschaftspolitischen Engagement und der Beteiligung auf allen Ebenen. Wir konnten aber auf unserer Delegationsreise eine große Begeisterung für den Aufbau dieses neuen Systems beobachten und die Bereitschaft aller, Mängel auch durch die Prinzipien von Kritik und Selbstkritik und imperativer Mandatierung zu überwinden. Das Problem steckt daher häufig auch im Know-how – also wie wird Stadtplanung, Energieversorgung und sonstige Arbeit in Selbstverwaltung praktiziert, da die wohlhabende Bourgeoisie die Region verlassen hat, was zu einem Mangel an ausgebildeten Kräften führt. So musste beispielsweise das Raffinieren von Erdöl in einem langfristigen Lernprozess herausgefunden werden, was dazu führte, dass es den ganzen Winter 2011/12 über keine Heizmittel gab. Solche Probleme existieren ebenfalls im Gesundheits- und in anderen Bereichen und sind schnell nur mit der Stärke internationaler Solidarität zu lösen. ♦

16 SCS-Vertreter im Mai 2014 in Qamişlo.

17 … und werden das auch in unserem Ende des Jahres erscheinenden Buch über die Revolution in Rojava tun.

Reisebericht aus Rojava

Zwischen demokratischem Aufbruch und Angriffen des Islamischen Staates

Martin Dolzer

Vom 14. September bis 24. September reisten wir, eine Delegation bestehend aus Prof. Dr. Norman Paech, Dr. med. Gisela Penteker, Rechtsanwältin Britta Eder, dem Mitglied der Föderation der Êzîdischen Vereine e. V., Yilmaz Kaba, und dem Soziologen Martin Dolzer, nach Rojava (Nordsyrien) und in den Nordirak. Hier einige Eindrücke von unserer Reise.

Demokratische Selbstverwaltung in Rojava

Im Norden Syriens haben sich KurdInnen gemeinsam mit sämtlichen dort lebenden Bevölkerungs- und Religionsgruppen in demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen basisdemokratisch organisiert. Die Region heißt Rojava (Westkurdistan). Verteilt auf drei örtlich nicht zusammenhängende Kantone, Cizîrê, Kobanê (Ain al-Arab) und Afrîn, leben rund 6 Millionen Menschen, darunter 4 Millionen KurdInnen, 1 Million Angehörige weiterer Bevölkerungsgruppen und zwischen 800 000 und 1 Million Flüchtlinge aus anderen Teilen Syriens. Entlang der türkisch-syrischen Grenze liegen zwischen den drei Kantonen Herrschaftsgebiete der dschihadistischen Gruppe Islamischer Staat (IS). Die Assad-Regierung hat sich aus der Region bis auf einige wenige Enklaven zurückgezogen. Dazu gehört u. a. der Flughafen von Qamişlo (Al-Qamishli), als strategisch wichtiger Ort.

»Die multiethnischen und multireligiösen Selbstverwaltungsstrukturen, die wir momentan in Rojava aufbauen, könnten ein Modell für ein an friedlichen und humanistischen Maßstäben orientiertes Zusammenleben aller Menschen im Mittleren Osten sein«, erklärt uns Scheich Hamidy al-Jarba, Präsident der Übergangsregierung des Kantons Cizîrê im Gespräch. Er ist Stammesführer des größten und ältesten arabischen Stammes in der Region, der Shammar. Über den Mittleren Osten und Nordafrika verteilt gehören dem Stamm mehrere Millionen Menschen an. Hamidy al-Jarba sieht in einer selbstbestimmten, respektvollen, gemeinsamen Organisierung in Rojava die einzig stabile Zukunftsperspektive.

Basisdemokratische Strukturen organisieren sich in Rojava in Komitees, die in Stadtteilen und Dörfern gebildet werden. Sie entwickeln einen gemeinsamen Umgang für sämtliche Belange des Alltags. Das betrifft u. a. Bildung, Gleichberechtigung der Frau, Sicherheit, wirtschaftlichen Aufbau, Landwirtschaft, Religionsfragen und Konfliktlösung. Die Komitees bilden in einem Delegiertensystem Räte, die in jedem der drei Kantone eine Übergangsregierung gewählt haben. Diese bestehen jeweils aus bis zu 22 Personen, die den unterschiedlichen religiösen und ethnischen Bevölkerungsgruppen angehören. Die Übergangsregierungen haben in Zusammenarbeit mit Komitees bereits eine Verfassung erarbeitet. In nächster Zeit sind reguläre Wahlen geplant. Aufgrund der aktuellen Angriffe auf Rojava (s. u.) steht der genaue Zeitpunkt allerdings noch nicht fest. Bei diesen Wahlen wird es eine quotierte Mindestzahl an Sitzen für die unterschiedlichen Bevölkerungs- und Religionsgruppen geben. Die Anzahl dieser Sitze beträgt 30 % des Gesamts, 70 % der Sitze werden in freier Wahl vergeben.

Aufgrund eines Embargos durch die umliegenden Kräfte, hauptsächlich die Türkei und die kurdischen Autonomiegebiete in Südkurdistan, herrscht in Rojava Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten. Die Selbstverwaltungsstrukturen entwickeln deshalb schrittweise eine möglichst autarke Versorgung mit Landwirtschaftsprodukten und existenziell notwendigen Gütern. Die Monokulturen in der ehemaligen »Kornkammer« Syriens umzufunktionieren ist allerdings nicht einfach. Mittlerweile werden auf Initiative der Versorgungskomitees Tomaten, Gurken, Wassermelonen, Honigmelonen, Kartoffeln und weitere Produkte angebaut. Von den vorhandenen Erdölpumpen können nur circa ein Fünftel genutzt werden, da die weiteren ihr Öl in Pipelines pumpen würden, die in vom IS kontrollierten Gebieten liegen.

»In Cizîrê leben verschiedene ethnische Gruppen wie KurdInnen, AraberInnen, ArmenierInnen und TschetschenInnen

sowie Religionsgruppen und Glaubensgemeinschaften wie ÊzîdInnen, assyrische und chaldäische ChristInnen wie auch sunnitische und einige wenige schiitische Moslems. Es ist wichtig, dass sich die Menschen an der Gestaltung der Gesellschaft und des täglichen Lebens beteiligen. Der Mensch und nicht bürokratische Abläufe stehen in unserer Gesellschaft im Mittelpunkt des Wirkens. Nur in gemeinsamer Arbeit und im Bewusstsein der politischen und geostrategischen Situation können wir Lösungen entwickeln«, erklärt Hediya Yusuf, die Präsidentin der Übergangsregierung von Cizîrê.

Leitungsfunktionen werden in Rojava jeweils gleichberechtigt von einem Mann und einer Frau besetzt, in sämtlichen Gremien gilt eine 40%-Geschlechterquotierung für Frauen und Männer. »SunnitInnen, SchiitInnen, assyrische und chaldäische ChristInnen sowie ÊzîdInnen versuchen hier, im Gegensatz zum Chaos in der Region, konstruktiv zusammenzuarbeiten. Aus der Vielfalt der Ethnien, Religionen und Kulturen, die hier verwurzelt sind, beziehen wir unsere Stärke und Stabilität«, so Hediya Yusuf weiter. Es sei nicht immer einfach, die Menschen trotz völlig unterschiedlicher Sozialisation und Lebensweise sowie starken militärischen und strukturellen Drucks von regionalen und internationalen Kräften zusammenzubringen. In den letzten zwei Jahren habe das Projekt der gemeinsamen Selbstverwaltung in Rojava jedoch eine sehr positive Dynamik angenommen und Bewusstseinsbildungsprozesse ausgelöst, die unumkehrbar sind und vielen Menschen Hoffnung und eine Zukunftsperspektive geben. Eine schrittweise Synthese der Stärken und Errungenschaften der jeweiligen Bevölkerungsgruppen und Traditionslinien zu entwickeln sei dabei ein zentrales Moment.

Ende Juli wurde in Qamişlo die Mezopotamya-Universität eröffnet. ProfessorInnen und Menschen mit Lebenserfahrung entwickeln gemeinsam mit den Studierenden eine egalitäre Forschung und Lehre. Die letzten 10 000 Jahre der Geschichte werden aus der Sicht der Bevölkerungsgruppen recherchiert und die emanzipatorischen Ansätze aus den weltweit unterschiedlichen Kulturen in einer Synthese verschmolzen, um auch Konzepte für die Gegenwart entwickeln zu können. Die Studierenden sind an der Leitung und Verwaltung gleichberechtigt beteiligt. Studierende und Lehrende leben gemeinsam auf dem Campus, auf einem Hügel etwas oberhalb von Qamişlo. Auch die Küche wird im Kollektiv in Eigenregie betrieben. Die Universität sucht internationalen Austausch, um die drei dort ansässigen Fakultäten (Geschichte/Soziologie/Politikwissenschaften, Recht und Sprache) besser aufbauen zu können.

Die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ

Zur Selbstverteidigung hat die Bevölkerung die Volksverteidigungseinheiten YPG und Frauenverteidigungseinheiten YPJ aufgebaut. Rêdûr Xelil, der Oberste Kommandierende der YPG, erklärt: »Wir sind kein herkömmliches Militär, sondern den Frieden liebende Menschen. Die YPG/YPJ übernehmen den in dieser Region nötigen Schutz von Leben, Demokratie und Freiheit. Die menschenfeindliche Organisation IS kämpft mit allen Mitteln gegen das basisdemokratische Modell in Rojava. Da die Regionalmächte, aber auch Teile der westlichen Kräfte versuchten und zum Teil noch immer versuchen, ihre strategischen Interessen durchzusetzen, werden die demokratischen Strukturen in Rojava seit zwei Jahren u. a. vom IS auch mit Unterstützung der Türkei angegriffen.«

Seit dem 15. September herrscht eine ununterbrochene Auseinandersetzung um Kobanê, den mittleren der drei Kantone von Rojava an der Grenze zur Türkei. Der IS hat hier einen Großangriff mit modernsten schweren Waffen gestartet, die er in Mûsil (Mossul) erobert hatte. Per Zug und LKW wurden zusätzlich über die Türkei Panzer und schwere Geschütze direkt an die türkisch-syrische Grenze gebracht. Die KämpferInnen der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ sind von drei Seiten gleichzeitig in heftige Abwehrkämpfe verwickelt und leisten Widerstand gegen den IS.

Dieser kontrolliert eine Region vom irakischen Mûsil über Tikrit bis Syrien über Süd-Heseke (al-Hasaka) nach Kobanê und kann deshalb ohne größere Probleme Waffen verschieben. Kämpfer aus den Kriegen in Afghanistan, Irak und Somalia, ergänzt von ehemaligen Revolutionsgarden der Armee Saddam Husseins, verfügen über das nötige Wissen zur Bedienung der modernen Waffen und schulen IS-Kämpfer im Umgang damit.

Die YPG/YPJ, die Rojava schon drei Jahre lang erfolgreich gegen den IS verteidigen, besitzen keine gleichwertigen Waffen. Sie beziehen Kraft und Erfolg aus ihrem unbedingten Widerstandswillen, die Menschen in Rojava zu verteidigen. Allerdings ist die Lage sehr ernst. Die Luftangriffe der US-Amerikaner auf IS-Stellungen im Irak erklärt Rêdûr Xelil für nicht aufrichtig, denn Zentrum und Hauptstellungen der Terrororganisation befänden sich in Syrien. Die Angriffe der USA würden den IS aus dem Irak nach Syrien treiben, wo er sich dann vornehmlich gegen die kurdischen Gebiete/Rojava richte. Die jetzt vom US-Kongress bestätigte Entscheidung, »gemäßigte Rebellen« in Syrien auszurüsten, zu bewaffnen und in Saudi-Arabien auszubilden, sei zynisch.

Die Menschen in Rojava sind offenbar nicht von vergleichbarem strategischem Interesse wie zum Beispiel die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) um Mesûd Barzanî. Rêdûr Xelil hat keinen Zweifel daran, dass die USA mit ihrem militärischen Potential den IS in kürzester Zeit vernichten könnten. Mit modernen Waffen wie Drohnen und zielgenauen Lenkwaffen wäre das kein Problem. Die Terrororganisation werde allerdings als destabilisierende Kraft gebraucht und benutzt. Sie solle eine Atmosphäre von Angst und Schrecken im gesamten Mittleren Osten verbreiten.

Nach Angriffen des IS sollten die Menschen in den Regionen dann die USA um Hilfe bitten. Auch in Europa werde diese Angst vor dem Näherrücken des Terrors geschürt. Sämtliche regionalen und internationalen Akteure hätten Entstehen und Wachstum von ISIL/ISIS (Islamischer Staat in Irak und Levante/Syrien), wie sich der IS zuvor nannte, beobachten können, man habe aber bewusst weggeschaut und die Terrororganisation gefördert, um sie zu benutzen.

Wir bekommen Dokumente gezeigt, die beweisen, dass der Terror aus der und über die Türkei nach Syrien reist. Pässe, Ausweise, Militärmarken, Listen von Kämpfern und Waffen, die Mitgliedern des IS und der Al-Nusra-Front aus Libyen, Tunesien, Bahrein und der Türkei abgenommen wurden. Die YPG/YPJ schützen offensichtlich die Menschen vor systematischen Angriffen auf eine funktionierende demokratische Gesellschaftsstruktur, die für den gesamten Mittleren Osten als Vorbild dienen könnte.

Gespräch im Ministerium zum Schutz der Frauen

In Cizîrê wurde, wie in jedem anderen der drei Kantone von Rojava, ein Ministerium zum Schutz der Frauen gegründet. In diesem Ministerium arbeiten fünf Kommissionen – Gesundheit, Kinder, Projekte, Recht und Öffentlichkeit. Insgesamt wird in langfristige und kurzfristige Projekte unterteilt.

Geplant und zum Teil schon umgesetzt ist der Aufbau von Frauen- und Jugendzentren, in denen unter anderem Traumaaufarbeitung und psychologische Betreuung umgesetzt werden sollen. Viele Frauen und Kinder sind vom Krieg traumatisiert, andere durch feudale Strukturen oder das Assad-Regime. Es gibt bereits ein Projekt zur Unterstützung von Verwitweten im Krieg Gefallener.

Momentan erarbeitet das Ministerium gemeinsam mit den Frauenkomitees in den Rätestrukturen der Stadtteile und Dörfer Gesetzentwürfe zur Stärkung der Rechte der Frauen. Polygamie bzw. Mehrfachheirat soll verboten, das Alter der Heiratsfähigkeit auf 18 Jahre heraufgesetzt werden. Insgesamt ist geplant, die Frauenrechte auf allen gesetzlichen Ebenen so weit wie möglich festzuschreiben und so schrittweise auf der juristischen Ebene, parallel zu gesellschaftlichen Prozessen, die Gleichberechtigung durchzusetzen.

> Die Wissenschaften in Europa haben es nicht geschafft, angemessene Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme zu finden. Auch der Feminismus blieb oft an einer Stelle stehen und reproduzierte letztendlich patriarchale Strukturen. Wir setzen uns hier damit auseinander, was zu gesellschaftlichen Spaltungsprozessen und Hierarchien geführt hat und wie wir diese überwinden können.

Das Ministerium führt zudem eine soziologische Studie durch. Frauen werden systematisch u. a. über ihren Bildungsstand, Gesundheitszustand und Probleme im Alltag befragt, um eine Politik entwickeln zu können, die an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert ist.

Mit den êzîdischen Frauen im Newroz-Flüchtlingscamp setzt das Ministerium zum Schutz der Frauen ein Projekt um, in dessen Rahmen eine Studie über die erfahrenen Kriegsverbrechen durch den IS und die Erlebnisse auf der Flucht erstellt wird. Darüber hinaus soll auch auf internationaler Ebene mit PsychologInnen und MenschenrechtlerInnen zusammengearbeitet werden, um die Traumata aufzuarbeiten und Techniken des Umgangs damit erlernen zu können. Erfahrene Fachkräfte, die Interesse haben, sich daran zu beteiligen, sind herzlich eingeladen.

Gespräch in der Frauenakademie

In jedem der drei Kantone von Rojava gibt es eine Frauenakademie. Dort werden Frauen gemäß der wissenschaftlichen Methode der Jineolojî/Frauenwissenschaft unterrichtet.

Jineolojî/Frauenwissenschaft ist eine moderne Wissenschaft, die auf der Analyse der bisherigen Wissenschaftsmethoden und einer Synthese der Lehransätze der letzten fünf Jahrtausende beruht. Die Frauen in der Akademie gehen davon aus, dass die herkömmliche Historiographie und Wissenschaft die eigentlichen AkteurInnen der Geschichte – die Bevölkerung –, und noch weiter gehend die Frauen, systematisch aus der

Geschichtsschreibung und oft auch aus der Wissenschaftsentwicklung ausgeblendet hat. Die handelnden Menschen finden im Gegensatz zu den Herrschenden kaum Erwähnung. Diese eingeschränkte Sichtweise soll überwunden werden. Es geht darum, zentrale Fragen zu stellen: Warum sind bestimmte Ereignisse geschehen? Wer hat wann, wie und warum gehandelt? Wer hat welche Rolle in der Gesellschaft eingenommen oder zugewiesen bekommen?

Insbesondere beschäftigen sich die Frauen in den Akademien mit Kultur, Wissenschaft, Sprache, Geschichte und Demokratietheorie. Ein zentraler Diskussionsstrang dreht sich um die Frage, auf welche Weise die Demokratie in den letzten Jahrhunderten auf negative Weise in die Gesellschaft eingeführt wurde – und wie das in Zukunft verbessert werden kann.

Insgesamt gibt es 12 Fachbereiche, die in mehrwöchigen Kursen unterrichtet werden. In dieser Zeit leben die Frauen gemeinsam in der Akademie und gestalten das Leben kollektiv.

»Die Frauenwissenschaft soll weiterentwickelt werden – es handelt sich nicht um eine Ideologie, da das zu eingeschränkt wäre«, erläutert unsere Gesprächspartnerin, Dolcin Akin. »Die Wissenschaften in Europa haben es nicht geschafft, angemessene Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme zu finden. Auch der Feminismus blieb oft an einer Stelle stehen und reproduzierte letztendlich patriarchale Strukturen. Wir setzen uns hier damit auseinander, was zu gesellschaftlichen Spaltungsprozessen und Hierarchien geführt hat und wie wir diese überwinden können. Vor fünf- bis sechstausend Jahren wurde die Frau als Gottheit verehrt und dann bis heute kontinuierlich schrittweise immer weiter von Achtung sowie Teilhabe ausgegrenzt. Mit einer humanistischen Ethik und den Erkenntnissen der Jineolojî wollen wir eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft herbeiführen. Ethik und Ästhetik bilden eine Einheit – in der jetzigen Gesellschaft wird das oft voneinander getrennt. Wir trennen dagegen nicht unsere innere und äußere Schönheit.

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf Ausgrenzung. Das ist die Grundlage für Krieg. Die in der kapitalistischen Ideologie enthaltenen Prinzipien der Konkurrenz und des Profitdenkens sowie des Konsums sind entscheidende Grundlagen der gesellschaftlichen Spaltung. Eine Wissenschaft, die nicht



In der Frauenakademie Foto: http://rojavadelegation.blogspot.de/

aus der Mitte der Bevölkerung entsteht, wird lediglich von Eliten verwendet, um die Menschen zu unterdrücken. Wir wollen dagegen gemeinsam mit allen Menschen eine Wissenschaft entwickeln, die für alle gesellschaftlichen Bereiche und für jeden Menschen anwendbar ist und den Menschen ermöglicht, sich schrittweise zu befreien. Durch die Frauenwissenschaft wollen wir ein Teil der Demokratie und des Demokratisierungsprozesses sein. In unserer Wissenschaft steht die Persönlichkeitsentwicklung im Vordergrund. Die Kommunen und Räte sind Teil dieses Entwicklungsprozesses. Wir bieten Unterrichtseinheiten meist ausschließlich für Frauen an. Einige Kurse sind auch für Männer geöffnet«, erklärt die Leiterin der Frauenakademie.

Fazit

Die demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava strahlen eine große Schönheit und Anziehungskraft aus. Hier entsteht trotz ungeheuren Drucks und Gewalt von außen eine wirklich demokratische und solidarische Gesellschaft. Das wird offensichtlich von den »Großmächten« als Gefahr gewertet, da in Rojava das Gegenteil von einer kolonial abhängigen Gesellschaft entsteht. In dem Konflikt um Kobanê und Rojava stehen sich zwei vollkommen unterschiedliche Gesellschaftsmodelle gegenüber: die neokoloniale Aufteilung und die basisdemokratische Selbstverwaltung. Eigentlich wäre die Gesellschaftsgestaltung in Rojava ein positives Modell für die Demokratisierung des gesamten Mittleren Ostens. Aber das kapitalistische System profitiert eher von Krisen und destabilisierten Gesellschaften und greift deshalb zu aggressiven Modellen der Konfliktlösung.

Die Türkei hat ein starkes Interesse daran, die Selbstverwaltungsstrukturen zu zerstören. An ihnen sind KurdInnen, die Abdullah Öcalan nahestehen, entscheidend beteiligt. Schon seit langem forderte die Regierung Erdoğan deshalb eine Pufferzone in Rojava, um die Region zu entvölkern. Dazu ist auch geplant, die UN zu instrumentalisieren. Die türkische Regierung ist ein enges Bündnis mit dem IS eingegangen. Um ihre eigene regionale Macht zu stärken, beabsichtigt sie Assad zu stürzen.

Auf Video, durch Fotos und AugenzeugInnen wurde mehrfach dokumentiert, wie die türkische Armee über eine grenznahe Bahnstrecke und per LKW Panzer und schwere Waffen in der Nähe Kobanês an den IS lieferte. Dessen Kämpfer werden in türkischen Krankenhäusern medizinisch versorgt und danach wieder zum Kämpfen nach Syrien gelassen. Pflegepersonal beschwerte sich bereits darüber bei Staatspräsident Erdoğan. Rekruten des IS werden organisiert über Istanbul und Ankara nach Syrien geschleust. Die Grenzen von der Türkei nach Kobanê sind für Kämpfer des IS geöffnet, während Verwundete der YPG/YPJ aus Kobanê mehrfach an der Grenze verbluteten, weil die türkischen Zollbeamten sie nicht passieren ließen. Türkische Soldaten greifen Menschen, die aus Solidarität an der Grenze ausharren, ständig mit Tränengasgranaten und oft auch mit scharfer Munition an. Fünf Menschen kamen dabei ums Leben, viele wurden schwer verletzt. Auch Kämpfern des IS wurde auf diese Weise ein Korridor geöffnet – ohne das wäre ihm ein Eindringen in den Osten des Stadtgebiets von Kobanê wohl eher nicht möglich gewesen.

Wir sollten gemeinsam mit weiteren AkteurInnen Druck auf die Bundesregierung aufbauen, dass diese sofort ihre hauptsächlich an wirtschaftlichen und strategischen Interessen orientierte Politik in Syrien, Irak und der Türkei beendet und stattdessen die demokratische Selbstorganisierung der Menschen in Rojava anerkennt und für Frieden wirkt. Nur eine selbstbestimmte demokratische Organisierung der Bevölkerung im Mittleren Osten kann langfristig Stabilität und Frieden bewirken.

Die Türkei und die Autonomieregierung unter Barzanî müssen ihr Embargo gegen Rojava sofort aufheben. Die Bundesregierung ist gefordert, humanitäre Hilfe für Rojava und die êzîdischen Flüchtlinge in Rojava zu leisten.

Die Bombardierung der PKK in den kurdischen Provinzen der Türkei ist inakzeptabel und faktisch eine indirekte Waffenbrüderschaft mit dem IS – die NATO-Mitgliedschaft der Türkei sollte suspendiert werden. Dass Sondereinheiten der Polizei in einem Krankenhaus in Pîrsûs (Suruç) ÄrztInnen unter Todesdrohungen mit einer Waffe am Kopf zwingen, ihnen schwerverletzte KämpferInnen der YPG/YPJ auszuliefern, ist inakzeptabel.

Die Grenzen nach Kobanê sollten für IS-Kämpfer und Waffen geschlossen und für humanitäre Hilfe und UnterstützerInnen sowie KämpferInnen der YPG/YPJ und Peschmerga, samt Waffen, geöffnet werden. Nur so kann und sollte der IS zurückgedrängt werden. Die KurdInnen und KämpferInnen der YPG/YPJ haben genug Erfahrung, die Peschmerga besitzen panzerbrechende Waffen. Auf diese Weise kann der IS zurückgedrängt werden. Eine Intervention ausländischer Kräfte würde dagegen auf eine neokoloniale Neuaufteilung hinauslaufen.

Weiterhin muss das PKK-Verbot in Deutschland aufgehoben und die Organisation als Dialogpartner, der für eine Demokratisierung des Mittleren Ostens steht, wahrgenommen werden. Gleichzeitig muss die PKK von der EU-Terrorliste, die ohnehin abgeschafft gehört, gestrichen werden. ♦

Lage und Situation der Flüchtlinge nach den Angriffen in Şengal und Rojava

Ein Armutszeugnis

Dr. med. Gisela Penteker, Türkeibeauftragte des Vorstands der deutschen IPPNW-Sektion;
Yilmaz Kaba, Vorstandsmitglied der Föderation der Êzîdischen Vereine e. V.

Wir waren zehn Tage lang, vom 14.09.2014–24.09.2014 in Nord-Irak und Rojava.

Die humanitäre Situation der Flüchtlinge war nur ein Teilaspekt unserer Delegationsreise. Seit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien haben sich viele Angehörige von Minderheiten in die mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebiete im Norden gerettet. In allen Kantonen hat sich durch die Binnenflucht die Zahl der Bevölkerung verdoppelt, zum Teil sogar verdreifacht. Aus Rojava hatte sich das Assad-Regime weitgehend zurückgezogen und die Menschen ihrem »Schicksal« überlassen. Überethnisch und überreligiös organisieren sich die Menschen in Rojava (West-Kurdistan/Nord-Syrien) basisdemokratisch in allen Bereichen des Lebens und haben sogar in jedem Kanton eine Übergangsregierung gebildet. Da sich die Selbstverwaltungsstrukturen weitgehend aus den Kämpfen in Syrien heraushielten, wurde ihnen immer wieder der Vorwurf der Kollaboration mit der Regierung in Damaskus gemacht. Wenn man die Gegebenheiten vor Ort selbst sieht und erlebt, wird deutlich, dass dieser Vorwurf absurd ist. Die drei Kantone in Rojava sind von der Türkei, der Regionalregierung Kurdistan (Nord-Irak), dem Irak und dem restlichen Syrien durch ein totales Embargo abgeschottet.

Als der Islamische Staat IS die Êzîden (êzîdische Kurden) in Şengal (Sindschar) angriff und sie zu Tausenden in die Berge flohen, waren es die Volks- und Frauenverteidigungskräfte YPG/YPJ aus Rojava, die ihnen einen Korridor in die Sicherheit freikämpften, den sie immer noch zusammen mit den Kämpfern der Volksverteidigungskräfte der PKK (der HPG) und der Frauenarmee YJA Star sowie einer neu geschaffenen Einheit der Êzîden, den Verteidigungseinheiten des Widerstandes von Şengal, YBS, frei halten.

Flüchtlinge in Rojava/Nordsyrien

Wir haben das Flüchtlingslager Newroz im Kanton Cizîrê im östlichsten der drei Kantone besucht. Vor den Ereignissen von Şengal hatte es schon ein kleines Lager mit einigen 100 Flüchtlingen gegeben, das dann für die êzîdischen Kurden entsprechend vergrößert wurde.

Die meisten Zelte sind vom UNHCR, das sich aber sonst nicht an der Versorgung beteiligt. Verhandlungen mit Damaskus über den Zugang des UNHCR scheint es nicht zu geben. Auch kein Angebot an die Flüchtlinge, in ein Lager der syrischen Regierung überzusiedeln. Zweimal pro Woche kommen UNHCR-Mitarbeiter aus Damaskus oder Qamişlo (Al-Qamishli) – es gibt keine weitere Hilfe –, da das UNHCR mit dem Assad-Regime zusammenarbeitet, kommt im Newroz-Camp nur wenig an. Sie haben jedoch versprochen, die Zelte nach unten zu isolieren, sprich winterfest zu machen, bevor der Winter kommt. Flüchtlingshilfe wird unter kapitalistischen Bedingungen zum bürokratischen Aufwand. Ansonsten liegt die Versorgung der zurzeit im Lager lebenden ca. 15 000 Flüchtlinge in der Hand der Übergangsregierung des Kantons Cizîrê.

Der Kanton Cizîrê versorgt das Camp mit wenigen Mitteln und kümmert sich um Wasser und Strom. Den freiwilligen Helfern, die vorerst die Verwaltung des Camps übernommen haben, fehlt es auch an Fachwissen und Schulungen. Ab und zu erreichen LKW aus Nord-Kurdistan (Südost-Türkei) das Camp – wenn die PDK *[Demokratische Partei Kurdistans unter Mesûd Barzanî]* oder die Türkei sie durchlassen. Der kurdische Rote Halbmond (Heyva Sor a Kurdistanê) übernimmt die medizinische Versorgung und psychologische Betreuung – aber auch hier fehlt es an Fachpersonal. Die Bevölkerung von Cizîrê ist dem Aufruf der Übergangsregierung zu spenden gefolgt, obwohl sie selbst wegen des Embargos Mangel an allem hat. Hilfe kommt durch das Embargo selten aus Nord-Kurdistan (Türkei), jedoch bei Möglichkeit von der Föderation der Êzîdischen Vereine in Deutschland und Europa. Zurzeit wird ein Medikamententransport an der Grenze in Nisêbîn (Nusaybin) festgehalten.

Im Lager fehlt es an vielem. Sanitäre Anlagen werden gebaut, sind aber noch nicht in Betrieb. Es gibt drei Kochzelte, in denen für alle gekocht wird – Flüchtlinge, sofern sie in der Lage sind, werden bei der Essensvorbereitung mit einbezogen. Ziel ist es, den Menschen die Möglichkeit zu geben selbst zu kochen. Es werden verschiedene Komitees für alle Bereiche gebildet – für Bildung in Kurdisch und Arabisch, für Frauen, für die Versorgung, für die Verwaltung u. v. a. notwendige Bereiche. Ein weiteres Problem ist, dass einige Flüchtlinge gerne auch außerhalb des Camps arbeiten möchten, es jedoch in der ganzen Region an zusätzlicher Arbeit mangelt.

Die Flüchtlinge im Lager sollen sich selbst verwalten. Bisher sind die Flüchtlinge noch kaum in der Verfassung, sich daran zu beteiligen. Es gibt noch keine Schule, aber eine Betreuung der Kinder. Die medizinische Versorgung ist im ganzen Kanton schlecht. Wegen des Embargos gibt es kaum Medikamente. Besonders fehlen Medikamente für chronische Krankheiten wie Diabetes, Bluthochdruck, Herz- und Nierenkrankheiten. Ein großes Problem ist Krätze, eine Krankheit, die bedingt durch den Mangel an Hygiene entsteht. Im Lager leben zurzeit 58 Personen mit Gehbehinderungen, für die es keine Prothesen und Hilfsmittel gibt. Im Lager arbeiten ein Arzt und ein Apotheker, der allerdings kaum etwas abzugeben hat. Der Kanton Cizîrê versorgt auch die Menschen, die sich noch in den Bergen von Şengal aufhalten. In Şengal leben in einigen Dörfern noch ca. 50 000 Menschen – in den Bergen befinden sich noch ca. 15 000. Letztendliches Ziel der Verwaltung im Newroz-Camp ist, dass die Menschen zurück nach Şengal gehen können – deshalb sollte die Region komplett vom IS befreit werden.

Sie werden durch den von den YPG freigekämpften Korridor versorgt und von YPG/YPJ und YBS, den neu gegründeten Verteidigungseinheiten der Êzîden, geschützt. Dabei sind die LKW mit den Hilfsgütern ständigen Angriffen des IS ausgesetzt, und es ist schwer, Fahrer zu finden. Viele Flüchtlinge sind in Rojava auch bei Familien untergekommen. Aufgrund von Propaganda, dass der IS ganz Rojava besetzen werde, waren ebenfalls viele Menschen geflohen – nun wollen sie zurückkehren – die PDK (Regionalregierung Kurdistans/Nord-Irak) verhindert das aber durch bürokratische Vorwände und Abschreckung – den Flüchtlingen werden u. a. Lügen erzählt, dass die Verantwortlichen in Rojava sie nicht aufnehmen wollten – die PDK selbst will sich mit der Flüchtlingsfrage profilieren.

Flüchtlinge aus Şengal in Nord-Kurdistan (Südost-Türkei)

Verteilt auf 30 Orte, die größten Camps sind in:

Mêrdîn (Mardin)	ca. 6 000
Amed (Diyarbakır)	ca. 4 500
Sîlopî (Silopi)	ca. 4 000
Şirnex (Şırnak)	2x ca. 2 500
Wêranşar (Viranşehir)	ca. 1 500
Êlih (Batman)	ca. 1 000

Pläne der Newroz-Camp-Verwaltung sind:

Kurzfristig: Ärzteteams und Psychologen werden sofort benötigt.

Langfristig: Intensive psychologische Betreuung und Trauma-Aufarbeitung soll entwickelt werden.

Flüchtlinge in Nord-Kurdistan/Türkei

Die Situation der Flüchtlinge in der Türkei kennen wir von unseren jährlichen Reisen in die türkische Grenzregion – alleine in Nord-Kurdistan/Südost-Türkei leben über 32 000 Flüchtlinge aus Şengal und werden durch die Angriffe auf Kobanê immer mehr. Die Grenzübergänge zu den kurdischen Kantonen sind geschlossen. Die vielen Flüchtlinge, die die Türkei aufgenommen hat und versorgt, sind hauptsächlich sunnitisch-arabische Syrer. Die kurdischen Flüchtlinge werden meist von Verwandten aufgenommen und von den kommunalen Verwaltungen (DBP, Partei der Demokratischen Regionen) versorgt. Informationen einer Kollegin zufolge kommt im Lager an der Grenze in Silopiya weder internationale noch türkische Hilfe an. Die Ärztekammer von Amed (Diyarbakır) schickt gelegentlich Ärzte und Medikamente.

Flüchtlinge in Süd-Kurdistan/Nordirak

In Süd-Kurdistan – dem Gebiet der autonomen Regionalregierung der Kurden im Norden des Irak – sind ebenfalls viele hunderttausend Flüchtlinge. Sie leben in großen Lagern um Duhok (Dohuk), Hewlêr (Arbil) und Silêmanî (Suleimaniya). Wir haben ein großes Lager direkt hinter der Grenze gesehen, hinter einem hohen Stacheldrahtzaun. Bei der Fahrt durch Duhok sieht man immer noch wilde Camps unter Brücken und viele Flüchtlinge in Hochhausrohbauten, welche dort im wahrsten Sinne des Wortes eine Zuflucht gefunden haben. Aus Duhok kommen immer wieder Flüchtlinge nach Rojava zurück, die dort unter unwürdigen Bedingungen leben. Die Grenzbeamten der Regionalregierung halten sie allerdings oft unter bürokratischen Vorwänden oder mit der Lüge, dass sie in Rojava nicht erwünscht wären, von der Rückkehr ab. Offenbar soll auch auf diese Weise Rojava diskreditiert werden.

Ich, Gisela Penteker, habe in Hewlêr eine Organisation besucht, die normalerweise Rückkehrer berät, Qualifizierungen durchführt und Sprachkurse für den Familiennachzug. Auf dem Gelände sind auch das Goethe-Institut, die Malteser und das Technische Hilfswerk. Die eigentliche Arbeit ist zum Erliegen gekommen. Die meisten Mitarbeiter haben das Land verlassen. Mit Spendengeldern, besonders aus Niedersachsen, beteiligen sie sich mit Essens- und Hygienepaketen an der Versorgung der Flüchtlinge in Hewlêr in Absprache mit der Barzanî-Regierung.

Immer noch leben in Hewlêr viele Flüchtlinge in Schulen, Kirchen und Moscheen. Nur einige Schulen konnten zu Schulbeginn wieder in Betrieb genommen werden. Die Versorgungslage ist auch hier schlecht. Die internationale Hilfe erreicht die Flüchtlinge nur tropfenweise. Der UNHCR-Apparat ist viel zu träge und bürokratisch. Meine Gesprächspartner erklären: Die Barzanî-Regierung tut, was sie kann, ist aber nicht wirklich handlungsfähig, da seit Monaten die Gelder aus Bagdad ausbleiben und die eigene Ölproduktion noch nicht ausreichend angelaufen ist.

Angesichts der desolaten Versorgungssituation und der anhaltenden Kämpfe machen sich viele Flüchtlinge auf den gefährlichen Weg übers Meer nach Europa. Die Zahl derer, die dabei ums Leben kommen, steigt. Wenn sie es bis nach Europa schaffen, müssen sie um ihren Aufenthalt kämpfen, anstatt bei Freunden und Verwandten aufgenommen zu werden, um eine gewisse Ruhe zu finden.

Die Hilfsorganisationen aus Rojava berichten: »Wir haben êzîdische Kinder und Frauen sterben und vor unseren Augen verdursten sehen. Während unserer Hilfsaktionen wurden wir ununterbrochen vom IS beschossen.« Des Weiteren wurde uns berichtet, dass der Weg für die Überlieferung von Gütern, sprich Lebensmittel und alle anderen notwendigen Materialien, sehr gefährlich ist. Bisher haben die Hilfsorganisationen, welche in keiner Weise von staatlichen oder anderen Organisationen unterstützt werden, 56 LKW mit Hilfsgütern nach Şengal gebracht. Die Fahrer müssen in den 7 Stunden Fahrtzeit dauerhaft damit rechnen, getötet zu werden, da sie unter Dauerbeschuss durch den IS stehen. Bei einem LKW wurden die Reifen zerschossen – dieser liegt immer noch brach.

Türkei und PDK verhindern jegliche Transporte wichtiger Hilfsgüter. Das Embargo und die Nicht-Anerkennung der Selbstverwaltungsstrukturen von Rojava sind ein großes Problem, auch und vor allem zurzeit für die zehntausend Flüchtlinge. Êzîdische Flüchtlinge bezeichnen das Vorgehen der PDK in Şengal als Verrat – die Peschmerga hatten sich vor den Angriffen des IS kampflos zurückgezogen und ihnen zum Teil vorher noch die Waffen abgenommen.

Ohne den Einsatz der YPG und HPG hätte es ein weit größeres Massaker gegeben – dessen sind sich alle Betroffenen bewusst.

Es ist ein Armutszeugnis, dass es nicht gelingt, die Flüchtlinge vor Ort menschenwürdig zu versorgen. Waffen an die PDK-Regierung kommen an, humanitäre Hilfe nicht. ♦



Die Delegation besuchte das Flüchtlingslager Newroz im Kanton Cizîrê, dem östlichsten der drei Kantone Rojavas Foto: Delegation

Warum wir an der Seite des Widerstands von Kobanê zu stehen haben

Wir verdanken es den Kämpferinnen

Arzu Demir, Yeni Özgür Politika PolitikArt

Wir alle unter dem Firmament lebenden Frauen, von Istanbul bis Colemêrg (Hakkâri), von Argentinien bis China, haben ihnen zu danken. Wir alle schulden ein Leben. Wir verdanken es den Guerillas der YPJ und YJA Star, dass sie uns zeigen: Überall auf der Welt haben Frauen die Möglichkeit eines anderen Lebens. Es ist unsere Pflicht, an der Seite des Widerstands von Kobanê zu stehen, an der Revolution teilzunehmen!

Gemeinsam an einem Ort in Cezaa unsterblich geworden ...

Im Gedenken an zehn Kämpferinnen der YPJ

Wir alle unter dem Firmament lebenden Frauen, von Istanbul bis Colemêrg (Hakkâri), von Argentinien bis China, haben ihnen zu danken.

Ob wir uns dessen bewusst sind oder nicht, jede von uns schuldet ein Leben.

Wir schulden es denen, die gegen den barbarischen Islamischen Staat (IS) kämpfen, den Guerillas der YPJ *[»Frauenverteidigungseinheiten« in Rojava]* und YJA Star *[»Einheiten der Freien Frauen Ishtar«]* in Kobanê (Ain al-Arab), Şengal (Sindschar), Cezaa, Serê Kaniyê (Ras al-Ayn), Rabia, Maxmur, Kerkûk. Im wahrsten Sinne des Wortes schulden wir es ihnen.

Weil sie ihr Leben opfernd den Widerstand fortgesetzt haben, sind wir noch am Leben. Denn die dschihadistische Organisation IS, gegen die sie kämpften, hat schon tausende Male gezeigt, dass sie der Feind aller bisherigen errungenen Werte der Menschheit ist. Diese dschihadistische Schergenorganisation bringt nicht nur überall Leid und Tod, sondern sie versucht auch, jede menschliche Würde zu entwerten.

Als sie in ar-Raqqa eingedrungen sind, haben sie als Erstes eine Frau mit einer 5 000 Jahre alten Methode, nämlich durch Steinigung, ermordet. Die Fotos der Steine werfenden Männer mit dunklen Gesichtern und langen Bärten gingen um die Welt. Jene Steine galten nicht nur der des »Ehebruchs« beschuldigten Frau. Im Grunde gelten sie allen Frauen der Welt, die selbstbestimmt leben wollen. Sie galten uns allen!

Als sie in Şengal eingedrungen sind, haben sie tausende von Frauen und Mädchen entführt. Die Frauen und Männer, die nur durch die Hilfe der Guerilla befreit werden konnten, wurden auf ihrer Flucht begleitet vom Wehklagen der Alten und Kinder, die den Weg in Richtung Rettung nicht schaffen konnten.

Immer noch ist das Schicksal von rund 5 000 Frauen und Mädchen ungewiss. Doch es ist nicht schwer zu erahnen, was ihnen wohl widerfahren ist.

Es reichen die Worte einer 24-jährigen jungen Frau, um eine Vorstellung davon zu bekommen, was den Frauen passiert, die in die Hände der Barbaren des IS fallen *[Anm. d. Ü.: Einem Bericht zufolge konnte die mit weiteren Frauen vom IS aus Şengal Entführte von ihrem versteckten Handy aus kurzzeitig ihre Familie anrufen.]*: »Um Gottes willen, gebt den Ort, an dem wir gefangen sind, an die Kriegsflugzeuge weiter, damit sie uns bombardieren und wir endlich aus dieser erbärmlichen Lage erlöst werden.«

Tausende Frauen und Kinder wurden von den Barbaren des IS vergewaltigt, auf den SklavInnenmärkten verkauft, ermordet und in den Selbstmord getrieben.

Eben aus diesem Grunde müssen wir uns gegenüber den Kämpferinnen verpflichtet fühlen, die nicht bloß für den Schutz eines Stückchen Landes, sondern für die gesamten Werte der Menschheit kämpfen.

Erinnern wir uns an den Aufschrei von Nur, einem der Opfer von Abu Ghraib, in einem Brief vom 10. April 2004 aus dem Gefängnis:

»Greift dieses Gefängnis mit allen Waffen an, die Ihr in die Hände bekommt! Tötet sowohl sie als auch uns! Wir sind schon lange bereit zu sterben. Macht hier alles dem Erdboden gleich! Viele von uns sind schwanger! Ich flehe Euch an: Kommt und erlöst uns! Um Euch, unsere Familien und unser Land nicht noch weiter zu beschämen, wollen wir sterben! Tötet uns!«

Damals waren die amerikanischen SoldatInnen die Vergewaltiger, heute ist es der IS, der von den USA wie ein Frankenstein*[monster]* in den Mittleren Osten geschickt worden ist.

In den 1990ern wurden mehr als 20 000 Frauen in Bosnien als Teil der »ethnischen Säuberung« vergewaltigt. Diese Strategie der »Rassenschändung« führte dazu, dass die Frauen, die durch die Vergewaltigungen schwanger geworden waren, schwere Traumata erlebten.



Frauenaktion in Istanbul für Kobanê Foto: DIHA

Auch die Vergewaltigungen der sogenannten »Friedenstruppen« der NATO, die mit ihren Taschen voller Kondome in ihre Einsatzländer geschickt werden, sind unvergessen.

Die Worte einer sich gegen den Bau einer Militärkaserne in Pîran (Lice) widersetzenden kurdischen Frau sind die Kurzfassung des 40-jährigen schmutzigen Krieges in Kurdistan: »Jedes Mal, wenn wir diese Kasernen sehen, erinnern wir uns an die erlittene Folter und die Vergewaltigungen. Wir wollen sie nicht.«

Sicher lässt sich Leid nicht vergleichen. Aber dieses Mal ist die Gefahr weit größer. Diese Gefahr drückt sich nicht in der Übermacht der Waffen oder der Unterstützung des IS durch reaktionäre, ausbeuterische Länder und imperialistische Staaten gegen die Volksverteidigungseinheiten aus. Die Gefahr drückt sich darin aus, dass das Ziel des IS, der gegen das kurdische Volk und seine FreundInnen Krieg führt, die Vernichtung der Frauenrevolution in Rojava ist. Deshalb ist die Gefahr weit größer. Seit dem 15. September versuchen sie durch den Fall Kobanês eigentlich die Revolution von Rojava und den Keim neuen Lebens im Mittleren Osten zu ersticken. Dieses neue Leben ist ein Leben für die Frauen und für die Völker. Eine Revolution, die den Frauen im Gesellschaftsvertrag und in jeder kleinsten Zelle des Lebens eine gleichberechtigte Stellung von militärischen bis politischen Institutionen zuerkennt.

Sicher waren Frauen an allen Revolutionen beteiligt. In der Pariser Kommune fiel als Letztes die Barrikade der Frauen und Frauen räumten als Letzte die Stellung. Wer kann schon die Frauen vergessen, die bei der Verteidigung von Stalingrad, von Moskau dabei waren?

Frauen waren an allen Revolutionen beteiligt. Aber bei der Revolution von Rojava schufen und schaffen sie Gesetze und Institutionen, die »im Krieg und im Frieden ihre Existenz als Frau sicherstellen«. Weit wichtiger ist zudem ihr Kampf um die Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen auf gleichberechtigter und freiheitlicher Ebene. Es ist nicht nur der Kampf an der Front und in der Partei, sondern auch der für die Schaffung einer gleichberechtigten und freiheitlichen Ordnung in der Beziehung von Frau und Mann im Haus. Anders ausgedrückt: Sie tragen die Revolution in die Häuser und in die Küchen.

Als Arîn Mîrkan in Kobanê ihren Körper als Waffe einsetzte und den Banden entgegentrat, hat sie nicht nur eine Stadt oder das Fleckchen Erde geschützt. Sie hat ihr Leben für ihren Traum, die Frauenrevolution von Rojava, geopfert.

Wir Frauen, überall auf der Welt, verdanken es daher den Guerillas der YPJ und YJA Star, die es uns gezeigt haben, dass ein anderes Leben möglich ist.

Wir verdanken es ihnen, dass sie uns das Paradies auf Erden aufzeigen.

Es ist darum unsere Pflicht, an der Seite des Widerstands von Kobanê zu stehen, an der Revolution teilzunehmen! ♦

Suphi Nejat Ağırnaslı:

»Er sah in der Verteidigung von Kobanê eine sozialistische Pflicht«

Zeynep Kuray, Firatnews, 20.10.2014

Suphi Nejat Ağırnaslı (Paramaz Kızılbaş), Mitglied der MLKP (Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei in der Türkei), ist am 5. Oktober 2014 in den Reihen der Volksverteidigungseinheiten YPG im Kampf gegen den IS in Kobanê gefallen. Die Nachrichtenagentur Firatnews (ANF) hat mit seinem Vater Hikmet Acun über seine Lebensgeschichte gesprochen, seine Kindheit in Deutschland, der Türkei und seinen Weg nach Kobanê.



Demonstration in Istanbul mit Bildern von Suphi Nejat Ağırnaslı Foto: DIHA

Suphi Nejat war fünf Jahre alt, als seine Eltern als politische Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Die Grund- und Mittelstufe hatte er in Düsseldorf abgeschlossen. Hikmet Acun betonte, dass Nejat nicht nur sein Sohn war, sondern gleichzeitig auch ein Genosse und sein Tod eine Botschaft an die Linke der Türkei darstelle: »Als internationalistischer Revolutionär meinte er, müsse man in Kobanê sein. Er sah die Verteidigung von Kobanê als Pflicht für alle Sozialisten.«

Wie haben Sie das Leben in Deutschland erlebt?

Es ist sehr schwer als Flüchtling in einem Land zu leben. Dass es in den 1960er Jahren dort türkische Bewohner gab, war für uns ein Vorteil, aber gleichzeitig auch ein Handikap. Denn die dortige türkische Bevölkerung lebte im Ghetto. Wir sind bewusst nicht dorthin gezogen. Aus diesem Grund hatte Nejat in diesen Jahren keine türkischen Freunde. Seine Freunde waren im Allgemeinen Polen oder Deutsche. Er ist mit ihnen gemeinsam aufgewachsen.

Was für ein Kind war Nejat?

Nejat war sehr aktiv. Er war sehr intelligent. Er hat auf eine andere Art gedacht als andere. Seine Schulzeit war sehr erfolgreich. Ohne für seine Klausuren zu lernen, hatte er immer gute Noten. Ich wollte, dass er Medizin studiert, aber Nejat sagte, dass es auf der Welt andere Probleme gebe, und ging so seinen eigenen Weg.

Wie hat der Prozess der Politisierung begonnen?

So wie wir keinen Einfluss auf seine Politisierung hatten, haben wir auch nichts dagegen getan, um ihn von der Politik fernzuhalten. Aber da in der Familie sowieso eine politische Atmosphäre herrschte, hat er früh Interesse an Politik gefunden. Dieses Interesse betraf zunächst, anstatt der politischen Situation in der Türkei, mehr die allgemeine politische Lage. Später, als er 18, 19 Jahre alt war, hat er begonnen sich mit der politischen Lage der Türkei auseinanderzusetzen. Er begann, Fragen über die Phase des 12. September *[Anm. d. Übers.: gemeint ist der Militärputsch vom 12. September 1980]* und die revolutionären Bewegungen zu stellen. Zum Beispiel begann er, ernste Fragen zu stellen wie »Wie war die revolutionäre Bewe-

gung der Türkei? Warum ist der 12. September so geschehen? Gab es denn nie revolutionäre Erfahrungen in diesem Land? Wird man immer der Niederlagen gedenken? War der 12. September immer eine Niederlage? Gab es keinen historischen Hintergrund?«. Er hat sich seinen Kopf darüber gemacht, dass er nach der Rückkehr in die Türkei über Erfahrungen von Landbesetzungen, Gewerkschaften, Kooperativen der revolutionären Bewegungen in der Türkei forschte.

War es seine eigene Entscheidung, in die Türkei zurückzukehren?

Ja. Denn Nejat hat innerhalb der deutschen Linken gearbeitet. Er hat eine Zeit in der Deutschen Kommunistischen Partei gearbeitet, doch er konnte das, was er wollte, dort nicht finden. Später hat er in autonomen Gruppen gearbeitet. Mit ihnen hat er eine Zeit lang in Kommunenhäusern gelebt. Doch Nejat hat aus seinen Untersuchungen den Schluss gezogen, dass in Deutschland mit der Liquidierung der RAF die Möglichkeit für Widerstand im wirklichen Sinne aufgehoben worden sei. Er ist zu dem Schluss gekommen, dass von den Gewerkschaften nichts zu erwarten sei, es keine Organisierungen gebe, die darüber hinausgehen, den Kapitalismus zu erhalten. Er kam sogar zu der Feststellung, dass die Organisierungen nicht radikal-revolutionär sind, sondern den Kapitalismus bereichern. Aus diesen Gründen war er hoffnungslos. Trotz seines überdurchschnittlichen Schulabschlusses und der Möglichkeit, an seiner Wunschuniversität zu studieren, ist er Hals über Kopf in die Türkei zurückgekehrt. Dort hat er an der Boğaziçi-Universität (in Istanbul) begonnen, Soziologie zu studieren.

Warum, denken Sie, hat er den Schlüssel zur Lösung in der Türkei gefunden?

Die Türkei ist problematischer, brenzliger und dynamischer. Nejat war gleichzeitig auch ein sehr guter Theoretiker. Das sage nicht ich, sondern seine Professoren, die seine Diplomarbeit betreuten. Nejat war ein Mensch mit einer anderen Intelligenz. Er war fähig, Fragen aus ganz anderen Blickwinkeln zu stellen. Zweitens war er auch ein Mensch, der das Gedankensystem, an das er glaubt, objektiv zu hinterfragen. Er beherrschte die marxistische Theorie, denn er war ein Junge, der nicht die Übersetzungen zum Marxismus gelesen hatte, sondern deutsche Originale. Ich erinnere mich; er ließ Engels und Marx sprechen wie zwei lebendige Menschen. Während er Engels gelesen hat, sprach und diskutierte er, als ob ihm gegenüber ein lebendiger Mensch saß.

Wie hat er die revolutionären Kreise kennengelernt?

Als er nach Boğaziçi gegangen ist, hat er um sich einen revolutionären Kreis aufgebaut. Mit seinen Freunden hat er in Boğaziçi zu Themen wie den Werften in Tuzla, der Ermordung von Hrant Dink unter dem Namen »Wir hinterfragen die Dunkelheit« sehr wichtige und schöne Veranstaltungen und Arbeiten hervorgebracht. Dann hat er später während seines Masterstudiums entschieden, nach Kandil zu gehen.

Hat er in dieser Phase begonnen, sich mit der kurdischen Frage auseinanderzusetzen?

Sowohl von uns als auch von ihm selbst gab es ein großes Interesse und eine große Sympathie für die kurdische Bewegung. Es ist klassisch bei der Linken in der Türkei, dass wir, statt die kurdische Bewegung zu unterstützen, unsere eigene Bourgeoise unterstützen. Wir haben mit diesem Blickwinkel sehr schnell gebrochen. Nejat hat über uns sehr früh die Kurden kennengelernt. In seiner Politisierungsphase hatte er sie sowieso schon gekannt. Er war ein Mensch, der die Ideen der kurdischen Bewegung gut verstanden hat. Doch Nejat hat nie über das Kurdischsein eine Beziehung zur kurdischen Bewegung aufgebaut. Denn Nejat war Kommunist. Aus diesem Grund hat er sich das von der kurdischen Bewegung repräsentierte gesellschaftliche Projekt angeschaut. Zum Beispiel ist Nejat in einer Phase nach Kandil gegangen, in der er die kurdische Bewegung am radikalsten kritisierte. »Die Kurden haben de facto eine Revolution geschaffen, haben jahrelang gekämpft und haben sich im Prozess immer gewandelt. Aus diesem Grund schaue ich nicht auf die Kurden, sondern auf ihre Aktionen«, sagte er.

Lag dieses Denken seinem Weg nach Kobanê zugrunde?

Nejat ist nach Kobanê gegangen, um sich das von den Kurden geschaffene gesellschaftliche Projekt anzunehmen. Das von den Kurden aufgebaute gesellschaftliche Projekt ist ein Projekt, das auch den Mittleren Osten befreien wird. Dieses Projekt kann auch in die Türkei getragen werden und hier vieles verändern. Der IS greift sowieso die Kurden über die Imperialisten und die Türkei an, um dieses Projekt zu vernichten. Nejat ist gerade wegen diesem Aspekt zur Unterstützung des Widerstands nach Kobanê gegangen. Als internationalistischer Revolutionär meinte er, müsse man in Kobanê sein. Er sah in der Verteidigung von Kobanê die Pflicht aller Sozialisten. Er dachte, dass alle Menschen, welche sich als Revolutionär bezeichnen, sich das von den Kurden realisierte Projekt in Rojava annehmen müssen. Nejat sagte, dass, wenn man sterben müsse, man dort sterben sollte, und mit seinem Tod hat er dies bewiesen. Für ihn pochte das Herz des Internationalismus dort und er sagte, wenn wir die Geschichte erobern, wird dies dort geschehen.

Wussten Sie, dass er nach Kobanê gegangen war?

Nein, keiner wusste das. Weder als er nach Kandil noch als er nach Kobanê gegangen ist, hat er uns irgendetwas gesagt. Als er zum Beispiel nach Kobanê gehen wollte, soll er seinen Freunden gesagt haben, dass er nach Costa Rica gehen würde, um sein Spanisch zu verbessern. Nejat ist in diesem Sinne leise und unauffällig zum Kämpfen gegangen. Er war keine Persönlichkeit, die das Revolutionärsein zur Schau stellte. Auf der einen Seite war er ein Mensch, der sehr realistisch, fröhlich war und die Welt nicht sehr ernst nahm, auf der anderen Seite war er so ernsthaft, als ob er alle Probleme der Welt lösen müsse. Nejat war ein Mensch, der sehr er selbst war. Mit seinen Freunden hat er niemals oberflächliche Beziehungen aufgebaut. Er war nur er selbst. Er ist selbst nach Kobanê gegangen und hat dort in den Reihen der YPG gekämpft. In Nejats Denken gab es auf der Welt Subjektivität und Willen. Er dachte, dass man den Willen auf jeden Fall organisieren müsse. Das Datum seines Schritts nach Kobanê war wie ein Ruf zur Rückkehr. Wenn du dir diesen Moment aneignest, kannst du die ganze Welt verändern. Dem revolutionären Geist liegt das gute Verstehen dieses Moments zu Grunde und die Bereitschaft, diesen Moment einzufangen. Aus diesem Grund hatte Nejat gegenüber den Kurden sehr großen Respekt. Er hat die revolutionäre Intelligenz der Kurden besonders verehrt.

Wann haben Sie die Nachricht von seinem Tod erhalten?

Zuerst kam die Nachricht, dass Paramaz gefallen ist; dann habe ich es erfahren. Seine Mutter wusste es nicht. Seine Mutter ist eine Frau, die viele Tode erlebt hat, ihre Genossen wurden am 12. März erhängt, Deniz und seine Freunde wurden erhängt *[Anm. d. Übers.: Deniz Gezmiş]*. Sie ist eine Frau, die viel Leid gesehen hat. Aber wir bleiben auf den Beinen, denn wir haben von den Kurden gelernt, dass das Leid politisiert werden muss. Denn die Kurden haben in jedem Haus drei, vier Gefallene. Sie sagen nicht: »Wir sind gestorben, fertig, der türkische Staat hat gewonnen«, sie sehen diese Situation als Folge des Kriegs, des Widerstandes an und begegnen ihm mit Standhaftigkeit. Sie sagen es nicht wie die Linke in der Türkei: »Wir sind gestorben, nur die Hälfte ist geblieben.« Die Kurden wissen woher und wie der Tod kommt, sie haben ein politisches Bewusstsein. Natürlich, es ist mein Sohn und ich habe große Schmerzen, doch es gibt auch den Genossen Nejat, ihm will ich kein Unrecht tun. Es war sein Wunsch, er wusste und ist bewusst gegangen, er hat gekämpft und ist gestorben. Das Einzige, was ich tun kann, ist dahinterzustehen. Wie er in seinem Abschiedsbrief erklärte, ist Nejat weder ein Held noch eine Ausnahme, er ist ein gewöhnlicher Mensch.

Warum hat er den Codenamen Paramaz gewählt?

Als Nejat die armenische Frage kennenlernte, war er 14 Jahre alt. Er hat in dieser Zeit nach armenischen Revolutionären wie Paramaz recherchiert. Es ist kein Zufall, dass er diesen Namen gewählt hat, denn er kannte sich sehr gut mit der armenischen und osmanischen Geschichte aus. Er dachte, dass das Revolutionäre nicht mit Mustafa Suphi, sondern mit Paramaz begann.

Haben Sie seinen Leichnam begraben können?

Das Gefecht dauerte bis in den Morgen, damit sich die YPG-Genossen zurückziehen konnten, sind drei Kämpfer vorn geblieben. Es war eine Art Aufopferungsaktion. Später ist seine Leiche in die Hände des IS gefallen, aber mit der Wiedereinnahme des Hügels *[vor Kobanê]* durch die Kämpfer der YPG bekommen wir vielleicht in den nächsten Tagen eine Nachricht über seinen Verbleib. Wenn wir eine Nachricht erhalten, sind wir uns noch nicht sicher, ob wir ihn in die Türkei holen. Ich weiß nicht, was seine Mutter darüber denkt, aber meinem Herzen liegt der Wunsch nach einer Beerdigung auf einem Märtyrerfriedhof in Kobanê nahe. Für mich ist das noch wertvoller und für die Bevölkerung von Kobanê ist es eine Quelle der Ehre.

Hätte er das auch so gewollt?

Nein, Nejat wollte sicher kein Grab und er würde es uns übel nehmen, würden wir ein *[Märtyrer-]*Grab machen. Ich weiß das gut, denn Nejat ist nicht nur mein Sohn, sondern gleichzeitig auch mein Genosse.

Heute dauert in Kobanê ein großer Widerstand an und Nejat sah in der Verteidigung von Kobanê eine Pflicht aller Sozialisten. Finden Sie, dass die Sozialisten in der Türkei dieser Pflicht gerecht werden konnten?

Der Schritt von Nejat dorthin ist keine Besonderheit, auch sein Kampf ist nichts Besonderes. Jeder kann kämpfen. Nicht nur Mutige kämpfen, auch Menschen ohne Mut sind in bestimmten Phasen gezwungen zu kämpfen. Eine Waffe zu benutzen und zu kämpfen, macht einen Menschen nicht mutig, und macht ihn außerdem auch nicht zu einem guten Menschen. Es gibt auch nicht so ein Maß, dass jeder Mensch, der kämpft, gut ist. Zu kämpfen macht schlechte Menschen auch nicht gut. Ich komme hier auf Folgendes: Nejat hat mit seinem Tod der linken Bewegung in der Türkei eine Botschaft gegeben. Er hat ihr einen Spiegel vorgehalten. ♦

Aufarbeitung der Vergangenheit und Kolonialismus:

Ein dekolonialer Blick auf die kurdische Frage

Özgür Sevgi Göral, Zentrum für Wahrheit, Gerechtigkeit, Erinnerung

I. Marc Nichanian schreibt, dass der Genozid nicht von überlebenden Zeug*innen erzählt werden könne, da Genozid nicht nur die Menschen auslöscht, sondern zugleich ihre Zeug*innenschaft und ihre Sprache.[1] Folgt man Nichanian, so besteht die Katastrophe, die aus dem Genozid an den Armenier*innen resultiert, auch in der Vernichtung von Sprache und der Beseitigung von Zeug*innenschaft. Die Katastrophe ist (folgender Begriff wäre in einem Atemzug zu lesen:) »das Ereignis-ohne-Zeug*innen«. Zweifelsohne meint Genozid in vielerlei Hinsicht eine einzigartige Form der Gewalt, doch hinsichtlich der zerstörerischen Auswirkungen der Gewalt auf Zeug*innenschaft lassen sich sehr wohl Vergleiche anstellen. So gelangt auch der von Nichanian selbst zitierte Sozialwissenschaftler Idelber Avelar ausgehend von den Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Folterpraktiken in Lateinamerika zu einem ähnlichen Ergebnis.

Staatliche Gewaltakte dieser Art richten sich immer auch auf eine Beseitigung von Zeug*innenschaft, und Folter ist keine Erfahrung, die sich innerhalb der Grenzen der Sprache beschreiben ließe. Folter bedeutet eben auch eine Zersplitterung der Sprache.[2]

Da systematische staatliche Gewaltpraktiken zugleich die Zeug*in oder eine potentielle Zeug*innenschaft zerstören, handelt es sich um Praktiken, über die zu sprechen beinahe aussichtslos und die wiedergutzumachen schlechthin unmöglich scheint.

Außergewöhnlich klar schlägt uns dieser Umstand bei der ersten Generation von Zeug*innen des 2. Weltkrieges entgegen. Die Opfer von nationalsozialistischer Gewalt und Überlebenden des Holocaust – unter denen in der Türkei Primo Levi der bekannteste ist – fassen die Gewalt und Zerstörung, die sie erlebten, als »Zeug*innen« in Worte, die sich vielleicht als »melancholisches Erinnern« bezeichnen ließen. Damit verweisen diese Autor*innen, die überwiegend ihr Leben durch den Freitod beendeten, auf zwei Aspekte: erstens auf die notwendigerweise fragmentarische Art, das Erlebte in Worte zu fassen, zweitens darauf, dass keine Form des Schreibens dem vom Erlebten hervorgerufenen Horror je gerecht werden könnte.[3] Die erlebte Gewalt ist von einer solchen Beschaffenheit, dass sie nicht nur nicht wiedergutgemacht, sondern nicht einmal hinreichend in Worte gefasst werden kann.

In welcher Form und auf welcher Grundlage kann man sich mit dieser kaum in Sprache zu fassenden Masse an Erfahrungen überhaupt auseinandersetzen? Ein wichtiger Teil der Antwort findet sich in Nichanians eingangs zitiertem Text. Eine Wiedergutmachung in dem Sinne, dass die Individuen, die solch intensiver Gewalt und Zerstörung ausgesetzt gewesen sind, wiedererlangen, was sie verloren haben, oder ein strenger, unmittelbarer Ausgleich für das in der Vergangenheit Geschehene erzielt wird, ist unmöglich. Sehr wohl möglich aber ist ein politischer Friede. Politischer Friede ist, bei aller Gefahr, zu einem »Theater der Zeug*innenschaft« auszuarten, den Geschädigten ihre Trauer zu rauben oder zu manipulieren, und bei aller Tendenz, neue Formen von Herrschaft hervorzubringen, dennoch eine Möglichkeit, die nicht in Bausch und Bogen verdammt werden sollte.[4]

Der Begriff des politischen Friedens bildet auch die Grundlage der sogenannten Transitional Justice – eines Konzeptes, das seit geraumer Zeit als eine Methode zur Aufarbeitung der Vergangenheit mittels bestimmter Mechanismen entwickelt wird. Transitional Justice besteht aus der Einrichtung von Mechanismen zur Bewältigung einer Reihe von Aufgaben: Umsetzung bestimmter Forderungen nach Rechten und Gerechtigkeit auf politischer Ebene; gezielte Transformation staatlicher

1 Marc Nichanian, »Edebiyat ve Felaket« (Literatur und Katastrophe), İletişim Yayınları, İstanbul, 2011, S. 27.

2 Idelber Avelar, »The Letter of Violence. Essays on Narrative, Ethics, and Politics«, Palgrave McMillan, New York, 2004, S. 47.

3 Özgür Sevgi Göral, »Geçiş Dönemi Adaletinde Hatırlamanın Önemi« (Die Bedeutung des Erinnerns in der Transitional Justice), in: »Kürt Meselesinin Çözümüne İlişkin Algılar, Aktörler ve Süreç« (Wahrnehmungen, Akteure und Prozesse der Lösung der kurdischen Frage), Heinrich Böll Sitftung/Diyarbakır Siyasal ve Sosyal Araştırmalar Enstitüsü (DİSA) Yayınları, 2013, S. 40.

4 Marc Nichanian, a. a. O., S. 210.

Strukturen; Verurteilung und Rechenschaft von Täter*innen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben; offizielle Anerkennung, dass und in welchem Ausmaße staatliche Gewalt stattgefunden hat, und in Verbindung damit eine Erneuerung des gesellschaftlichen Erinnerns, das nun auch neue Narrative aufzunehmen hat. Es handelt sich bei diesen Mechanismen um eine umfassende Reihe von Vorschlägen, die von Wahrheitskommissionen bis zur Strafverfolgung, von institutionellen Reformen bis zu Orten des Erinnerns reichen und sowohl Wege und Methoden zur Auseinandersetzung mit staatlichen Gewaltpraktiken und systematischen, schweren Menschenrechtsverletzungen aufzeigen als auch konkrete Forderungen nach Rechten erfüllen sollen.[5] Die Vorschläge sollen einen Fahrplan für Länder darstellen, die in ihrer Vergangenheit Völkermord, Militärputsch, bewaffnete Konflikte oder autoritäre Regime erlebt haben und sich nun mit diesen Erfahrungen auseinandersetzen. Die Auseinandersetzung mit schweren und systematischen Rechtsverletzungen und ausufernder staatlicher Gewalt kann nur mithilfe von speziellen Vorkehrungen und Mechanismen gelingen. Inwiefern sie überhaupt gelingen kann und die solcher Gewalt ausgesetzten Individuen zufriedenzustellen vermag, bzw. in welchem Maße die Mechanismen der Transitional Justice die gestellten Forderungen nach Gerechtigkeit erfüllen, ist Gegenstand einer nicht endenden Debatte und kritischen Hinterfragens.

II. Der ethno-politische Konflikt, der in der Türkei als »Kurd*innenproblem« bezeichnet wird, hat über die letzten 40 Jahre auf prägnante Weise die verschiedenen staatlichen Institutionen sowie die Gesamtheit des politischen und gesellschaftlichen Raumes determiniert und geformt. Am 15. August 1984 machten die bewaffneten Kräfte der Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiter*innenpartei Kurdistans – PKK) durch bewaffnete Aktionen in Dihê (Eruh) und Şemzînan (Şemdinli) von sich reden. Die PKK-Bewegung wurde zunächst von den staatlichen Institutionen als »Handvoll Räuber*innen« (çapulcu) bezeichnet, konnte jedoch von Anfang der 80er bis Ende der 90er Jahre in Kurdistan ihre politische Massenbasis verbreitern und gleichzeitig mit ihren militärischen, politischen und kulturschaffenden Einheiten im türkischen Kurdistan zum militantesten und einem der bedeutendsten politischen Akteure werden.[6] Die PKK unterschied sich von den bisherigen kurdischen Aufständen und markierte in zweierlei Hinsicht eine Zäsur: Erstens differenzierte sie sich radikal vom romantischen Gestus der vorhergegangenen Periode, der die Unterjochung der Nation beklagt oder sich militant für Verfassungsreformen eingesetzt hatte. Zweitens verschrieb sich die PKK einer Widerstandskultur im Sinne Fanons und einer antikolonialen Gewaltstrategie, die behauptete, die kurdische Gesellschaft sei auch selbst verantwortlich für den Zustand der Sklaverei, in der sie lebte, und könne sich nur befreien, wenn die antikoloniale Gewalt eine Dimension enthalte, die sich gegen sich selbst richtete.[7] Ein solcher Aufruf zur antikolonialen Gewalt fand zunächst insbesondere unter den kurdischen Jugendlichen ein großes Echo; im Laufe der 90er Jahre errichtete die PKK-Bewegung eine Reihe verschiedener Institutionen, etablierte und behauptete sich als ein wichtiger Akteur im Kampf um das Schicksal der Kurd*innen und Kurdistans. Als politischer Akteur wurde die PKK durch den Staat mit harten und gewaltvollen Mitteln bekämpft. Seit die Bewegung sich geformt hatte, wurde sie mit einer zutiefst militaristischen Antwort in die Mangel genommen, und die türkischen Streitkräfte bekämpften die PKK mit all ihrer soldatischen Macht. Zwar lassen sich zwischen den verschiedenen staatlichen Akteuren manche Unterschiede aufzeigen, doch im Diskurs des Staates kam die PKK über die 90er Jahre hinweg nur als Räuber*innen und Terrorist*innen vor. Insbesondere die massenhafte Unterstützung aus der Bevölkerung versuchte dieser Diskurs zu ignorieren. Das Phänomen sollte in der offiziellen Sprachregelung in den Bereich der Sicherheitsproblematik eingehegt werden.[8] Trotz dieses Diskurses wurde aber seit Mitte der 80er Jahre auch immer wieder darüber verhandelt, wie mit der Massenbasis umzugehen sei, über die die PKK und die kurdische Bewegung verfügten. Es ging um die Unterscheidung in dem Staat gegenüber »loyale« Bürger*innen und »illoyale« Elemente, und diese Unterscheidung wurde nicht zuletzt im Dorfschützer*innensystem getroffen, das kurdische Bürger*innen als stehende Milizen im Kampf gegen die PKK bewaffnete. Mit diesem System sollten loyale Subjekte geschaffen werden und gleichzeitig sollte offen sichtbar gemacht werden, was Loyalität bedeute.[9]

Parallel zum Anwachsen der Basis und politischen Unterstützung der PKK in den 90er Jahren baute der Staat seine verschiedenen Gewalt- und Repressionsorgane aus und vertiefte deren Praxis. Staatliche Gewalt in den 90er Jahren verfügte über ein Repertoire von großer Breite und Vielfältigkeit. Ein wichtiges Charakteristikum war der gleichzeitige Einsatz verschiedener Gewaltformen. Die Mitarbeiter*innen, Führungskräfte und – wie im Beispiel Mehmet Sincars – Abgeordneten kurdischer politischer Parteien wie der Arbeitspartei des Volkes (HEP) und der Demokratiepartei (DEP) wurden ermordet,

5 Murat Çelikkan, »Hakikat, Adalet, Hafıza ve Barış Süreci« (Wahrheit, Gerechtigkeit, Erinnerung und der Friedensprozess), http://www.hakikatadalethafiza.org/duyuru.aspx?NewsId=210&LngId=1, aufgerufen am: 22.04.2014.

6 Mesut Yeğen, »Son Kürt İsyanı« (Der letzte kurdische Aufstand), İletişim Yayınları, İstanbul, 2011, S. 36–37.

7 Hamit Bozarslan, »Einleitung«, »Türkiye'de Siyasal Şiddetin Boyutları« (Die Dimensionen politischer Gewalt in der Türkei), İletişim Yayınları, İstanbul, 2014, S. 25.

8 Mesut Yeğen, »Devlet Söyleminde Kürt Sorunu«, İletişim Yayınları, İstanbul.

9 Evren Balta Paker, »Dış Tehditten İç Tehdide: Türkiye'de Doksanlarda Ulusal Güvenliğin Yeniden İnşası«(Von der äußeren Bedrohung zur inneren Bedrohung: Die Rekonstruktion der nationalen Sicherheit in der Türkei der 90er Jahre), in: Paker, E. Balta und İsmet Akça (Hrsg.), »Türkiye'de Ordu, Devlet, ve Güvenlik Siyaseti«, İstanbul Bilgi Üniversitesi Yayınları, İstanbul, 2010, S. 416.

Siedlungsgebiete wurden zwangsevakuiert und Millionen von Menschen zur Migration gezwungen. Durch paramilitärische Verbände wie die Anti-Terror-Einheiten des Gendarmerie-Aufklärungsdienstes, die islamistische Hizbullah und andere wurden Tausende von Menschen, die der kurdischen Bewegung nahestanden, außergerichtlich hingerichtet, und weitere Tausende, denen Miliztätigkeit für die PKK vorgeworfen wurde, verschwanden spurlos und für immer. Insbesondere die erzwungene Flucht, die illegalen und willkürlichen Hinrichtungen und das Verschwindenlassen stehen als drei schwerwiegende staatliche Gewaltpraktiken, die die 90er Jahre prägten.[10]

Über die 80er, 90er und 2000er Jahre hinweg wurden die Körper, Lebensräume, die Sprache, der Besitz, die Sozialbeziehungen und die Würde der kurdischen Gesellschaft auf verschiedene Weisen angegriffen, manipuliert, stigmatisiert und vernichtet. Die Post-Junta-Gewaltpraktiken der 80er Jahre, die physischen Vernichtungspraktiken der 90er Jahre und die legalistische und bürokratische Repression der 2000er Jahre akkumulierten und potenzierten sich und ließen jeweils Raum für weitere, kontinuierliche Gewaltpraktiken.[11] Vor allen Dingen wurden all diese Gewaltpraktiken von allen gesellschaftlichen Gruppen der Türkei außer den Kurd*innen bestenfalls durch Schweigen quittiert, schlimmstenfalls aber gutgeheißen und unterstützt. Die Zeitgeschichte verlief in Kurdistan anders als in den anderen Gebieten der Türkei.

III. Seit fast zwei Jahren herrscht Waffenruhe. Schon der Name ist kontrovers: Ist es ein Friedensprozess, ein Lösungsprozess oder ein Verhandlungsprozess? Fest steht: Erst einmal schweigen die Waffen. Zum ersten Mal hört die türkische Gesellschaft in so offenen Worten, dass mit dem PKK-Führer Abdullah Öcalan Gespräche auf offizieller Ebene stattfinden. Sie wissen jetzt, dass er ein Verhandlungspartner ist. Ein potentieller »politischer Friede« könnte das Ergebnis dieser Verhandlungen sein. Ich behaupte, dass ein solcher Friede erst Wurzeln schlagen kann, wenn Mechanismen der Transitional Justice in Bewegung gesetzt werden und einen teilweise dekolonisierenden Effekt ausüben können. Damit der »Friedensprozess« eine wirkliche transformatorische Kraft entfalten kann, müssen bestimmte Forderungen nach Rechten und Gerechtigkeit anerkannt und ihre Erfüllung garantiert werden. Gleichzeitig muss die auf der Überlegenheit des Türk*innentums aufbauende politische Mechanik zerbrochen und eine partielle Dekolonisation durchgeführt werden.

10 Özgür Sevgi Göral, Ayhan Işık, Özlem Kaya, »Konuşulmayan Gerçek: Zorla Kaybetmeler« (Die unausgesprochene Wahrheit: Gewaltsames Verschwindenlassen), Hakikat Adalet Hafıza Merkezi Yayınları, İstanbul, 2013, S. 16–18.

11 Nicole F. Watts, »Sandıkla Meydan Okumak-Türkiye'de Kürtlerin Siyasi Yolculuğu« (Herausforderung durch die Urne – der politische Weg der Kurd*innen in der Türkei), İletişim Yayınları, İstanbul, 2014, S. 144–166.

Johan Galtung unterteilt Gewalt in kulturelle, strukturelle und unmittelbare Gewalt.[12] Da unmittelbare Gewalt und Formen der kulturellen Gewalt, d. h. außerrechtliche gewaltvolle Handlungsroutinen und offene Gewaltpraktiken sowie diskriminierende, rassistische und assimilatorische kulturelle Gewaltpraktiken, einander ergänzten, hat sich im Kontext der kurdischen Frage ein sehr starkes Geflecht struktureller Gewalt gebildet. Diese systematische Komplementarität von Staatsgewalt und institutionalisierten rassistischen Praktiken fordert uns dazu auf, die Politiken und Begriffe des Kolonialismus und Postkolonialismus im Kontext Kurdistans zu denken. Bis dato haben sehr viele kurdische politische Bewegungen – einschließlich der PKK – Kurdistan begrifflich als eine Kolonie gefasst und die Notwendigkeit, zu antikolonialer Gewalt zu greifen, aus dieser Analyse abgeleitet. Seit den wegweisenden Arbeiten von İsmail Beşikçi haben insbesondere seit den 90er Jahren viele Intellektuelle die kurdische Frage innerhalb des begrifflichen Rahmens von Kolonialität und Postkolonialismus abgehandelt.[13]

Die Terminologie der postcolonial studies ist nach den 1980er Jahren in den Sozialwissenschaften international sehr einflussreich geworden. Unter Verweis auf Foucaults Argumente zur »Gouvernementalität« schlagen sie einen neuen Rahmen vor, der über die starren Grenzen der klassischen Kolonialismustheorien hinausweist. Nicht nur wird der kolonisierende Effekt des neuen Gouvernementalitätsverständnisses selbst thematisiert, das auf Praktiken fußt, mit denen der moderne Staat seine Einflussbereiche erweitert und Bürger*innen produziert.[14] Postkoloniale Theorie zeigte auf, dass Kolonialität nicht nur dort zu suchen ist, wo in Überseekolonien Rohstoffe

12 Johan Galtung, »Violence, Peace and Peace Research«, Journal of Peace and Research, Vol. 6, No. 3, S. 167–191, 1969. Johan Galtung, »Cultural Violence«, Journal of Peace Research, Vol. 27, No. 3, S. 291–305, 1990.

13 Für diese Debatten mögen als Primärliteratur z. B. gelten: İsmail Beşikçi, »Devletlerarası Sömürge Kürdistan«, Yurt Kitap Yayın, Ankara, 1991 (Internationale Kolonie Kurdistan); Fikret Başkaya, »Paradigmanın İflası: Resmi İdeolojinin Eleştirisine Giriş«, Doz Yayınları, İstanbul, 1991 (Bankrott eines Paradigmas: Einführung in die Kritik der Staatsideologie); Joost Jongerden, »The Settlement Issue in Turkey and the Kurds, An Analysis of Spatial Policies, Modernity and War", Brill, Leiden Boston, 2007; Hamit Bozarslan, »Türkiye'de Kürt Sol Hareketi«(Die kurdische Linke in der Türkei), in: Murat Gültekingil (Hrsg.), »Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce«, Band 8 Sol, İletişim, İstanbul, 2. Auflage, 2008, S. 1169–1207; Zülal Nazan Üstündağ, »Pornografik Devlet – Erotik Direniş: Kürt Erkek Bedenlerinin Genel Ekonomisi«(Pornographischer Staat – erotischer Widerstand: Die allgemeine Ökonomie des kurdischen Männerkörpers), in: Nurseli Yeşim Sünbüloğlu (Hrsg.), »Erkek Millet Asker Millet – Türkiye'de Militarizm, Milliyetçilik, Erkek(lik)ler«, İletişim Yayınları, İstanbul, 2013; Bülent Küçük, »Beşikçi ve Kürdistan'ın Gerçekliği« (Beşikçi und die Realität Kurdistans), Jadaliyya, 20 Aralık 2013, http://www.jadaliyya.com/pages/index/15651/besikci-ve-kurdistan'in-gercekligi, aufgerufen am: 30.04.2014; Barış Ünlü, »Kürdistan/Türkiye ve Cezayir/Fransa: Sömürge Yöntemleri, Şiddet ve Entelektüeller«(Kurdistan/Türkei und Algerien/Frankreich: Kolonisierungsmethoden, Gewalt und die Intellektuellen), in: Güney Çeğin und İbrahim Şirin (Hrsg.), »Türkiye'de Siyasal Şiddetin Boyutları«, İletişim Yayınları, İstanbul, 2014.

14 Michel Foucault, »Governmentality«, in: Graham Burchell, Colin Gordon und Peter Miller (Hrsg.), »The Foucault effect: Studies in Governmentality«, Harvester-Wheatsheaf, London, 1991.

beschlagnahmt werden und mittels weißer Siedler*innen ein juristisches Apartheidsystem errichtet wird. Vielmehr liegt ein kolonialer Kontext auch dort vor, wo der indigenen Bevölkerung eines kolonisierten Gebietes zunächst offen oder verdeckt rassische Überlegenheitsvorstellungen verinnerlicht werden und ihr Wissen abgeschöpft wird; dann der eigene Einfluss unter dieser Bevölkerung mit verschiedenen Techniken verbreitet wird; ihre Körper, Glaubensvorstellungen, Werte, Sprachen, Rituale und geistigen Welten entwertet und zerstört und die besetzten Gebiete mithilfe eines anderen, »kolonialen« Rechts verwaltet werden.[15] In der Tat scheint es mehr als angebracht, dass Kurdistan im Kontext von Kolonialität begriffen wurde, wenn man bedenkt, dass hier nicht nur systemische und strukturelle Staatsgewalt herrschte, sondern während des bewaffneten Konfliktes mit der PKK mit verschiedensten Mitteln versucht wurde, Personen gezielt zu Kollaborateur*innen, Informant*innen, Kronzeug*innen etc. zu machen; dass Menschen in ihrer Würde zerstört wurden oder spurlos verschwanden, auf der Straße hingerichtet und diversen Straftechniken unterworfen wurden, während auf verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Ebene die bloße Existenz von Kurd*innen abgestritten wurde und sowohl in den Institutionen als auch im Alltag mannigfaltige rassistische Praktiken verbreitet waren und sind. Erst der koloniale Kontext vermag zu erklären, warum diese offene staatliche Gewalt in den anderen Teilen der Türkei so weitgehend als normal oder legitim empfunden wurde.

Kehren wir also wieder zu den gegenwärtigen Friedensgesprächen zurück. Diese öffnen Raum für zwei Dinge: erstens die Anwendung von Mechanismen zur Aufarbeitung der Vergangenheit, die auch andernorts auf der Welt angewandt wurden, um Forderungen nach kollektiven Rechten und Gerechtigkeit umzusetzen, und zweitens die Beendigung der Praktiken von institutionellem Rassismus mit dem Ziel, die politische Mechanik der Überlegenheit des Türk*innentums zu brechen, auf der die Republik Türkei gründet, und dadurch eine Dekolonisation zu befördern. Mit Blick auf die anderen internationalen Beispiele für Post-Konflikt-Erfahrungen können wir feststellen, dass der relative Erfolg eines »politischen Friedens« oder einer »Transition« daran hängt, inwieweit konkrete Forderungen umgesetzt werden und den von staatlicher Gewalt und strukturellem Rassismus betroffenen Menschen Gerechtigkeit widerfährt, indem die Täter*innen verurteilt werden, die für schuldig Befundenen ihrer Posten und Ämter enthoben werden, institutioneller Rassismus und andere Formen struktureller Gewalt verbannt werden etc. Je stärker jedoch diese konkreten Forderungen mit schwammiger Rhetorik von Versöhnung, Friedensschluss, Amnestie und dem Leid, das alle Seiten im Konflikt erfahren hätten, überdeckt werden, so schwach wird die Transitionsphase ausfallen. Die Truth and Reconciliation Commission in Südafrika beispielsweise wird zwar in der Türkei immer als positives Beispiel angeführt, ist aber aufgrund der Tatsache, dass die Täter*innen im Gegenzug für ihre Aussagen vor der Kommission seriell begnadigt werden, sehr stark in die Kritik geraten. Die Transitionsphase in Südafrika hat die strukturelle Gewalt, die sich für schwarze Menschen und die unteren Klassen auch in Form einer klaren ökonomischen Unterdrückung bemerkbar macht, außen vor gelassen und damit bei vielen Menschen zu Enttäuschungen geführt.[16] Letztlich zeigen sich alle Staaten, die vergleichbare Prozesse durchmachen, als äußerst unwillig, konkrete Forderungen nach Rechten und Gerechtigkeit um- und Mechanismen struktureller Gewalt außer Kraft zu setzen. Es bleibt darauf hinzuweisen, dass wesentlich die Befreiungsbewegungen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Grassroots-Organisationen, Gewerkschaften und radikalen Gruppierungen diesbezügliche Entwicklungen einfordern müssen. In der Türkei hingegen beschäftigen sich die meisten genau dieser sozialen Gruppen vor allem damit, die Mängel der Verhandlungen aufzuzeigen, statt politische und gesellschaftliche Mechanismen, Beziehungsgeflechte, Organisationsformen und Methoden zu entwickeln, um den stattfindenden Prozess zu vertiefen. Dabei müssen wir uns in Erinnerung rufen: Verhandlungen sind überall auf der Welt voller Mängel, waren immer unvollständig und werden es auch in zukünftigen Fällen bleiben, da genau dies im Interesse der verhandelnden Staaten liegt. Nirgendwo auf der Welt gibt es Präzedenzfälle von linear voranschreitenden Friedens- oder Verhandlungsprozessen mit idealen Ergebnissen. Überall auf der Welt aber gibt es Staaten, die reagieren müssen angesichts der großen Anstrengungen von Menschen, die dafür kämpfen, dass die Täter*innen zur Rechenschaft gezogen und konkrete Rechteforderungen umgesetzt werden – und damit die kleinen Freiräume vergrößern, die durch politischen Frieden, Transitions- oder Verhandlungsprozesse eröffnet werden. Sie sind es, die staatliche Akteure dazu zwingen, einen Teil dieser Forderungen umzusetzen. Somit hängt der weitere Verlauf der Prozesse, die hinsichtlich des »Kurd*innenkonfliktes« in Gang gekommen sind, nicht zuletzt von der Performanz der revolutionären Demokratiekräfte im weitesten Sinne ab.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass bezüglich der Dekolonisation ein vergleichbarer Prozess bereits in Gang ist. Als eines der Ergebnisse des Kampfes, den die kurdische Bewegung in der Türkei seit langer Zeit mit größter Anstrengung und im Angesicht heftigster Gewalt geführt hat, sind be-

15 Achille Mbembe, »The Banality of Power and the Aesthetics of Vulgarity in the Postcolony«, in: Aradhana Sharma und Akhil Gupta (Hrsg.), »Anthropology of the State«, S. 381–401.

16 Paul Van Zyl, »Hakikat ve Uzlaşma Komisyonu›nun Apartheid Sonrası Güney Afrikasında Adaletin Tesisine Katkısı: Tamamlanmamış Bir İş« (Der Beitrag der Truth And Reconciliation Commission zum Aufbau von Gerechtigkeit im Post-Apartheid-Südafrika: Eine unabgeschlossene Aufgabe), http://www.hakikatadalethafiza.org/Cust/UserFiles/Documents/Editor/Zyl_ZAF_HUKTamamlanmamışİş_2002.pdf, aufgerufen am: 20.04.2014.

reits Beispiele für das geschaffen worden, was ich eine teilweise Dekolonisation nenne. Zum Beispiel ist das Kurdische infolge langer Kämpfe zu einer Sprache geworden, die im öffentlichen Raum benutzt wird, in der Kommunalpolitik und kommunale Dienste an der Bürger*in ausgeführt werden und politische Reden gehalten werden. Das Kurdische wird anerkannt als eine alte Sprache mit eigenem Prestige. Da der koloniale Stolz in der Türkei sehr ausgeprägt ist und alles, was wie ein Fortschritt aussieht, durchaus im Laufe der Zeit zu Katastrophen führen kann, die die Gesellschaft mit einem Sprung um Meilen zurückwerfen, fällt es mir noch schwer, von einem Dekolonisationsprozess im vollen Sinne zu sprechen. Aber die kurdische Bewegung macht bereits heute Schritte hin auf eine Dekolonisation und schafft mit großer Sorgfalt ein Repertoire an Erfahrungen von den Diskussionen über Demokratische Autonomie bis zur Betonung der Kapazität zur Selbstregierung, vom Aufbau einer starken Frauenbewegung bis hin zum Aufruf, das Verhältnis zwischen Mensch und Natur neu zu gestalten, vom Anspruch, eine neue, »moralisch-politische Gesellschaft« zu errichten, bis zu den Bemühungen, neue Beziehungsformen in Solidarität, Widerstand und Alltagsleben zu erproben, von der Entstehung eines erweiterten Repertoires an politischer Sprache und Aktionsformen bis hin zu Handlungsformen, die große Teile der Bevölkerung einbeziehen und in Bewegung setzen. Wie auch immer wir es nennen wollen, die Friedens- oder Lösungsinitiative provoziert und fördert solcherlei Bemühungen und eröffnet eine neue Vielfalt ziviler Kämpfe. Diese wiederum können die Qualität und Wirksamkeit der Friedensverhandlungen verbessern. Da genau dies zur Verwirklichung der politischen Forderungen derjenigen führt, die von staatlicher Gewalt betroffen sind, können die Mechanismen der Dekolonisation auch bis zu einem gewissen Grade als die Forderungen der Transitionsphase gesehen werden. Im Rahmen der Dokumentationsarbeit des »Zentrums für Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnern« haben wir in Şirnex (Şırnak) Gespräche mit Angehörigen von Menschen geführt, die spurlos verschwunden sind. Von diesen Menschen hörten wir mit der gleichen Vehemenz wie die Forderung, dass die Täter*innen gefunden und vor Gericht gestellt werden müssen, eben auch die Forderung, dass sie im öffentlichen Raum in ihrer Muttersprache, dem Kurdischen, sprechen können.[17] Wir brauchen gerade vor dem Hintergrund der Verhandlungsprozesse eine genauere, präsentere Diskussion um Erfahrungen mit Dekolonisation. Wir müssen die bereits geöffneten Widerstandsräume erweitern und neue Räume öffnen.

> Nirgendwo auf der Welt gibt es Präzedenzfälle von linear voranschreitenden Friedens- oder Verhandlungsprozessen mit idealen Ergebnissen. Überall auf der Welt aber gibt es Staaten, die reagieren müssen angesichts der grossen Anstrengungen von Menschen, die dafür kämpfen, dass die Täter*innen zur Rechenschaft gezogen und konkrete Rechteforderungen umgesetzt werden – und damit die kleinen Freiräume vergrössern, die durch politischen Frieden, Transitions- oder Verhandlungsprozesse eröffnet werden. Sie sind es, die staatliche Akteure dazu zwingen, einen Teil dieser Forderungen umzusetzen.

Beatriz Sarlo, die über die Erinnerungskultur und die Mechanismen zur Aufarbeitung von Vergangenheit in Argentinien arbeitet, verweist darauf, dass »verstehen« ebenso notwendig sei wie »erinnern«, und fügt an: Wessen wir uns wie erinnern, und ob wir uns ihrer romantisierend erinnern oder verstehend und mit dem Ziel, konkrete Forderungen zu verfolgen, bedeutet gleichzeitig, bestimmte politische Antworten zu geben. Und ob die derzeitigen Verhandlungen sich in Richtung einer schwammigen Verschwisterungsrhetorik entwickeln oder in Richtung Gerechtigkeitsforderungen, wird sich im Zusammenhang mit den politischen Antworten herausstellen, die wir geben werden. Wichtiger denn je ist es, ebenso sehr, wie zu erinnern, auch zu denken und zu verstehen, die politischen Forderungen derer im Gedächtnis zu tragen, an die wir uns erinnern, und dementsprechende Antworten hervorzubringen – das Erinnern mit konkreten Forderungen nach Rechten zu verknüpfen. Im Zusammenhang mit der Problematik des Gedenkens erinnert uns Beatriz Sarlo an ein Unrecht, das tragische Dimensionen annehmen kann: »Es ist Unrecht, eine von Gedanken erfüllte Revolutionsutopie ausschließlich oder vorwiegend als ein postmodernes Drama zu betrachten, das aus Emotionen entstanden ist.«[18] Ich bin mir sicher, dass die dekolonialen Erfahrungen und Möglichkeiten der Dekolonisation im Zusammenhang mit der kurdischen Frage uns eine Menge erzählen, wenn wir dieses tragische Unrecht verhindern wollen. ♦

---

17 Da die Angehörigen der Verschwundenen die einzigen öffentlichen Akteur*innen waren, die Kurdisch sprachen, wandten sich die meisten von ihnen auf der Suche nach den Vermissten zunächst direkt an die Dorfschützer*innen. Siehe Özgür Sevgi Göral, Ayhan Işık, Özlem Kaya, a. a. O., S. 48–49.

18 Beatriz Sarlo, «Geçmiş Zaman – Bellek Kültürü ve Özneye Dönüş Üzerine Bir Tartışma", Metis Yayınları, İstanbul, 2007, S. 60.

Mit zweierlei Maß:

Die einen erhalten Waffen, die anderen werden weiterhin als »Terroristen« stigmatisiert

Monika Morres, AZADÎ e. V.

Unbeeindruckt von jedweder politischen Entwicklung in der Türkei, im Nordirak oder in Rojava/Nordsyrien setzen die deutschen Strafverfolgungsbehörden ihre seit über 20 Jahren eingeübte Kriminalisierungspraxis fort.

Während die Verteidigungseinheiten von Rojava YPG/YPJ gemeinsam mit den Kräften der PKK-Guerilla HPG ihre Region gegen die Mörderbanden des IS (»Islamischer Staat«) verteidigen und den verfolgten Êzîd*innen Schutz und Zuflucht erkämpften, machte die Bundesanwaltschaft (BAW) ihr »business as usual«. Zu einem Zeitpunkt, in dem in den internationalen Medien und Institutionen lebhaft über eine Aufhebung des PKK-Verbots und die Streichung der PKK von den Terrorlisten diskutiert wurde, ließ die Bundesanwaltschaft am 29. August den kurdischen Aktivisten Mehmet D. in Bremen festnehmen und am nächsten Tag nach Karlsruhe transportieren. Er wird beschuldigt, sich in Deutschland und im benachbarten Ausland als Mitglied an einer terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129a i. V. m. § 129b StGB) beteiligt zu haben, »deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Mord (§ 211 StGB) oder Totschlag (§ 212 StGB) zu begehen«. Hier ist nicht die Rede von der Organisation IS, sondern von der Arbeiter*innenpartei Kurdistans, PKK.

Mehmet D. wird für alle Aktivitäten der PKK mitverantwortlich gemacht – Andrej Hunko (Die Linke): Festnahme »absolut kontraproduktiv«

Mehmet D. soll – laut BAW – von Januar bis Juni 2013 als Kader der PKK und der Europaorganisation »Kurdische Demokratische Gesellschaft« (CDK) die deutschen Regionen »Mitte« und später »Nord« geleitet haben. In dieser Funktion habe er die Arbeit von Gebietsleiter*innen koordiniert, ihnen Anweisungen erteilt und insbesondere von ihnen regelmäßige Tätigkeitsberichte zur Weiterleitung an die Europazentrale angefordert. Außerdem sei er im Zeitraum 2007/2008 für ein knappes Jahr im Irak gewesen, »mutmaßlich bei den dortigen Guerillaeinheiten der HPG«. Wie in allen § 129b-Verfahren gegen kurdische Aktivist*innen werden diese für alle tatsächlichen oder mutmaßlichen Aktivitäten der PKK/HPG in der Türkei bzw. den Kandil-Bergen Nordiraks mitverantwortlich gemacht. In den Anklageschriften spielten hier insbesondere die im Jahre 2004 erstmals in Erscheinung getretenen »Freiheitsfalken Kurdistans« (TAK) eine zentrale Rolle. Während die Verteidigung der kurdischen Angeklagten zahlreiche Dokumente vorgelegt hatte, in denen sich TAK und PKK voneinander distanzieren, haben die Richter*innen der verschiedenen Oberlandesgerichte in ihren Urteilen festgelegt, dass die TAK als Teil der PKK-Guerilla gebildet worden seien, um Anschläge auf dem Territorium der Türkei zu verüben. Somit wird auch Mehmet D. hierfür mitverantwortlich gemacht, als »professioneller Kader« die Ziele, Programmatik und Methoden der Gesamtorganisation zu kennen, unabhängig davon, ob er in irgendeiner Form in Aktivitäten involviert gewesen ist. Die BAW schreibt dazu u. a.: »Dass der Beschuldigte sich weder direkt an der Planung noch an der Durchführung der terroristischen Anschläge in der Türkei beteiligt, ändert an dieser Bewertung nichts. Die Organisation ist schon in ihrer Struktur so angelegt, dass nur durch das Zusammenwirken der einzelnen Einheiten und Kader – unabhängig von ihrem Einsatzort der beabsichtigte Erfolg erzielt werden soll und kann.«

Es genügt mithin die tatsächliche bzw. mutmaßliche Mitgliedschaft in einer von den Strafverfolgungsbehörden als terroristisch eingestuften Vereinigung.

»Ein Umdenken bezüglich der Bewertung der PKK ist jetzt notwendig. Seit Jahren orientiert die Organisation auf Frieden und eine demokratische Entwicklung des Mittleren Ostens. Die Vorurteile der BAW sind unhaltbar, die Festnahme von Mehmet D. ist absolut kontraproduktiv. Sämtliche gemäß § 129b inhaftierten Kurden sollten sofort freigelassen, die PKK entkriminalisiert und von der ohnehin fragwürdigen EU-Terrorliste gestrichen werden«, kommentierte der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko von der Linksfraktion die Festnahme (Pressemitteilung v. 4.9.2014).

Situation im westkurdischen Rojava/Nordsyrien

Im Zuge der erschreckenden Geschehnisse in Nordirak und der neuerlichen Angriffswellen des IS auf den kurdischen Kanton Kobanê (Ain al-Arab) in Nordsyrien erklärten die YPG, dass sowohl die Anzahl der Angreifer als auch die Waffenausrüstung der Dschihadisten alles bisher Dagewesene übersteige. Berichten aus der Grenzregion vom 17. September zufolge sei militärische Ausrüstung mit einem Zug auf der türkischen Seite an die Grenze gebracht worden. Trotz internationalen Drucks weigerte sich das NATO-Mitglied Türkei, deutliche Position gegen den IS zu beziehen. Der Kovorsitzende der kurdischen Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Rojava, Salih Muslim, erklärte, dass der Kampf gegen den IS nicht mehr regional, sondern global geführt werden müsse. »Die kurdische Bevölkerung führt ohnehin seit eineinhalb Jahren einen Kampf gegen den IS. Bislang haben wir praktisch allein diesen Kampf geführt.«

Am 10. September erklärten allerdings die YPG, die Frauenverteidigungseinheiten YPJ, mehrere zur »Freien Syrischen Armee« gehörende Kampfverbände sowie einige weitere bewaffnete Gruppen, dass sie das Bündnis »Burkan El Firat« gegründet hätten, um gemeinsam in der Region Kobanê gegen den IS vorzugehen. Einige Dörfer seien bereits befreit worden.

Auch im Kanton Cizîrê kommt es seit dem 13. September zu schweren Gefechten zwischen YPG und IS, wobei die Dschihadisten schwere Verluste erlitten haben. Bei ihrem Rückzug sollen sie die Zivilbevölkerung als lebende Schutzschilde benutzt und diejenigen, die sich widersetzten, ermordet haben. Rund 50 Zivilist*innen sollen hierbei ums Leben gekommen sein. Die Dörfer, die der IS verlassen musste, sollen niedergebrannt worden sein. Danach nahmen die Dschihadisten die Stadt Qamişlo (Al-Qamishli) unter Raketenbeschuss.

Jugenddelegation bleibt Einreise nach Rojava verwehrt

Eine Jugenddelegation, die sich Mitte September auf den Weg nach Rojava gemacht hatte, ist nicht nur vonseiten der kurdischen Regionalregierung im Nordirak, deren Peshmergas u. a. von der Bundesregierung mit Waffen gegen den IS beliefert werden, der Grenzübertritt nach Nordsyrien verwehrt worden, sondern auch die Grenze zwischen der Türkei und Rojava blieb versperrt. Auch das von der Türkei gegen Rojava verfügte Embargo verschärft sich zunehmend. »Nach wie vor ist das Embargo gegen Rojava nicht nur ein wirtschaftliches, sondern vor allem ein politisches. Erschreckend ist, dass es mittlerweile ein humanitäres geworden ist«, erklärt das Delegationsmitglied Christina Matt. Doch werden aus Europa kommende Hilfslieferungen von den türkischen Behörden entweder zeitverzögert oder gar nicht über die Grenze gelassen.

Situation in Nordsyrien eskaliert dramatisch PKK ruft zum Kampf gegen den IS auf

Vor dem Hintergrund zehntausender Menschen, die vor den Angriffen der IS-Milizen aus der Stadt Kobanê in die Türkei flüchten mussten, forderte die PKK am 21. September ihre Anhänger*innen dazu auf, sich dem Kampf gegen die Banden des IS anzuschließen. Allein eine solche »Mobilisierung« könne die Belagerung der Stadt beenden. Am 20. September hatte Salih Muslim in einem Gespräch mit der FAZ.net »schwere Waffen« gefordert, um die »amerikanischen Panzer des ›Islamischen Staates‹ stoppen« zu können. »Wenn die internationale Gemeinschaft nicht bald aufwacht, werden wir eine Wiederholung des Massakers erleben, wie es an den Êzîd*innen in Şengal (Sindschar) im August verübt wurde.«

Warum bleiben Kritik Deutschlands an Türkei und Hilfe für die Menschen in Nordirak aus?

Wie Beobachter*innen berichten, werden Dschihadisten durch die Türkei logistisch unterstützt, teilweise mit Waffen ausgerüstet und über die Grenze nach Nordsyrien geschleust, weshalb sich die AKP-Regierung sehr zurückgehalten hat bezüglich des Kampfes gegen die Dschihadisten. Und wo bleibt die Kritik der Bundesregierung am Verhalten ihres NATO-Partners? Alles, was SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier bisher zu dem drohenden Genozid geäußert hat, war, dass man erneut zur Kenntnis nehmen müsse, dass der IS »weitere Regionen, diesmal in Nordsyrien«, überfallen habe.

Bei der Frage, warum die Kurd*innen in Nordirak/Südkurdistan unterstützt werden und jene in Syrien nicht, verstummte

der Minister aus Rücksichtnahme auf die Türkei. Denn in deren Augen gilt die Befreiungsbewegung PKK als terroristische Organisation und ist verboten. Deutschland hat sich vor über 20 Jahren entschieden, diese Sichtweise durch ein Betätigungsverbot zu stützen. Seit 2002 wird die PKK auch auf der sog. EU-Terrorliste geführt. Und weil die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Einheit PYD und die Verteidigungseinheiten YPG als PKK-nah eingestuft werden, wird den in Rojava lebenden Menschen und den Flüchtlingen internationale Hilfe und Unterstützung verwehrt.

Für die Türkei jedenfalls ist nicht der IS der Hauptgegner, sondern Rojava. Die demokratische Selbstverwaltung steht ihren Plänen, entlang der türkisch-syrischen Grenze eine Puffer- bzw. Flugverbotszone gegen angebliche Luftangriffe der Armee von Baschar al-Assad zu errichten, im Weg. Die Massenflucht kommt der Türkei deshalb sehr gelegen.

Außenminister Steinmeier hat seine Haltung zu den IS-Angriffen und den Waffenlieferungen in der »Tagesschau« vom 22. September noch getoppt. Auf die Frage nach einer möglichen Rücknahme des PKK-Verbots meinte er, dass die Gründe des Verbots »in der Vergangenheit« lägen und die Bedrohung der Êzîd*innen und Christ*innen im Norden des Irak kein Grund seien, das Verbot zu überdenken. Und: »Wir liefern Waffen an die kurdischen Sicherheitskräfte. Das sind diejenigen, die sich zur Wehr zu setzen haben.«

Claudia Roth: Türkei betreibt »dreckige Politik«

Die Grünen-Politikerin und Vizepräsidentin des Bundestages, Claudia Roth, warf im ARD-Morgenmagazin vom 8. Oktober der Türkei vor, eine »dreckige Politik« zu betreiben, und Günter Seufert von der Stiftung Wissenschaft und Politik



Weg mit dem PKK-Verbot – Solidarität mit Rojava. Demonstration am Antikriegstag in Hamburg. Foto: A_B

(SWP) beschuldigte Ankara, Völkermord billigend in Kauf zu nehmen: »An der Grenze eines NATO-Landes geschieht ein Genozid. Eine Bevölkerungsgruppe wird gezielt ermordet und aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet vertrieben.« Dies werde die Beziehungen zur Türkei innerhalb der NATO belasten. Dass IS-Kämpfer in Krankenhäusern der Türkei behandelt und die Zahl von IS-Trainingscamps »mehr und mehr« entstehen würden, könne die NATO bei dem Mitgliedsstaat nicht dulden, so Roth.

Von Waffenlieferungen und Forderungen nach Verbotsaufhebung

Nach der Rettung zehntausender êzîdischer Flüchtlinge aus Şengal durch ein gemeinsames Vorgehen von YPG/YPJ und Kämpfer*innen der PKK sowie den Diskussionen um Waffenlieferungen an die Peshmergas der kurdischen Regionalregierung des Nordirak wurden zahlreiche Stimmen aus Politik und Medien laut, die entweder Gleiches auch für die PKK forderten bzw. das bestehende Betätigungsverbot in Deutschland in Frage stellten. Insbesondere, weil nicht die Peshmergas der PDK von Mesûd Barzanî die Êzîd*innen vor den IS-Massakern gerettet hatten.

Politiker*innen von SPD, den Grünen, aber auch der CDU waren nun der Auffassung, dass sich die PKK gewandelt habe. So äußerte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, gegenüber der FAZ: »Im Zusammenhang mit den Gesprächen zwischen der türkischen Regierung und der Führung der PKK sowie dem beeindruckenden Ergebnis des kurdischen Kandidaten bei der türkischen Präsidentschaftswahl gibt es durchaus die Chance zur Neueinordnung der PKK.«

Sein Kollege Sönke Rix wollte der Türkei zwar nicht »von einem Tag auf den anderen« sagen, dass die PKK keine terroristische Vereinigung mehr sei, doch wolle er nicht ausschließen, »dass man langfristig mit denen redet«. Er sei gar bereit, dass man sich »die mal näher angucken« sollte.

Weit vorgeprescht war der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im Kampf gegen den IS hatte Dr. Andreas Schockenhoff nicht ausgeschlossen, dass Waffenlieferungen auch an die PKK erfolgen könnten. Doch erinnerte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) seinen Kollegen umgehend an die guten deutschen Beziehungen zum NATO-Partner Türkei, die in einem solchen Falle massiven Schaden erleiden würden.

Nicht PKK will eigenen Staat, sondern Mesûd Barzanî

Die CDU-Politiker Volker Kauder und Philipp Mißfelder lobten PKK und PYD zwar für die Rettung der im Şengal-Gebirge eingeschlossenen Êzîd*innen, doch habe sich die PKK nicht von ihrem Ziel eines eigenen Staates verabschiedet.

Zur Richtigstellung: Die PKK hat diese Ideologie zugunsten des Konzepts eines Demokratischen Konföderalismus innerhalb bestehender Staatsgrenzen bereits vor Jahren aufgegeben. Würde dies das Kriterium gewesen sein, dürfte die Bundesregierung nicht eine einzige Waffe an die Peshmergas liefern. Denn der Präsident der Autonomieregion, Mesûd Barzanî, hatte – laut Newsletter vom 25. August (http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58931) – im Juni angekündigt, einen Staat »Kurdistan« gründen zu wollen. Beobachter würden davon ausgehen, dass dieser eng an das NATO-Mitglied Türkei angebunden wäre und als »Puffer zu den Bürgerkriegsgebieten in Syrien und im Irak« dienen würde. Weiter heißt es, dass die USA schon im letzten Jahr die Zerschlagung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens vorgeschlagen hätten: Das syrische Herrschaftsgebiet von Baschar al-Assad könnte auf ein »Alawitestan« geschrumpft und die übrigen Teile des Landes mit Teilen des Irak zu »Kurdistan« und »Sunnistan« zusammengeschlossen werden. Diese Kleinstgebilde seien dann leichter beherrschbar als die jetzigen arabischen Staaten und verfügten über weit weniger Widerstandspotenzial.

Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Bündnis-Grünen im Bundestag, Frithjof Schmidt, sagte gegenüber der FAZ, dass es »allen Anlass« gebe, »die Einstufung der PKK als terroristische Organisation ernsthaft zu überprüfen«. Die PKK werde nicht nur in der Türkei, sondern auch in Nordirak und Syrien langfristig eine Rolle spielen. Sie habe sich zudem an ihren Grundsatz gehalten, in Deutschland keine Anschläge zu verüben.

Sein Vorstandskollege Konstantin von Notz meinte, dass »natürlich« über den Status der PKK als terroristische Organisation diskutiert werden müsse.

Diese Auffassung vertrat auch Linken-Fraktionschef Gregor Gysi in der Aussprache des Bundestages über die Waffenlieferungen an die nordirakischen Kurd*innen.

Christian Ströbele von den Grünen bezeichnete es als »schizophren oder pervers«, die PKK auf der einen Seite zu loben, aber »auf der anderen Seite hier strafrechtlich zu verfolgen«. Denn: Im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD hieß es u.a.: »Waffenlieferungen an

nichtstaatliche Gruppen wie die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) kommen nicht in Frage.«

Bodo Ramelow, Spitzenkandidat der Linkspartei in Thüringen, nannte es einen Fehler, die »Hysterie gegenüber der PKK« aufrechtzuerhalten. Es sei eine Fehleinschätzung, sie als terroristische Organisation einzustufen.

Die PKK gehört zu Deutschland

Eine ganz und gar originelle Überschrift hatte sich die »tageszeitung« (taz) für ihre Ausgabe vom 3. September einfallen lassen: DIE PKK GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND, wohl in Anlehnung an die Aussage von Ex-Bundespräsident Christian Wulff, dass der Islam zu Deutschland gehöre.

Taz-Redakteur Christian Jakob stellte in seinem ausführlichen Kommentar schlussendlich fest, dass das PKK-Verbot eine »ständige Bedrohung für hier lebende Kurden« darstelle und es deshalb »weg« müsse.

Wie sehr er mit dieser Feststellung den Kern der Kriminalisierung getroffen hat, zeigt das folgende Beispiel: In der »Thüringer Allgemeinen« vom 4. September erschien ein Artikel mit der Überschrift: »Thüringer Linke will mit Kandidat aus Umfeld einer als terroristisch eingestuften Organisation in den Landtag«. Es ging um Ercan Ayboğa, Ingenieur, Vorsitzender des Erfurter »Kulturvereins Mesopotamien« und Direktkandidat der Linkspartei für den Wahlkreis »Weimarer Land«. Der Artikel diente einzig dazu, den Politiker und seine Umgebung als Unterstützer*innen des Terrorismus zu stigmatisieren. In derselben Ausgabe erschien allerdings auch ein Kommentar, in dem auf die Friedensbotschaft von Abdullah Öcalan hingewiesen und kritisiert wird, dass das Innenministerium »dennoch am PKK-Verbot festhält«. Berlin solle nicht »mit zwei Zungen sprechen«, wenn kurdische Peshmergas mit Waffen ausgerüstet würden und die PKK nicht, denn »auch PKK-Kämpfer stel-

---

Verhaftet – angeklagt – verurteilt

Derzeit befinden sich drei kurdische Aktivisten wegen des Vorwurfs des § 129a Abs. 1 in Verbindung mit § 129b Abs. 1 StGB in Haft:

- Abdullah S., sein Verfahren vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf läuft seit 5. Juni 2013;
- Metin A., der am 27. Februar 2014 vom OLG Stuttgart zu einer Freiheitsstrafe von 4 Jahren und 6 Monaten verurteilt wurde, und
- Mehmet D., der am 29. August 2014 verhaftet wurde und im Untersuchungsgefängnis am Hamburger Holstenglacis inhaftiert ist.

Weitere Einzelheiten:

- Ali Ihsan K. wurde am 13. Februar 2013 vom Hamburgischen OLG nach § 129b zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt und der Haftbefehl gegen Zahlung einer Kaution aufgehoben. Die Verteidigung hatte Revision eingelegt, die am 6. Mai 2014 vom BGH als »unbegründet« verworfen wurde, so dass das Urteil rechtskräftig ist und Ali Ihsan K. die Reststrafe verbüßen müsste. Vonseiten der Verteidigung wurde daraufhin Verfassungsbeschwerde eingelegt, die jedoch keine aufschiebende Wirkung hinsichtlich des BGH-Beschlusses hat.
- Das Verfahren gegen Vezir T. vor dem Kammergericht Berlin endete am 11. Juni 2013 mit einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt. Aus familiären Gründen blieb Vezir T. haftverschont. Auch in diesem Fall verwarf der BGH die Revision als »unbegründet«, womit das Urteil Rechtskraft erlangt hat. Die Verteidigung legte Verfassungsbeschwerde ein.
- Die § 129b-Verfahren gegen die Aktivisten Ridvan Ö. und Mehmet A. endeten am 12. Juli 2013 mit der Verurteilung durch das OLG Stuttgart zu einer Freiheitsstrafe von jeweils 3 Jahren und 6 Monaten. Gegen die Urteile hatte die Verteidigung Revisionen eingelegt, die am 7. August vom BGH als »unbegründet« verworfen wurden. Damit hat das OLG-Urteil Rechtskraft und die beiden Kurden müssten die restliche Haftstrafe verbüßen.

  Beide waren am 18. Februar dieses Jahres wegen Zeitablaufs (Zusammenfallen der Revision mit 2/3-Strafe) aus der Haft entlassen worden. Ridvan Ö. ist nach Italien zurückgekehrt, wo er als asylberechtigt anerkannt ist.

  In beiden Fällen hat die Verteidigung Verfassungsbeschwerde eingelegt.

AZADÎ fordert die Einstellung aller Verfahren, die Freilassung der Angeklagten und die Aufhebung der Kriminalisierung kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten!

aus: **infodienst nr. 141 september 2014**
http://nadir.org/nadir/initiativ/azadi/AZADIinfodienst/nr141/info141.pdf

len sich den Fanatikern des IS entgegen«. Das PKK-Verbot führe dazu, »dass eine große Mehrheit friedlicher Kurden in Deutschland unter Terrorverdacht gestellt« werde. Es sei »an der Zeit, ernsthaft in Frage zu stellen, ob diese Stigmatisierung der Kurden noch haltbar ist«.

Bundesinnenminister: PKK-Verbot unverzichtbar und Kurd*innen bleiben »Sicherheitsrisiko«

Nur der Bundesinnenminister hält von alledem nichts und schloss eine Neubewertung der PKK aus. Es gebe »keinen sachlichen Grund, in Überlegungen über eine Aufhebung des PKK-Verbots einzutreten«. Das Verbot bleibe – wie eine Sprecherin mitteilte – »im Interesse der nationalen inneren Sicherheit ein unverzichtbares Regulativ«.

Schon einmal, nach den Ende 2012 begonnenen Gesprächen zwischen der türkischen Regierung und dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und dessen historischer Friedenserklärung vom 21. März 2013, gab es zahlreiche positive Reaktionen bis hin zu dem ehemaligen Berater der US-Regierung, David L. Phillips. Dieser empfahl laut »Huffington Post« vom 21. Mai 2013 die Streichung der PKK von der Terrorliste. Europäische und deutsche Abgeordnete forderten, angesichts der Friedensverhandlungen eine Aufhebung des PKK-Betätigungsverbotes zumindest zu prüfen.

Doch auch damals erteilte das Bundesinnenministerium allen Überlegungen eine Absage und beharrte darauf, keinen Zusammenhang sehen zu können zwischen dem Verbot von 1993 und den Gesprächen der türkischen Regierung mit der PKK. Das Verbot diene »ausschließlich dem Schutz der hiesigen inneren Sicherheit«.

Und weil kurdische Aktivist*innen und Politiker*innen in den Augen des Staats- und Strafverfolgungsapparates auch im 21. Jahr des PKK-Verbots immer noch als »Sicherheitsrisiko« und »Gefährder der inneren Sicherheit« der BRD betrachtet werden, wurde Mehmet D. verhaftet.

Zur Erinnerung:

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hatte im Oktober 2010 entschieden, den im Jahre 2002 eingeführten § 129b auch gegen die PKK anzuwenden, nachdem Organisationen wie die tamilischen Befreiungstiger LTTE und linke türkische Organisationen wie die DHKP-C nach diesem Paragrafen strafverfolgt wurden.

Besonderes Merkmal des § 129b ist, dass allein das Bundesjustizministerium (BMJ) darüber entscheidet, welche Organisation als »terroristisch« oder als Freiheitsbewegung zu gelten hat. Mithin ist es die Instanz, die Behörden dazu ermächtigt, bestimmte Personen entsprechend strafrechtlich zu verfolgen, wobei diese Entscheidungen weder begründet werden müssen noch rechtlich angreifbar sind. Im September 2011 hat das BMJ eine generelle Ermächtigung erteilt, sogenannte Sektorleiter*innen der PKK zu verfolgen. Mit den Ermittlungen beauftragt die BAW in allen Fällen das Bundeskriminalamt.

PKK-Verbot aufheben

Auch wenn sich das Bundesinnenministerium derzeit verschlossen gegenüber Forderungen zeigt, eine Entkriminalisierung von Kurdinnen und Kurden in Deutschland herbeizuführen, ist das politische »Klima« im Vergleich zu 2013 ein etwas anderes. Zahlreiche Einzelpersonen im In- und Ausland, Initiativen, Organisationen, Vereine und Medienschaffende setzen sich nicht nur für eine Aufhebung des PKK-Betätigungsverbotes ein, sondern darüber hinaus für einen Dialog mit der kurdischen Befreiungsbewegung. So hat u. a. die konservative Tageszeitung »Frankfurter Allgemeine Zeitung« mit Cemil Bayık, Mitglied des Exekutivkomitees der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), gesprochen und in ihrer Ausgabe vom 22. August hierüber berichtet. Auch die »junge welt« druckte am 28. August ein Interview mit Cemil Bayık ab, das die türkische Tageszeitung »Vatan Gazetesi« mit ihm geführt hatte. Vielen wird derzeit deutlich vor Augen geführt, wie schäbig, rücksichtslos und widersprüchlich sich die Große Koalition in den aktuellen hochgefährlichen Konflikten verhält. Und wie sie durch ihre Politik dazu beiträgt, Öl ins Feuer des Mittleren Ostens zu gießen. Sie kann ihre Hände längst nicht mehr in Unschuld waschen, sie ist durch die Waffenlieferungen einerseits und das Schweigen zu den Massenvertreibungen andererseits endgültig zur Kriegspartei geworden. Sie muss sich gefallen lassen, mitverantwortlich gemacht zu werden für das grausame Schicksal zehntausender Menschen.

Wir dürfen nicht schweigen. Wir müssen aufklären, fordern und dürfen nicht aufhören, Druck auf die politisch Verantwortlichen zu machen.

In diesem Sinne werden in den kommenden Monaten unterschiedliche Organisationen, Verbände, Gruppen und Personen Initiativen ergreifen, um die Bundesregierung zu einem Wandel der Beziehungen zur hier lebenden kurdischen Bevölkerung und ihrer Institutionen aufzufordern, die Verbotspolitik zu beenden und den Dialog mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der kurdischen Bewegung zu führen. ♦

Die Türkei und der Schulunterricht für Minderheiten

... ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit?

Prof. Dr. Tove Skutnabb-Kangas

Eine frühere Version dieses Artikels wurde im NFSC Newsletter (National Folklore Support Center, Chennai, http://www.indianfolklore.org), Sonderausgabe Nr. 32 vom April 2009, S. 4–6, zur Schulbildung indigener Völker veröffentlicht, herausgegeben von Mahendra Kumar Mishra.

Im türkischen Bildungssystem werden Kinder ethnischer Minderheiten in einer Sprache unterrichtet, die nicht ihre eigene ist. Dies verhindert den Zugang zu Bildung und verletzt damit das Recht auf Bildung. Man kann es auch als Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrachten. Was kann die Türkei tun, um nicht an Verbrechen gegen die Menschlichkeit teilzuhaben?

Robert Dunbar, Fachanwalt für Menschenrechte, und ich haben mit der Unterstützung indigener Kollegen einen Fachartikel für das Ständige Forum für indigene Angelegenheiten der Vereinten Nationen geschrieben (Magga et al., 2005). Er enthält eine soziologische, bildungstechnische und rechtliche Argumentation und wir zeigen auf, dass der Unterricht von Kindern indigener Völker und Stämme sowie ethnischer Minderheiten (einschließlich Migranten) in einer dominanten Sprache in **Submersions**- und auch vorübergehenden Schnellprogrammen den Zugang zu Bildung behindert. Denn auf diese Weise werden linguistische, pädagogische und psychologische Barrieren aufgebaut und das Menschenrecht auf Bildung verletzt. Dieses Recht ist in zahlreichen internationalen Menschenrechtsdokumenten verbrieft, u. a. in der *UN-Konvention über die Rechte des Kindes* (Art. 29). Die Konvention wurde von ALLEN UN-Mitgliedsstaaten außer Somalia und den USA ratifiziert.

Bei Schulbildung durch Submersion lernt das indigene oder Minderheitenkind **subtraktiv** etwas über die dominante Sprache auf Kosten der Entwicklung seiner eigenen Sprache. Oft ersetzt die dominante Sprache die eigene Sprache des Kindes. Schulbildung durch Submersion schränkt oft die Fähigkeiten des Kindes ein und verfestigt die Armut (siehe Wirtschafts-Nobelpreisträger Amartya Sen). Das Submersionsprinzip wird noch immer angewandt, obwohl fundierte Forschungsergebnisse vorliegen, wie man bei Kindern am besten eine Zwei- oder Mehrsprachigkeit auf hohem Niveau erzielen und ihnen eine erfolgreiche schulische Laufbahn ermöglichen kann. Dies wird erreicht durch **additive** Bildung in einem **multilingualen Programm[1] auf Grundlage der Muttersprache**, in dem die eigene Sprache des Kindes mindestens während der ersten sechs Jahre, vorzugsweise noch länger, das Hauptkommunikationsmedium ist. Andere Sprachen werden als Schulfächer von gut qualifizierten zwei- oder mehrsprachigen Lehrern unterrichtet, die die Muttersprache des Kindes kennen.

In unserem Fachartikel (Dunbar & Skutnabb-Kangas 2008) haben wir gezeigt, dass sich subtraktive Schulbildung in der dominanten Sprache für Minderheitenkinder und indigene Kinder in sozialer, psychischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht schädlich auswirken kann. Diese Form der Bildung kann zu sehr schweren geistig-seelischen Schäden führen: soziale Entwurzelung, kognitive, linguistische und psychische Beeinträchtigungen und teilweise dadurch bedingt wirtschaftliche, soziale und politische Ausgrenzung. Weiterhin können die Kinder oft schwere körperliche Schäden davontragen, z. B. in Internaten und als langfristige Folgen der Marginalisierung, z. B. in Form von Alkoholismus, Selbstmord und Gewalt. In unserem Buch (Skutnabb-Kangas & Dunbar 2010, frei im Internet verfügbar) behandeln wir das Thema detaillierter mit zahlreichen Beispielen und geben einen Überblick über internationales Recht zum Thema Bildung, linguistische Identität und Menschenrechte.

Wenn Staaten wie z. B. die Türkei diese subtraktive Politik im vollen Bewusstsein ihrer desaströsen Auswirkungen fortführen, kann Schuldbildung soziologisch und bildungspolitisch als Genozid bezeichnet werden. Dies lässt sich aus zwei Definitionen der *Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes* der Vereinten Nationen von 1948 (»Völkermordkonvention«) ableiten:

1 (Multilingual Education – MLE)

Definition laut Artikel II(e) *»gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe«* und Artikel II(b) *»Verursachung von schwerem körperlichem* ***oder seelischem*** *Schaden an Mitgliedern der Gruppe« [Fettdruck hinzugefügt].*

In rechtlicher Hinsicht kann diese Art von Schulbildung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet werden. Unsere eigene Schlussfolgerung lautet, dass subtraktive Bildung

> … eindeutig gegen eine ganze Reihe von Menschenrechtsstandards verstößt und unseres Erachtens einen kontinuierlichen Verstoß gegen Grundrechte darstellt. Subtraktive Bildung entspricht nicht den zeitgenössischen Standards für den Schutz von Minderheiten. … Unserer Ansicht nach kann das Konzept des »Verbrechens gegen die Menschlichkeit« auch auf diese Form der Bildung angewandt werden. … Wir glauben, dass die zerstörerischen Folgen subtraktiver Bildung mittlerweile klar auf der Hand liegen, und zwar nicht nur für die Sprachen und Kulturen, sondern auch für das Leben von Minderheiten und indigenen Völkern. Das Konzept der »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« liefert eine gute Grundlage dafür, dass subtraktive Bildungspraxis und -politik letztendlich irgendwann gesetzlich stigmatisiert werden.

Subtraktive Bildung über das Medium der dominanten Sprache lässt Kinder ethnischer Minderheiten und indigener Völker oft innerhalb von ein bis drei Generationen Teil der sprachlich und kulturell dominanten Gruppe werden. Dies kann zum Aussterben der Sprachen von Minderheiten und indigenen Völkern und damit zum Verschwinden der globalen sprachlichen Diversität führen.

Als Folge davon kann das Wissen über Biodiversität und ihre Aufrechterhaltung und damit über die Grundlagen menschlichen Lebens auf der Erde aussterben. Sprachliche Diversität und Biodiversität sind korrelativ und bedingen einander. Ein Großteil der Gebiete mit der größten Biodiversität der Welt befindet sich dort, wo indigene Völker und Stämme leben und das Gebiet kontrollieren und/oder nutzen. Der Großteil der sprachlichen Diversität der Welt findet sich in den kleinen Sprachen der indigenen Völker und Stämme. Ein großer Teil des detaillierten Wissens, wie Biodiversität aufrechterhalten werden kann, ist in diesen Sprachen kodifiziert. Lassen wir sie aussterben, so verschwinden auch die Voraussetzungen für Biodiversität auf der Erde. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden die meisten indigenen Sprachen der Welt bis zum Jahr 2100 ausgestorben sein.

Wenn Staaten wie die Türkei sich weigern, indigenen Völkern und Minderheiten bedingungslos das wichtigste Menschenrecht für Sprache und Bildung einzuräumen – das Recht, in einer kostenfreien staatlichen Schule überwiegend in der eigenen Sprache unterrichtet zu werden –, fügen sie den betroffenen Kindern, der ganzen Gesellschaft und unserem Planeten schweren Schaden zu.

Was können die Türkei und andere Staaten tun, um keinen Beitrag zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu leisten?

Unterricht und Bildung für indigene Völker und Minderheiten könnten in einer Weise organisiert werden, die Mehrsprachigkeit auf hohem Niveau sichert. Dies würde zu besseren schulischen Ergebnissen, Erfolgen beim Lernen der dominanten Sprache und einer besseren Identifizierung der betroffenen Personengruppen führen. Und selbst die kurzfristigen Anlaufkosten wären nur wenige Prozent höher (siehe z. B. François Grin zu den Kosten). Langfristig führt ein hauptsächlich in der Muttersprache geführter Unterricht zu erheblichen Einsparungen und das »Analphabetentum« von zig Millionen Kindern sowie die Verschwendung in der heutigen Bildungslandschaft wären größtenteils beseitigt.

Es gibt viele positive Beispiele für Bildungsmodelle in den Sprachen indigener Völker und Minderheiten aus vielen Ländern und mit vielen Völkern und Gruppen. Einige wurden erst jüngst ins Leben gerufen, so dass noch keine aussagekräftigen Ergebnisse vorliegen. Andere bestehen bereits seit vielen Jahren. Beispiele sind Nepal (Hough et al, 2009) und Peru (Perez 2009, Perez & Trapnell 2011). Gemäß den landesweiten Ergebnissen von Bildungsmodellen in Äthiopien (Heugh, Kathleen, Benson, Carol, Berhanu, Bogale & Mekonnen, Alemu Gebre Yohannes (22.01.2007), *Final Report, Study on Medium of Instruction in Primary Schools in Ethiopia, Commissioned by the Ministry of Education*[2]) erzielten Kinder, die acht oder sogar zehn Jahre in ihrer Muttersprache in den Fächern Amharisch und Englisch unterrichtet wurden, in allen Fächern (auch Englisch) bessere Ergebnisse als Kinder, die nur sechs oder vier Jahre in ihrer Muttersprache oder von Beginn an auf Englisch unterrichtet wurden (Heugh 2009, Heugh et al. 2007, Skutnabb-Kangas & Heugh, Hrsg., 2011). Auch der Unterricht für Taube ist ein gutes Beispiel: Unterricht in Gebärdensprache funktioniert tatsächlich (Skutnabb-Kangas 2008, Skutnabb-Kangas & Aikio-Puoskari, 2003). Stephen Walter und Carol Benson (2012) sowie Carol Benson und Kimmo Kosonen (Hrsg.) (2012) präsentieren positive Beispiele für mehrsprachige Unterrichtsmodelle auf Grundlage der Muttersprache aus zahlreichen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Siehe auch Skutnabb-Kangas, Tove, Phillipson, Robert, Mohanty, Ajit & Panda, Minati (Hrsg.) (2009), *Social Justice through Multilingual Education*[3] für weitere Beispiele.

---

2 Abschlussbericht, Studie zum Unterrichtsmedium in Grundschulen Äthiopiens, in Auftrag gegeben vom Bildungsministerium.

3 Soziale Gerechtigkeit durch mehrsprachige Bildung.

In Odisha (früher Orya), einem Bundesstaat in Indien (Mohanty & Panda, 2007, 2009), werden 72 Sprachen gesprochen; fast ein Viertel der Bevölkerung gehört indigenen Völkern und Stämmen an, mehr als die Hälfte von ihnen lebt in Armut im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, in der weniger als 30 % als arm gelten. Die Alphabetisierungsquote der indigenen Bevölkerung liegt nur knapp über 37 %, während sie im Bundesstaat Odisha über 63 % beträgt.

Über 92 % der Kinder indigener Völker und Stämme sowie ethnischer Minderheiten werden zwischen der ersten und neunten Klasse aus der Schule gedrängt, die meisten von ihnen in den ersten zwei bis drei Jahren. Im März 2014 wurden neue staatsweite Bildungsrichtlinien vom »Chief Minister« von Odisha zur sofortigen Umsetzung angenommen. Odisha ist damit der erste Bundesstaat Indiens mit einer klar ausformulierten Bildungspolitik für Kinder indigener Völker und Stämme sowie ethnischer Minderheiten. Es wurden genaue Pläne ausformuliert, wie die Richtlinien umzusetzen sind. Die Ergebnisse jahrelanger Forschung und Untersuchungen bilden hierfür die Basis und schließen eine kontinuierliche Überwachung und Evaluation der Umsetzung mit ein. Das multilinguale Programm sieht vor, dass die Kinder fünf Jahre lang in ihrer Muttersprache unterrichtet werden (die Amtssprache des Staates als Zweitsprache ab der zweiten Klasse und Englisch als Fremdsprache ab der vierten Klasse). Ab der sechsten Klasse ist die Amtssprache Hauptunterrichtssprache und die Muttersprachen werden als eigene Schulfächer angeboten. In den Vorschulen werden die Muttersprachen gesprochen.

Die Bildungsziele sind:

- eine faire und gleichberechtigte Chance auf einen guten Schulabschluss;
- hohe Kompetenz in der Muttersprache als Grundlage für das Lernen allgemein, einschließlich qualitatives Erlernen anderer Sprachen sowie Identität und Selbstbewusstsein;
- hohes Niveau an Mehrsprachigkeit;
- eine starke, positive multilinguale und multikulturelle Identität und eine positive Einstellung sich selbst und anderen gegenüber zur Förderung einer positiven Entwicklung und Integration anstelle von Assimilation in die dominante Kultur;
- eine faire Chance auf die Entwicklung von Sensibilität und Kompetenz als Voraussetzung für eine demokratische (Staats-)Bürgerschaft und ein Engagement für eine gerechte Welt für sich selbst und die eigene Gemeinschaft ebenso wie für andere.

Im Land der Samen in Norwegen und Finnland (Aikio-Puoskari, 2009, Aikio-Puoskari & Skutnabb-Kangas 2007) kann an der Hochschule Saami sogar noch auf Universitätsebene in der Muttersprache studiert werden – mit hervorragenden Ergebnissen. In Finnland kann die schwedischsprachige Minderheit (5,4 % der Bevölkerung) das gesamte Bildungsangebot, einschließlich der Universitäten, auf Schwedisch nutzen.

Zwei der schädlichsten Mythen bei der Ausbildung von Kindern indigener Völker und Stämme sowie ethnischer Minderheiten sind:

1. Setzt man bei diesen Kindern schon früh die dominante Sprache – egal ob eine regional dominante Sprache, die Amtssprache des Landes oder Englisch – als Unterrichtssprache ein und kommuniziert man mit ihnen immer nur in dieser Sprache, so erwerben die Kinder in der Sprache eine gute Kompetenz. Falsch gedacht! Je mehr die Muttersprache als Unterrichtssprache eingesetzt wird, umso bessere Ergebnisse werden erzielt, so die Ergebnisse der weltgrößten Studie mit über 200 000 Kindern in den USA (Thomas & Collier 2002).

2. Gute Englischkenntnisse allein seien ausreichend und garantieren eine gute Arbeitsstelle. (…) Englisch öffnet einige Türen – das ist richtig. Aber ein sicherer Weg zu guten Sprachkenntnissen in Englisch oder einer anderen regional dominanten Sprache beginnt mit einem Unterricht, der hauptsächlich in der Muttersprache abläuft.

»Jedes Kind weltweit hat das Recht auf Unterricht in der eigenen Muttersprache«, so der ehemalige Bildungsminister Irakisch-Kurdistans, Abdul-Aziz Taib, als ich ihn am 15.03.2006 in Kurdistan interviewte. Dieses Recht wird heute in den meisten Ländern, einschließlich der Türkei, verletzt. Die neoliberalen und nationalistischen Ideologien, die die monolinguale Bildung – auch in der Türkei – vertreten, »beschränken nicht nur den Zugang von Minderheitenkindern zu Bildung und sozioökonomischen Ressourcen, sondern tragen auch zu einer Spaltung der Gesellschaft bei, indem sie soziale Ungleichheit fördern (…) Eine Sprachenpolitik, bei der das soziale und sprachliche Kapital von Minderheitengruppen ignoriert wird, vernachlässigt soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung und die nationale Entwicklung«, schreiben Phyak und Bui (2014, 102). Die Türkei sollte darüber nachdenken …

Alle hier genannten Quellen finden Sie in der über 400-seitigen Bibliographie auf meiner Website http://www.Tove-Skutnabb-Kangas.org. Dort können Sie auch einige weit längere Artikel zu ähnlichen Themen herunterladen. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Kobanê im Oktober: Straßenzug um Straßenzug wurde von YPG/YPJ zurückerkämpft

Rückseite:
»Grüße an die für den Frieden Kämpfenden – Leiste Widerstand Menschheit«
Fotos: DIHA

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Periodika



Civaka-Azad-Infoblätter
civakaazad.com



Cenî Info
ceni-kurdistan.com



Nûçe
isku.org



AZADÎ infodienst
nadir.org/azadi/



Am 23. Oktober 1998, vor 16 Jahren wurde unsere Freundin **Ronahî (Andrea Wolf)** in den Bergen Kurdistans als Kämpferin der Frauenarmee YAJK in der Region Şax (Çatak) ermordet. Sie und die anderen FreundInnen waren in einen Hinterhalt der Armee geraten. Entgegen der Genfer Kriegskonvention, die vorschreibt, dass KombatantInnen, die sich schon in der Hand des Gegners befinden, nicht getötet werden dürfen, wurde Andrea erschossen. Ein überlebender Zeuge sagte später aus, dass ihre Leiche von den Soldaten verstümmelt wurde. Dies zeigt, wie so vieles andere, dass die Türkei wie auch die anderen NATO-Staaten nicht weniger grausam vorgehen als der IS.

Wenn ich an Ronahî denke, muss ich an unsere letzten gemeinsamen Stunden denken. Zum letzten Mal sahen wir uns, als die Militäroperation am Kurê Jahro zu Ende ging, eine Woche waren wir im Bombenhagel türkischer Jets gewesen, dann musste die Armee abziehen. Viele FreundInnen waren gefallen, darunter Çanda, Faraşîn, Herekol, Şîlan und Ayten aus meiner Einheit.

Einen Monat zuvor hatte ich Ronahî am Avasin getroffen und wir waren uns in die Arme gefallen. Alles brach aus Ronahî heraus und aus mir, wir heulten beide, weil wir es so lange vermisst hatten, eine Freundin mit dem gleichen Hintergrund zu treffen, eine zu treffen, die ohne viele Worte versteht. Dann haben wir geredet und geredet und Pläne geschmiedet für die Zukunft. Ich bewunderte Ronahî für ihre Entschlossenheit, für ihre Zielstrebigkeit und Klarheit.

Ein letztes Mal saßen wir jetzt zusammen, noch unter dem Eindruck der schweren Gefechte, wir wussten nicht, dass es ein Abschied für immer ist. Ronahî sagte, sie wolle in den Norden gehen. Zum Abschied gab ich ihr einige Erinnerungsstücke und praktische Dinge, darunter eine Schere von Adar aus Serhat. Adar hatte sie mir gegeben, als die Operation begann. Dann war sie verletzt worden und Sosin aus Kerboran war mit ihr ins »Krankenhaus« gegangen. Während der Operation war das Krankenhaus angegriffen worden. Adar und Sosin konnten wohl fliehen, aber man wusste nicht, wo sie waren.

Nachdem ich wieder in Deutschland war, schrieb Ronahî mir irgendwann, dass beide gefunden worden waren, beide waren gefallen. Ronahî hatte noch immer die Schere von Adar. Einige Monate später teilte uns ein Freund mit, dass auch Ronahî gefallen sei. Ich begriff diese Information nicht, konnte es nicht glauben ... Es war im Herbst 1998. (...) Anja Flach



ISSN 0935-5375